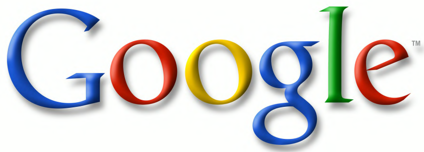


Schriften des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften

I. Jahrgang

Preis Mk. 1,50

Cöln, 1908
Christlicher Gewerkschaftsverlag (A. Stegerwald)
Palmstraße 14



Vorwort.

Aus Kollegenkreisen wurde in den letzten Jahren häufig der Wunsch geäußert, wenn nicht die einzelnen Verbände, so möge wenigstens der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften alljährlich ein Taschenbuch herausgeben. Diesem Wunsche wird hierdurch entsprochen. Die Form ist jedoch anders gewählt worden als manche Kollegen sie sich vorgestellt haben mögen. Der Vorstand des Gesamtverbandes entschied sich bezüglich des Inhaltes nicht für einige Abhandlungen über praktische Fragen, mehrere Notizen und Kalendarium, sondern hielt es für nötig, daß in dem ersten Jahrbuch die Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften in die hauptsächlichsten Daten der geschichtlichen Entwicklung eingeführt werden. An Literatur ist die christliche Gewerkschaftsbewegung noch äußerst arm; über die einzelnen Verbände existieren, mit Ausnahme der Bergarbeiter und Textilarbeiter, denen Dr. Müller in seinem Buche: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands",[1] längere Kapitel widmet, noch keinerlei geschichtliche Abhandlungen. Danach erschien es ratsam, wenigstens die wichtigsten Erinnerungen und

---

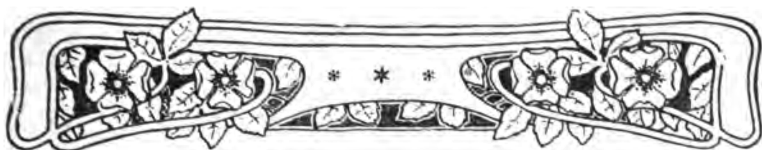
[1]) Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.

Beobachtungen aus der Gesamtbewegung wie auch aus den einzelnen Verbänden einmal in einer Schrift niederzulegen. Der Inhalt derselben wird von dauerndem Werte sein, weshalb man einen Kalender beizugeben vermied. Für die folgenden Jahre wird wohl auch diesem Wunsche Rechnung getragen werden können.

Der zur Bearbeitung gelangte Stoff erforderte Mitarbeiter aus allen dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen. Die Abhandlungen über die einzelnen Verbände wurden von deren Vorsitzenden geschrieben, während die einleitende Darstellung der Gesamtbewegung von dem Kollegen Giesberts und dem Unterzeichneten herrührt. Es ließ sich daher nicht vermeiden, daß die Verfasser sich an manchen Stellen begegneten. Da jeder Aufsatz ein Kapitel für sich ist, ließ sich eine streng stoffliche Gliederung nicht vornehmen; eine solche war auch nicht recht zu empfehlen. Wenn auch ein und derselbe Gegenstand an einigen Stellen des Buches wiederkehrt, so wird er doch stets aus einem anderen Gesichtspunkte beurteilt. — Anregungen zur Ausgestaltung des Jahrbuches für 1909 werden durch das Generalsekretariat des Gesamtverbandes dankend entgegengenommen.

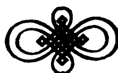
Cöln, im September 1907.

A. Stegerwald.



Inhalt.

Anhang.





Die prinzipiellen Grundlagen der christlichen Gewerkschaften auf den Kongressen.

Die jüngere Generation unserer christlichen Gewerkschaftler hat die Grundsätze unserer Bewegung, ihren interkonfessionellen und parteilosen Charakter als etwas Gegebenes und Feststehendes übernommen und zur praktischen Anwendung gebracht. Ueber die Entstehung und Herausbildung dieser Grundsätze weiß aber die große Mehrzahl nichts. Trotzdem aber kommen sie sehr oft in die Lage, diese Grundsätze verteidigen zu müssen. Das theoretische Material hierzu bieten die Verbandsorgane und einzelnen Broschüren, unter letzteren ist die beste „Rhenanus: Katholische Fachabteilungen oder Christliche Gewerkschaften“. Ueber den geschichtlichen Werdegang unserer Gewerkschaftsprinzipien sind aber die meisten nicht orientiert. Von den ersten beiden Kongressen in Mainz und Frankfurt a. M. sind keine Protokolle herausgegeben — es soll demnächst nachgeholt werden — und über die Vorgeschichte des ersten Kongresses in Mainz, welche den ersten Kampf um den Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung in sich schließt, geben uns die Nächstbeteiligten Kenntnis. Es erscheint aber dringend notwendig, daß über diese ersten Vorgänge, soweit es angängig und nützlich ist, unsere jüngeren neu in die Bewegung tretenden Kollegen aufgeklärt werden. Es ist auffallend, daß auch die strebsamsten und kenntnisreichsten unserer Kollegen, die neu in die Bewegung

getreten sind, keinerlei Anlaß genommen haben, die prinzipiellen Grundlagen derselben einer Revision zu unterziehen, trotz ihrer oft kritischen Veranlagung. Das rührt daher, daß die politischen, konfessionell und wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse der Gegenwart fast noch mehr als die Vergangenheit die Richtigkeit der theoretischen Unterlagen der christlichen Gewerkschaftsbewegung bestätigen. Die Kritik unserer Gewerkschaftsgrundsätze erfolgt somit mehr von außen. Dabei denken wir nicht allein an die katholische Fachabteilungsbewegung und die gelben Gewerkschaften, die beide als ernste Gewerkschaftsrichtungen nicht angesprochen werden können, als vielmehr an die verschiedenen politischen und sozialpolitischen Richtungen, welche durch die Zeitverhältnisse gedrängt werden, zur Gewerkschaftsfrage Stellung zu nehmen und ihren Arbeiter-Anhängern eine Direktive zu geben, welcher Gewerkschaftsrichtung sie sich anschließen sollen. Wir begegnen hier manchem Zweifel und vielem Mißtrauen gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die stetige, erfreuliche Aufwärtsbewegung unserer Gewerkschaftsbewegung hat uns die ernsteste Beachtung weiter Kreise eingetragen; aber man fragt zweifelnd, ob es uns mit der Interkonfessionalität und der politischen Neutralität auch ernst ist; ob diese Grundsätze nur aus *taktischen* Rücksichten aufgestellt sind, oder aus innerer Notwendigkeit, um eine möglichst breite Basis für die Bewegung zu gewinnen. Diesen Zweifeln gegenüber ist eine kurze Schilderung der Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften in bezug auf den interkonfessionellen und unpolitischen Charakter derselben notwendig, ganz besonders zur Orientierung unserer jungen Gewerkschaftler. Umfassend und eingehend kann dies im Rahmen dieses Jahrbuchs allerdings nicht geschehen, es soll nur ein kurzer Abriß, meist Selbsterlebtes sein.

I. Die Vorgeschichte des ersten Kongresses.

Ein Jahr nach der Gründung der ersten christlichen Gewerkschaft, des Gewerkvereins christlicher Bergleute, veröffentlichte Professor Dr. Hitze seine Leitsätze für berufliche

Fachabteilungen in den konfessionellen Arbeitervereinen. Die christlichen Gewerkschaften waren urplötzlich in Fluß gekommen. Die Bergleute des Ruhrreviers hatten dem „Hangen und Bangen“ kurzer Hand ein Ende gemacht und unter Führung von Brust und Köster den Gewerkverein christlicher Bergleute gegründet. Die Berg-, Hütten- und Metallarbeiter des Siegerlandes folgten nach und zu gleicher Zeit die Ziegler in Lippe. In Duisburg hatten sich die Former unter Führung Wiebers vom sozialdemokratischen Verband losgesagt, blieben aber vorläufig noch eine lokale Gruppe. In den Textilbezirken des Rheinlands: Aachen, Crefeld, M.Gladbach, begann es unruhig zu werden. Die sozialdemokratischen Verbände setzten mit entschiedener Agitation ein und erfaßten immer weitere Kreise der Arbeiter. Die roten und gelben Plakate, welche zu Versammlungen der Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter usw. einluden mit dem ominösen „Einberufer“ als Unterschrift verschwanden nicht mehr von den Anschlagsäulen. In den Werkstätten, in den Fabriken, auf der Straße wurden uns die Flugblätter zugesteckt, welche den Nutzen und die Erfolge der freien Gewerkschaften in den höchsten Tönen priesen und gewaltig auf die „Ausbeuter“ und „Kapitalisten“ schimpften. Wir gingen in die Versammlungen und hörten uns die Referenten an. Dabei hörten wir manches, was uns gefiel, noch mehr, was uns nicht gefiel. Wir empfanden das Uebertriebene in den Elendsschilderungen — aber auch die Wahrheit der wirklich bestehenden Mißstände; wir waren empört über die Schimpfreden auf die „verdummende Tätigkeit der Pfaffen“, über den Hohn und Spott, mit dem man die christlich denkenden Arbeiter überschüttete; wir waren entsetzt über den Haß gegen Gott und Kirche, der sich wie ein roter Faden durch manche Vorträge zog. Und schließlich hatten wir die Ueberzeugung, daß hier eine im Prinzip gute Sache in falscher Form und mit schlechten Mitteln vertreten werde. Manche wurden von dem Strome mitgerissen, andere widerstanden und hielten sich fern. Instinktiv aber fühlte jeder: Es muß etwas geschehen.

In den Arbeiter- und Gesellenvereinen sah man in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspropaganda anfangs nur die antireligiösen Momente, aber bald rang sich auch hier die Erkenntnis durch, daß der gewerkschaftliche Organisationsgedanke im Prinzip nicht verwerflich, sondern durchaus geeignet sei, die Stellung des Arbeiters im Arbeitsverhältnis zu verbessern und ihm die Möglichkeit zu bieten, die vielfach bestehenden Mißstände zu beseitigen. Wie aber die Sache anfangen? War das Beispiel der Bergleute ohne weiteres auf andere Berufe zu übertragen? Gab es überhaupt eine Möglichkeit, in anderen Berufen Gewerkschaften christlichen Charakters zu bilden? Der Pessimismus in bezug auf die Entwicklung der Dinge war damals größer wie jetzt, und nicht selten war der Weisheit letzter Schluß nach ergebnislosen Beratungen bei manchem Präses der Arbeitervereine: Es nützt doch nichts! „Die Sozialdemokratie ist eine Strafe Gottes, wir können uns ihrer nicht erwehren.“ Es gab auch Feuerköpfe, die „aufs Ganze gingen“, viel Unheil anrichteten durch ihre Ungeschicklichkeit, aber bei ihren Anhängern frohe Kampfesstimmung erzeugten. Daneben gab es schroffe Gegner des Gewerkschaftsgedankens überhaupt, weil das „patriarchalische Arbeitsverhältnis“ und das „gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber“ gestört wurde. Es war damals schon ein Erfolg, daß die Hitzeschen Leitsätze in der Generalversammlung der Präsides der kath. Arbeitervereine der Erzdiözese Cöln im Jahre 1895 angenommen und damit den Arbeitervereinen eine Aufgabe gesetzt wurde.

Die pessimistische Stimmung über den Erfolg etwa zu gründender christlicher Gewerkschaften kam auch in den Hitzeschen Leitsätzen zum Ausdruck. Die Paralysierung der sozialdemokratischen und liberalen Einflüsse in den Gewerkschaften denkt Hitze sich entweder durch Gründung selbständiger christlicher Gewerkschaften, oder „daß die christlichen Arbeiter so geschult werden, daß sie den sozialdemokratischen und liberalen Einfluß zu paralysieren vermögen“. Der beste Weg zu beiden Zielen sollte in der Gründung von selbständigen Fachabteilungen bestehen. Aber es kam anders. Die Ver-

hältnisse überschlugen sich: Noch bevor die Arbeitervereine in ihrer Gesamtheit Zeit gefunden hatten, die Fachabteilungen zu gründen und auszubauen, kam es in den Textilbezirken von Aachen, Crefeld und Düren zu selbständigen Gewerkschaftsgründungen. Die Fachabteilungen hatten hier lediglich eine vorbereitende Wirkung gehabt. In verschiedenen größeren Städten wie München, Berlin, Cöln, Stuttgart, Freiburg u. a. wurde auf Grund des Fachabteilungsprinzips Arbeiterschutzverbände gegründet, die ersten Kerntruppen für die späteren selbständigen Berufsvereine.

So war denn plötzlich der Gewerkschaftsgedanke lebendig geworden und erfaßte trotz aller Zweifel und Vorurteile immer weitere Kreise. Aber wer hilft, wer rät uns, wie wir es machen sollen? Das war die Frage. Das Bedürfnis nach einer Aussprache über Zweck, Ziel, Aufgaben und Grundsätze der christlichen Gewerkschaften und die Aufstellung bestimmter Richtungslinien wurde immer fühlbarer. Auf den Delegiertentagen der Arbeitervereine wurde die Gewerkschaftsfrage besprochen. 1897 in Cöln referierte der Bergmann Berse vom Gewerkverein über die Gewerkschaftsfrage, und 1898 nahm der Delegiertentag in Essen entschieden Stellung für die christlichen Gewerkschaften. Dieser Beschluß wirkte bahnbrechend für die Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens in Rheinland und Westfalen.

Dann kam im Winter 1898 der Sammetweberstreik in Crefeld. Die eben erst gegründete christliche Gewerkschaft kam in harte Bedrängnis; sie hatte 400 Mitglieder im Streik und keine Moneten. Die Crefelder Weber wandten sich in einem Aufruf an die gesamte christliche „Arbeiterschaft des Niederrheins und Deutschlands“ und baten um Unterstützung. In den einzelnen Orten und Städten wurden Versammlungen abgehalten und Pesch, Dohmesen (letzterer im vorigen Jahre gestorben), Himmels, Michels u. a., alles einfache Weber, kutschierten in der vierten Klasse von Versammlung zu Versammlung, um ein Scherflein zu sammeln für ihre arbeitslosen Kameraden. Mit der Opferwilligkeit der christlichen Arbeiter war es leider nicht sehr weit her,

aber es gelang, die Crefelder über Wasser zu halten, aber man frage nur nicht „wie“. Die Wanderversammlungen trugen den Gewerkschaftsgedanken in alle Gaue, sie regten die Solidarität an und brachten manchen christlichen Arbeiter zum Nachdenken über seine Lage. Die Crefelder Weberbewegung hat zur Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens ungemein viel beigetragen; sie förderte auch den Gedanken: Die christlichen Gewerkschaften müßten mehr Fühlung miteinander halten, sich kartellieren, um im Notfalle sich gegenseitig unterstützen zu können.

Inzwischen hielten wir uns so gut, wie wir konnten. Es kam trotz aller Schwierigkeiten in Cöln zur Gründung eines Verbandes für die Maurer und Bauhandwerker, sowie für die Metallarbeiter. Zu gleicher Zeit baute der Arbeiterschutz Berlin seine Maurersektionen ebenfalls zu einem Verbande aus und in München bereitete Stegerwald die Gründung eines christlichen Holzarbeiterverbandes vor. Alles das geschah ziemlich ziel- und planlos, bis endlich der Gedanke der Abhaltung eines christlichen Gewerkschaftskongresses greifbare Gestalt annahm.

II. Das Verbandsfest des christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes von Aachen und seine Folgen.

Wenn ich in meiner Schilderung manche Einzelheiten beiseite lasse, um nicht weitschweifig zu werden, so gebührt der Aachener Bewegung in diesem Rahmen doch ein größerer Raum. Sie gab im wesentlichen Veranlassung, die Anschauung über die Grundsätze, welche für die christlichen Gewerkschaften maßgebend sein sollten, zu klären. Der Aachener christlich-soziale Textilarbeiterverband lehnte sich an die politische Organisation der Zentrumspartei stark an, und seine Berater und Führer vertraten die Anschauung, daß die christlichen Gewerkschaften ohne Anlehnung an eine politische Partei nicht haltbar seien. An der Spitze des Verbandes stand unser Kollege Sistenich und ihm zur Seite der Verleger des Aachener „Volksfreund“, Herr Hubert Immelen und dessen

Redakteur F. Grimm. Die beiden letzten waren sogenannte Ehrenmitglieder. Den Haupteinfluß auf den Verband hatte Immelen. Es liegt mir fern, einen Mann, der nicht mehr unter den Lebenden weilt und der unstreitig in seiner Art um die christliche Gewerkschaftssache gewisse Verdienste hat, noch nachträglich zu kritisieren. Die historische Wahrheit verlangt jedoch zu bekennen, daß die Tätigkeit Immelens in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht frei von politischen Nebenabsichten war, die für die Entwickelung der ganzen Bewegung verhängnisvoll hätte werden müssen, wäre Immelen, was er erstrebte, der geistige Leiter und Berater der christlichen Gewerkschaften geworden.

H. Immelen verfolgte mit seiner Gewerkschaftsfreundschaft im wesentlichen politische Zwecke. Inwiefern die christlichen Gewerkschaften einen Resonanzboden bilden sollten für sein Blatt, den Volksfreund, sei dahin gestellt. Am 23. Jan. 1898 feierte der Aachener Textilarbeiterverband sein erstes Stiftungsfest. Die Verbandsleitung benutzte die Gelegenheit zur Veranstaltung eines sogenannten „sozialen Tages“. Als Redner erschien außer Keppels vom Aachener Textilarbeiterverband, der die Lage der Textilarbeiter behandelte, August Brust vom Gewerkverein christlicher Bergleute. Er sprach über „die christlich-soziale Organisation überhaupt, und speziell in Gewerkschaften“. Das Korreferat hielt Herr Saget, Redakteur der „Wacht“, eines politischen Arbeiterorgans, das in Düsseldorf erschien, dem aber keine lange Lebensdauer beschieden war.

Weiter sprach Generalsekretär Dr. Pieper vom Volksverein, Kaplan Heßdörfer, Redakteur des christlichen Arbeiterfreundes in Ehrenfeld, und Herr H. Immelen in der Diskussion. Weitere Referate hielten Schirmer (München) über die Regelung der Arbeitszeit und Pfarrer Dr. Brüll über die Entwickelung der Gewerkschaften.

Schon bei dieser Verhandlung zeigte sich die verschiedene Auffassung über das Gewerkschaftsproblem zwischen Brust und Immelen. Das Referat von Brust ist in einem Bericht des Volksfreund (25. Jan. 1898) nur ganz kurz wieder-

gegeben, wahrscheinlich nicht ohne Absicht. Brust vertrat die selbständige und politisch interkonfessionelle Gewerkschaftsidee. Die Immelenschen Anschauungen sind im Volksfreund folgendermaßen niedergelegt:

„Herrn Brust gegenüber erklärte er, daß die Gewerkschaften, schon weil sie Sozialpolitik treiben, in gewissem Sinne auch politisch seien und die geistige Anlehnung an Parteien mit gleichen oder verwandten Bestrebungen suchen würden. Herrn Heßdörfer gegenüber lehnte er das System großer Verbände mit Obmännerschaften wegen der damit verbundenen hohen Reisekosten, des entsetzlichen Schreibwerks und der komplizierten Verwaltung ab. Für die Industriebezirke dürfte sich wohl mehr empfehlen, in denselben eigene Verbände mit eigenem Vorstand zu begründen. Das entspreche auch mehr dem Selbständigkeitstriebe des Arbeiters. Es seien nun für die einzelnen Verhandlungspunkte dieser Konferenzen Resolutionen ausgearbeitet worden; leider werde aber, da der Saal geräumt werden müsse, keine Zeit zur Diskussion bleiben. Es empfehle sich daher wohl, heute und hier die Resolutionen nicht zur Besprechung zu bringen, sondern sie sowie auch die Frage: ob Gewerkschaften mit Obmannschaften oder örtliche Verbände mit eigener Vorstandschaft, für einen Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften zurückzustellen. Redner empfahl daher, nur die eine Resolution zur Annahme zu bringen, welche die Abhaltung eines solchen Delegiertentages für den Sommer oder Herbst vorschlägt."

Immelen lehnte also die Zentralisation, die Heßdörfer und Brust befürworteten, ab und blieb dabei, daß die Organisationen im gewissen Sinne politisch sein müßten. Erwähnt seien aus jener Versammlung noch die markanten Worte Dr. Piepers (Volksfreund 25. Jan. 1898):

„In der Bürgerschaft habe man tatsächlich vielfach keine Kenntnis von den überaus traurigen Verhältnissen, in denen ein großer Teil der Arbeiterschaft lebe. Die heutige Wissenschaft stehe in ihren besten Vertretern auch auf der Seite der Arbeiter, aber die Arbeiter müßten sich auch selbst rühren, sich organisieren und das Opfer der persönlichen Mitarbeit für die Verbände bringen. Leider herrsche noch heute in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine Verwahrlosung des Standesgefühls, was daher komme, daß seither zu wenig für Volksbildung und Volkserziehung geschehen sei. Auch da müßten die Verbände eintreten und eine Besserung betreiben. Die gleichgültigen Kollegen müßten aufgerüttelt werden und rechte Selbstdiziplinierung eintreten lassen. Jeder müsse von hier fortgehen mit dem Entschlusse: fortan alles für die christlich-soziale Organisation des Arbeiterstandes einzusetzen."

Zu einem geflügelten Wort wurde u. a. der Ausspruch Pfarrer Brülls: „Maßvoll und fest". Herr Immelen

verstand es, die Versammlung mit folgender Resolution zu überraschen, die auch infolge der eigenartigen Zusammensetzung Annahme fand:

„Die soziale Konferenz, welche der »Christlich-soziale Textilarbeiterverband von Aachen, Burtscheid und Umgegend« am 23. Januar zu Aachen veranstaltete, beschließt: tunlichst bald wird ein Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften Deutschlands abgehalten."

Vergebens erhob Brust gegenüber dieser Ueberrumpelung Einspruch. Herr Immelen wollte das Eisen schmieden so lange es warm war, und der Aachener Verband hielt sich nunmehr für kompetent, den angekündigten Delegiertentag vorzubereiten.

Für die Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind die nachfolgenden Ereignisse von besonderer Bedeutung. In Brust tritt der Arbeiter hervor, der eine selbständige und unabhängige Berufsorganisation für das einzig mögliche und richtige hält. Ihm zur Seite stehen seine langjährigen Erfahrungen im Ruhrgebiet. Er hat mit der Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergleute auf unpolitischem und interkonfessionellem Boden alle Streitigkeiten über das Organisationsprinzip, das seit mehr als zwei Jahrzehnten die Ruhrbergleute hin und her getrieben hatte, durchgeschlagen. Es ist das unbestrittene Verdienst von Brust, durch seine Festigkeit, wenn man will gegebenenfalls durch seine Rücksichtslosigkeit, die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaftsorganisation gerettet zu haben. Aus den nachfolgenden Dokumenten geht das unzweideutig hervor.

Wie wenig geklärt die Anschauungen über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen bei Immelen und seinen Freunden waren, geht aus der Resolution zur Organisationsfrage hervor, welche Immelen dem genannten „sozialen Tag" in Aachen unterbreiten wollte, über die aber nicht abgestimmt wurde. Dieselbe lautet:

Resolution zur Organisationsfrage.

Die soziale Konferenz, welche der christlich-soziale Verband von Aachen-Burtscheid und Umgegend am 23. Januar 1898 zu Aachen veranstaltete, erklärt und fordert, in allen Industriebezirken mit zahlreicher Fabrikbevölkerung sind, sofern die religiöse Grundbestimmung dafür gegeben ist, christ-

lich-soziale selbständige Verbände oder Gewerkschaften für die großen Arbeiterkategorien zu gründen.

Sie fordert alle dazu Berufenen, geistlichen wie weltlichen Standes, besonders aber die bestehenden christlich-sozialen Korporationen auf, an diesem wichtigen Werke der Sammlung und Organisierung der verwandten christlich-sozialen Kräfte teilzunehmen, und sie empfiehlt, bei der Gestaltung der Verbände oder Gewerkschaften nach Lage der Reichs- und Landes-Vereinsgesetzgebung zu verfahren.

Die soziale Konferenz empfiehlt den Fortbestand beziehungsweise die Neubegründung katholischer Arbeitervereine für jene Arbeiterbranchen, welche nicht zahlreich genug sind, um einen örtlichen selbständigen Verband zu begründen sowie für die kleineren Industriestädte und Bezirke mit weniger zahlreichen Angehörigen der einzelnen Arbeiterbranchen.

Die Resolution zeigt eine solche Unklarheit und Verschwommenheit in der Auffassung des Gewerkschaftsgedankens, daß man es sehr gut begreift, wenn Brust und seine Freunde mit aller Entschiedenheit gegen eine Abstimmung protestierten. Welche Form die Gewerkschaften annahmen, ob Berufsverbände, ob zentralisierte oder lokale, danach fragte die Resolution nichts. Es soll nur organisiert werden und wo keine gewerkschaftlichen Verbände bestehen können, da wird den konfessionellen Arbeitervereinen gnädigst das Feld überlassen. Die Aachener, oder besser Herr Immelen, ließen sich aber durch den Widerspruch nicht abhalten, ihr Mandat, das sie sich selbst hatten geben lassen, ernst aufzufassen und gingen schleunigst dazu über, den „Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften“ vorzubereiten.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir wenigstens versuchen, die Haltung der Aachener zu verstehen und zu erklären. Die lokalen Verhältnisse spielen hier eine entscheidende Rolle. Kaum eine Stadt der Rheinlande wies so scharfe soziale Gegensätze auf wie Aachen. Die uralte Tuchindustrie Aachens bot den Arbeitern meist eine kümmerliche Existenz; lange Arbeitszeit, karge Löhne bei starken Teuerungsverhältnissen. Fromme Stiftungen und reichliche private Wohltätigkeit linderten die größte Not und hatten zur Folge eine unselbständige, sich fatalistisch in ihr Geschick fügende Arbeiterschaft. Als Sammelpunkt vornehmer Badegäste, welche die Aachener Thermalquelle benutzen, in Verbindung mit reichen Fabrik-

besitzern und einem wohlhabenden Bürgertum bot Aachen nach außen hin den Eindruck einer reichen, vornehmen Stadt.

In diesem Milieu fanden die Ideen Kettelers, des sozialen Bischofs von Mainz, einen vorzüglichen Resonanzboden. Die Kritik Kettelers an den wirtschaftlichen Zuständen, seine Schilderung der geistigen und wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes paßte auf die Aachener Verhältnisse ganz besonders. Sozial denkende Geistliche begannen den Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Bevormundung seitens des wohlhabenden Bürgertums und versuchten die Arbeiter aufzurütteln. Die christlich-soziale Bewegung setzte mit Macht ein und äußerte sich in Vereinsgründungen verschiedenster Art. Während Aachen von religiösen Gegensätzen der Kulturkampfsjahre fast vollständig verschont blieb, wurden die politischen und sozialen Gegensätze um so schärfer. Der „Volksfreund", dessen Verleger Hubert Immelen war, vertrat die politischen und sozialen Interessen der Arbeiter und lag in fortgesetztem Kampf mit der politischen Führung, die meist in Händen einer kleinen Gruppe reicher Katholiken lag. Die Arbeiterschaft, selbst noch wenig selbständig und geschult, anderseits wirtschaftlich zu abhängig, war froh, daß sich Leute anderer Stände, Geistliche und Laien, ihrer annahmen und für sie und mit ihnen den Kampf führten. So ist es wohl zu verstehen, daß die Ansichten über den Charakter und die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation in Aachen ganz andere waren als im Ruhrgebiete, wo die Arbeiterschaft längst zu einer größeren Selbständigkeit gelangt war. Es sei nur daran erinnert, daß in Essen die Arbeiter, getragen von der christlich-sozialen Bewegung, schon 1877 ihrem Kandidaten Stötzel gegen den offiziellen Kandidaten der Zentrumspartei zum Siege verhalfen. (Ueber die Geschichte der Aachener Arbeiterbewegung siehe auch Müller, Die Geschichte der christlichen Gewerkschaften Seite 51.)

III. Die Vorbereitung des ersten Kongresses.

Anfangs Juli 1898 ging folgendes Rundschreiben an die interessierten Gewerkschaftsverbände und Sozialpolitiker:

Aachen, Anfangs Juli 1898.

Ew.

beehren wir uns hierdurch mitzuteilen, daß wir mit den Vorarbeiten für einen in den Tagen vom 14., 15. und 16. August ds. J. in Mainz abzuhaltenden

Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften Deutschlands

begonnen haben, und beehren wir uns, Sie einzuladen, sich an diesen Vorarbeiten zu beteiligen. Wir schlagen vor, daß zu dem Delegiertentage zunächst alle organisierten Verbände und Gewerkschaften Deutschlands eingeladen werden sollen mit der Maßgabe, daß auch katholische Arbeitervereine ꝛc. eingeladen werden können, sowie einzelne Sozialpolitiker, welche sich um die christliche Sozialreform und die christlich-soziale Arbeitersache verdient gemacht haben.

Als Behandlungspunkte möchten wir folgende in Vorschlag bringen:

1. Die Organisationsfrage:
   a) für die einzelnen Verbände an sich;
   b) ob örtliche oder allgemeine gewerkschaftliche Verbände.
2. Die Lage des Arbeiterstandes in politischer, beruflicher und allgemein sozialer Beziehung (Wohnungsfrage ꝛc.).
3. Die Lohnfrage.
4. Die Ausstände.
5. Die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit.
6. Die Frauenarbeit.
7. Eingaben an die sozialen und legislatorischen Körperschaften usw. über sozial-politische Fragen und Aufgaben, speziell über die auf dem Delegiertentage gefaßten Beschlüsse.

Da es unmöglich wäre, von hier aus die Referate über alle diese Verhandlungspunkte zu übernehmen, so ersuchen wir Sie um eine baldgefällige Mitteilung, ob Sie geneigt wären, ein solches Referat zu übernehmen und welches; eventuell ob und für welchen Punkt Sie einen anderen Referenten bezeichnen könnten.

Sollten Sie wünschen, daß auch andere Themata für diesen Delegiertentag in Aussicht genommen würden, so ersuchen wir um Mitteilung derselben, damit sie noch dem vorgeschlagenen Programme eingefügt werden können. Wir bitten aber, darauf gefälligst zu achten, daß die Verhandlungsdauer von drei Tagen wohl nicht überschritten werden darf; — sollen ja auch insbesondere Arbeiter an dem Delegiertentage teilnehmen, — und daß es sonach nicht ratsam wäre, die Tagesordnung mit allzu vielen Punkten zu belasten. Nach unserem unmaßgeblichen Erachten dürfte es sich empfehlen,. die Verhandlungen möglichst auf die angegebenen sieben Punkte zu beschränken.

Noch möchten wir bemerken, daß wir als Verhandlungstermin die Tage vom Sonntag den 14. bis Dienstag den 16. August einschließlich vorschlagen, weil diese Zeit acht Tage vor der Abhaltung der diesjährigen

Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Krefeld fällt, sonach den aus Süd- und Mitteldeutschland kommenden Teilnehmern an dem christlich-sozialen Delegiertentage zu Mainz es ermöglicht würde, von dort den Rhein herunter allmählich nach Krefeld zu jenem Katholikentage weiter zu reisen.

Indem wir Ihren baldigen gefälligen Nachrichten entgegensehen, begrüßen wir Sie mit aller Hochachtung und Ergebenheit,

Namens des Vorstandes und des Ausschusses des „Christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes von Aachen, Burtscheid und Umgegend."

Johann Sistenich, Präsident, Dammstraße 15 zu Aachen-Burtscheid.
Hub. Immelen, Ehrenmitglied des Verbandes und Mitglied des Ausschusses, Seilgraben 16.
H. F. Grimm, Ehrenmitglied des Verbandes und Schriftführer des Ausschusses, Ottostraße 39.

Schon das Programm, das in diesem Rundschreiben dem Delegiertentage gegeben wurde, erregte allgemeines Kopfschütteln. Von einem Delegiertentag erwarteten wir in erster Linie die Festlegung der Organisationsform und des Charakters der christlichen Gewerkschaften, ferner praktische Winke, wie die Bewegung zu fördern und durchzuführen sei. Stand auch die Organisationsfrage hier an erster Stelle, so war doch vorauszusehen, daß sie nicht in ergiebigem Maße zur Verhandlung kommen konnte neben den anderen Punkten. Brust fand das auch richtig heraus. In einem Rundschreiben vom 22. Juni machte er folgende Vorschläge:

Altenessen, den 22. Juli 1898.

P. P.

Als Antwort auf Ihr geehrtes Schreiben vom Anfang Juli d. J. betreffend den Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften beschloß unser Vorstand in einer Sitzung vom 19. d. M. Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. Wir wünschen die Teilnahme am Delegiertentage beschränkt auf eigentliche gewerkschaftliche Organisationen, als da sind: Textilarbeiterverband Aachen, Crefeld, Bayern; Eisenbahnarbeiterverband München, Trier; Ziegeleiverband Lippe; Bauarbeiterverband Cöln: Bergarbeiterverband; Gewerkverein christlicher Berg-, Eisen- und Metallarbeiter, Siegen; usw. Höchstens könnte man weiterhin noch zulassen die Fachabteilungen von konfessionellen Arbeitervereinen, z. B. aus Bayern, Berlin usw., soweit diese und ihre Reviere nicht schon durch eigentliche Gewerkschaften vertreten sind.

Die konfessionellen Arbeitervereine einzuladen halten wir nicht für empfehlenswert. Dadurch würde der Delegiertentag in seiner Veranstaltung zu schwierig und in seinen Debatten zu weitschweifig werden. Zudem

würde die Einladung bloß katholischer Arbeitervereine für die konfessionell gemischten Gewerkschaften etwas Anstößiges haben. Es ist uns ja nicht um möglichst viel Spektakel, sondern nur um möglichst viel praktischen Erfolg zu tun.

2. Die Tagesordnung des Delegiertentages wünschen wir beschränkt auf die Organisationsfrage. Wir halten es für zu weitgehend, die sämtlichen sozialen Bestrebungen, als da sind Regelung der Arbeitszeit, Lohnfrage, Wohnungsfrage usw., in einzelnen Referaten ausführlich zu behandeln. Das wäre Sache eines sozialen Kursus oder Kongresses, das geschieht auch schon in den Arbeitervereinen. Zweck des Delegiertentages scheint uns zu sein: Ein Meinungsaustausch über die Form der Organisation, über ihre Einführung, über die Art ihres Vorgehens, über ihre Presse usw. Unserer Ansicht nach wären etwa folgende Themata zu behandeln:

1. Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen für einzelne Berufe auf christlicher Grundlage.
2. Sollen solche Berufsvereine konfessionell oder interkonfessionell sein?
3. Wie weit sollen die Verbände sich örtlich ausdehnen?
4. Wie sollen sich die Arbeiterberufsvereine stellen gegenüber den politischen Parteien?
5. Einrichtung, Verwaltung und Ausbreitung der Organisation.
6. Das Vereinsorgan.
7. Aufgaben und Taktik der Gewerkvereine. Bei diesem letzten Thema könnten die von Ihnen angegebenen Behandlungspunkte kurze Erwähnung finden.

3. Wir beantragen, daß zur endgültigen Vorbereitung des Delegiertentages eine Konferenz zusammentritt, zu welcher Bayern, Trier, Aachen, Crefeld und Essen den einen oder anderen Vertreter entsendet. Die Konferenz soll beschließen: Termin, Dauer, Präsidium, Tagesordnung, Redner des Delegiertentages, kurz die Einzelheiten der ganzen Veranstaltung. Insbesondere müßte nach unserer Ansicht die Abstimmung geregelt werden nach der Zahl der durch die Delegierten vertretenen Verbandsmitglieder.

Ein Aufschub des Delegiertentages über den von Ihnen vorgeschlagenen Termin hinaus würde die Zahl der Teilnehmer schwerlich verringern, wenigstens soweit es sich um Arbeiter handelt, und diese kommen doch vornehmlich in Betracht. Dieselben reisen ja doch jedenfalls auf Kosten des Verbandes.

In Erwartung Ihrer gefälligen Antwort, zeichnet ergebenst
Zentralvorstand des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Essen (Ruhr).

I. V.: Aug. Brust.

Die Folge des Rundschreibens war, daß von Aachen aus der Delegiertentag verschoben wurde auf den 4.—7. Sept. In dem Zirkular, welches darüber benachrichtete (vom 9. Aug. 1898), wurden die Vorschläge Brusts mitgeteilt. Weitere

Aenderungen hatte Heßdörfer beantragt: Die Stellung der christlichen Berufsverbände zu den Unternehmern, den sozialdemokratischen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und der Arbeiterschaft zumal bei Streiks, sowie die Gründung eines christlichen Gewerkschaftskartells zu beraten.

Schirmer wünschte die Frage behandelt, in welcher Weise durch die christlich-sozialen Verbände und Gewerkvereine eine Besserung in der Lage der Arbeiter herbeigeführt werden könnte. Von verschiedenen süddeutschen Vertretern war außerdem der Wunsch ausgesprochen worden, noch die Wohnungsfrage zu beraten. Das alles zeigt, wie ungeklärt noch die Situation war und in privaten Besprechungen brach sich allgemein die Ansicht Bahn, daß der Zeitpunkt zur Abhaltung eines Kongresses noch verfrüht sei, daß vor allem eine bessere Vorbereitung in Süddeutschland und auch in Norddeutschland getroffen werden müßte, sollte die ganze Veranstaltung in der Oeffentlichkeit Eindruck machen und den Gewerkschaftsorganisationen nützlich sein. Brust gab dieser Stimmung Ausdruck in einem Zirkular, das er unter dem 26. August verschickte und folgenden Wortlaut hatte:

Altenessen, 26. August 1898.

Ew. Wohlgeboren (Hochwürden)

erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete das Nachfolgende zur gefälligen Kenntnisnahme mitzuteilen:

Aus Anlaß des für den 4. September und folgende Tage dieses Jahres angeregten Delegiertentages der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften Deutschlands zu Mainz traten dieser Tage eine Reihe Vertreter und Freunde der größeren christlichen Verbände und Gewerkschaften zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis war,

daß man den Delegiertentag auf unbestimmte Zeit vertagte.

Die maßgebenden Gründe hierzu waren, daß man es unbedingt für notwendig hielt, daß Vertreter der größeren christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften zu einer Vorkonferenz zusammentreten, um sich darüber klar zu werden, wie

1. die Zusammensetzung des Delegiertentages, dessen Leitung und Abstimmung endgültig geregelt werden soll,

2. welche Themata zur Zeit wirklich nutzbringend für die christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften zu verhandeln sind und

3 für diese Themata Leitsätze zu formulieren und den Verbänden und Gewerkschaften zur Vorberatung und Stellungnahme zuzustellen.

Mit Rücksicht auf die verschiedenen Berufsstände und verschiedenartigen Verhältnisse derselben war man allgemein darüber einig, daß zur Zeit noch als einziger zweckmäßiger und nutzbringender Gegenstand der Verhandlung eines Delegiertentages der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften sei die Organisationsfrage;

Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation für die einzelnen Berufe auf christlicher Grundlage,
ob solche konfessionell oder interkonfessionell sein sollen,
ob örtliche oder größere Verbände für die einzelnen Berufe,
Stellung dieser Organisationen zu den politischen Parteien,
Einrichtungen, Verwaltung und Presse der Organisation, sowie
Aufgaben und Taktik der christlichen Verbände und Gewerkschaften.

Die Punkte können, wenn sorgfältig vorgearbeitet, in höchstens zwei Tagen auf einem Delegiertentag verhandelt werden; da Rücksicht zu nehmen ist auf den Kostenpunkt, weil es sich doch wesentlich um eine Zusammenkunft von Arbeiterdelegierten handelt. Auch kann ein solcher Delegiertentag, ohne großen Pomp und Aufsehen, nur möglichst viel praktischen Erfolg mit sich bringen; und darum ist es doch ganz allein zu tun.

Zur Vorbereitung und Vorarbeitung eines solchen Delegiertentages hat es Herr Redakteur Erzberger-Stuttgart übernommen, die Vertreter der süddeutschen christlichen Verbände und Gewerkschaften gelegentlich zu einer Vorkonferenz zusammen zu rufen, während dem Unterzeichner dieses übertragen wurde, eine solche Vorkonferenz für die norddeutschen Verbände und Gewerkschaften zu veranstalten. Die Einladungen hierzu werden seiner Zeit von den Beauftragten an die einzelnen Verbände und Gewerkschaften ergehen.

Die Gegner der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften werden jedenfalls die Vertagung des Delegiertentages zu benutzen suchen, um die verschiedenartigsten Gerüchte und Motive der Vertagung oder sogar einer Vereitelung des Delegiertentages zu verbreiten. Diesem die Spitze abzubrechen wird vorgeschlagen, sofort durch die Presse der Verbände und Gewerkschaften folgende kurze Notiz zu veröffentlichen:

„Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften Deutschlands. Bekanntlich war dieser Delegiertentag schon früher angeregt und vom vorbereitenden »Verbande der christlichen Textilarbeiter von Aachen-Burtscheid und Umgegend« vor kurzem auf die Tage vom 4. bis 7. September einberufen. In einer vor wenigen Tagen abgehaltenen Konferenz von Vertretern und Freunden der größeren christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften wurde jedoch aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit und Kosten der Delegiertentag auf unbestimmte Zeit vertagt. Es soll zunächst je eine Vorkonferenz von Vertretern der norddeutschen und der süddeutschen Verbände und Gewerkschaften abgehalten werden, um die zu behandelnden Themata des Delegiertentages festzustellen und hierzu Leitsätze zu formulieren, die dann im Schoße der einzelnen Verbände und Gewerkschaften vorberaten werden und den

Delegierten einigermaßen bestimmtes Mandat gegeben wird. Hierdurch wird erreicht, daß der spätere Delegiertentag selbst in aller Kürze, möglichst geräuschlos und mit recht vielem praktischem Nutzen verläuft. Das ist doch der einzige Zweck und das Ziel eines solchen Delegiertentages. — Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß sich die Zahl der gegenwärtig in christlich-sozialen Verbänden und Gewerkschaften organisierten Arbeiter schon auf zirka 60000 Mann beläuft; sicher in der kurzen Zeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine schöne Zahl, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt."

Ew. Wohlgeboren wird anheimgegeben, so bald wie möglich diese Notiz zu veröffentlichen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Aug. Brust,

Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Damit war die Verschiebung des Kongresses auf eine unbestimmte Zeit erfolgt. In Aachen nahm man Brust seine Selbständigkeit sehr übel. Aus den vorstehenden Dokumenten wird aber jeder ohne Schwierigkeit erkennen, daß Brust mit seinen Vorschlägen sehr im Recht war. Aber Herr Immelen fürchtete, daß ihm die Bewegung aus der Hand gleiten werde und dem Aerger darüber machte er in einem „Nicht für die Oeffentlichkeit" bestimmten Rundschreiben Luft. Die Veröffentlichung der zwischen Aachen und Altenessen gewechselten Schriftstücke, die meist den Vermerk „nicht für die Oeffentlichkeit" trugen, wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Zur Steuer der Wahrheit muß jedoch gesagt werden, daß Brust seine Schreiben im Anfang durchaus höflich und in korrekten Formen hielt und daß Herr Immelen in seiner Verärgerung zuerst persönliche Spitzen in die Debatte hinein brachte.

Die weiteren Verhandlungen für die Vorbereitung des Kongresses vollzogen sich jetzt zwischen Süd- und Norddeutschland, zwischen Brust und Erzberger, letzterer war in Stuttgart Vorsitzender des dortigen Arbeiterschutzes und Arbeitersekretär. Es bildeten sich in Süd- und Norddeutschland Komitees. In diesen Komitees wurde über die Vorbereitung des Kongresses weiter beraten. Das norddeutsche Komitee berief für den 4. Dezember 1898 eine Konferenz nach Cöln, das süddeutsche Komitee für den 8. Dezember 1898 eine solche nach

Ulm. Die Einladungen wurden von Erzberger und Brust gezeichnet. Als Beratungsmaterial unterbreiteten beide den Konferenzen die folgende provisorische Tagesordnung:

Eventuelle Tagesordnung der Vorkonferenz zum ersten Delegiertentage christlicher Gewerkschaften und Verbände Deutschlands am 4. Dezember 1898 zu Cöln.

I. Ist nicht Mainz der passende Ort des Delegiertentages?
II. Wäre als Termin des Delegiertentages nicht mit den süddeutschen Gewerkschaften ein passender Zeitpunkt im Frühjahr 1899 auszusuchen?
III. Sollte es nicht zweckmäßig sein, dem Delegiertentage Sonntags eine große christliche Volksversammlung voraus gehen zu lassen?
IV. Könnten nicht zum Delegiertentage außer Freunden und Gönnern der christlichen Gewerkschaften auch Vertreter christlicher, konfessioneller Arbeitervereine als Mitberater eingeladen werden?
V. Wäre es nicht zweckmäßig, das Bureau des Delegiertentages je zur Hälfte aus Vertretern süd- und norddeutscher Gewerkschaften zusammenzusetzen?
VI. Könnten nicht als Themata der auf dem Delegiertentage zu haltenden Referate die vorausgesandten Thesen für christliche Gewerkschaften gewählt werden, und welche Themata sollen eventuell sonst noch verhandelt werden?
VII. Empfiehlt es sich nicht, die Referate von Gewerkschaftlern halten, aber an der Diskussion alle Teilnehmer sich beteiligen zu lassen?
VIII. Wäre es nicht zu empfehlen, die Abstimmung über etwaig zu fassende Beschlüsse und Resolutionen allein von Gewerkschaftlern und nach Gruppen oder Berufen derselben vornehmen zu lassen; wie Bergarbeiter, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Maurer usw.?
IX. Soll nicht die Errichtung einer Generalkommission für die christlichen Gewerkschaften Deutschlands erstrebt werden, zwecks Fühlung der letzteren miteinander und Veranstaltung späterer Delegiertentage für dieselben?
X. Sind die Kosten einer solchen Generalkommission nicht am leichtesten von den beteiligten Gewerkschaften zu tragen?
XI. Empfiehlt es sich nicht, zwecks genauer Statistik über die christlichen Gewerkschaften vor dem Delegiertentage ein Formular vordrucken, an die beteiligten Gewerkschaften versenden, ausfüllen und beim Bureau des Delegiertentages abgeben zu lassen?
XII. Sind nicht die Kosten des Delegiertentages allein von den beteiligten Gewerkschaften zu tragen?

Der Einladung zu den Konferenzen war gleicher Zeit ein Entwurf von Leitsätzen beigefügt über den Charakter, Umfang, Ein-

richtung und Aufgaben der christl. Gewerkschaften. Diese Leitsätze bilden das ursprüngliche Programm der christlichen Gewerkschaften und sind nach den Vorschlägen des Gewerkvereins der Bergarbeiter mit einigen Abänderungen, die die süddeutsche Konferenz gemacht hatte, angenommen worden. Auf den Konferenzen wurde einstimmig beschlossen, den ersten christlichen Gewerkschaftskongreß zu Pfingsten 1899 abzuhalten. Die Tagesordnung wurde entsprechend den Vorschlägen Brusts angenommen und die Referate nach Süd- und Norddeutschland verteilt.

So war damit endlich die Situation in soweit klar. Der Kongreß konnte nach einer reiflichen Vorbereitung zu Pfingsten 1899 tagen. Bevor wir zur Schilderung dieses Kongresses selbst übergehen, muß nochmals der springende Punkt der Differenzen hervorgehoben werden zwischen Brust und dem Aachener Textilarbeiterverband resp. seinem damaligen geistigen Leiter. Hätte die Aachener Richtung in dem Streit gesiegt und wären der erwähnten christlichen Gewerkschaftsbewegung die Wege gewiesen worden, wie sie H. Immelen vorgeschlagen hatte, wer weiß, ob jemals die christliche Gewerkschaftsbewegung auch nur einigermaßen Erfolg gehabt hätte.

Sie wäre unfehlbar zum Spielball der politischen Parteien und der sozialpolitischen Tagesmeinung geworden. Diese Gefahr lag um so mehr vor, als nicht nur in Aachen, sondern auch anderswo sich „gute Freunde“ auffallend um die christlichen Gewerkschaften bemühten. Die Tagesordnung der Vorkonferenz atmete ein gesundes Mißtrauen. Nur Delegierte gewerkschaftlicher Organisationen sollen am Kongresse teilnehmen. Vertreter konfessioneller Arbeitervereine sollen als „Mitberater“ teilnehmen können, Stimmrecht haben nur die Gewerkschaften. Die ganze Tendenz war, der Bewegung hinderliche Einflüsse fernzuhalten. Beachtung verdient der Vorschlag in der provisorischen Tagesordnung, eine „Generalkommission“ nach dem Vorbild der freien Gewerkschaften einzusetzen. Das Bedürfnis, der ganzen Bewegung einen Mittelpunkt zu geben, trat also damals schon hervor. Es ist das Verdienst von

Brust und seiner engeren Freunde, die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung hochgehalten zu haben. Er hatte die instinktive Empfindung, daß die Unterordnung der christlichen Gewerkschaft unter parteipolitische Ziele der Ruin ihrer Selbständigkeit werden würde. So sehr Brust und sein Vorstand vom Gewerkverein in kritischen Fragen stets Rat und Rücksprache genommen mit den Ehrenratsmitgliedern seines Vereins, von denen wir hier unter anderen nennen: Professor Hitze, Pfarrer Weber, Dr. Brauns, so sehr hat er auch stets auf die Selbständigkeit des Gewerkvereins gehalten. Das hat ihm manche Konflikte eingetragen und sein impulsives Temperament mag hin und wieder dabei fördernd mitgewirkt haben. Die erste größere Differenz bekam Brust mit Pfarrer Weber anläßlich des Piesberger Streiks. Der Kampf am Piesberg drehte sich um die Einhaltung der Sonn- und Feiertage. Die Bergleute traten in den Ausstand und hätten ganz gewiß einen Erfolg davon getragen, wenn nicht die Grubenbesitzer ein besonders radikales Mittel angewandt hätten. Sie ließen das Bergwerk versaufen und gaben den Betrieb überhaupt auf. Pfarrer Weber hielt das Vorgehen Brusts für zu scharf und schrieb dem angeblich unklugen Vorgehen desselben die Folgen der Arbeitslosigkeit, die nunmehr am Piesberg ausbrach, zu. Wir wollen aber auch hier von vorneherein bemerken, daß die Differenzen zwischen ihm und Pfarrer Weber nur in diesen Fragen der Gewerkschaftstaktik bestanden. Bekanntlich ist Pfarrer Weber heute mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung ausgesöhnt.

Noch ein kurzes Wort über die Ehrenräte. Wer in diesen Ehrenräten Vormünder der christlichen Arbeiter sehen wollte, urteilt falsch. Diese Eigenschaft hatte höchstens der Ehrenrat des Aachener Textilarbeiterverbandes. Im Gewerkverein christlicher Bergleute war der Ehrenrat ein wirklich ehrlicher Berater desselben. Sie waren für die damalige Zeit notwendig. Heute, wo die christlichen Gewerkschaften sich zur vollen Selbständigkeit entwickelt haben und in ihnen geschulte Kräfte herangewachsen sind, ist der Ehrenrat über-

flüssig geworden und besteht in keiner christlichen Gewerkschaft mehr.

IV. Der Kongreß in Mainz.

Nach den getroffenen Vorbereitungen konnte man nunmehr einen fruchtbaren Verlauf des Kongresses voraussetzen. Die Nachricht über Abhalten des Kongresses erweckte einen freudigen Widerhall bei allen christlichen Arbeitern Deutschlands. Endlich sollte der zersplitterten Bewegung ein Mittelpunkt gegeben werden und mit großer Spannung erwartete man das Resultat des Kongresses. Zum ersten Male trafen sich die Kollegen aus Nord- und Süddeutschland, aus Berlin und aus den Rheinlanden, um in brüderlicher Gemeinsamkeit die wichtige Frage der Berufsorganisation für die christl. Arbeiter grundlegend zu regeln. Der gewerkschaftliche Gedanke war bei allen und speziell bei den Delegierten, die nach Mainz gingen, äußerst lebendig. Aber die meisten fühlten das mehr instinktiv, als bewußt. Die Mittel der sozialen Schulung waren damals äußerst dürftig. Unterrichtskurse waren eine Seltenheit. Fachorgane bestanden außer dem Bergknappen und einem kleinen Blättchen des Crefelder Textilarbeiterverbandes sowie der vierzehntägig erscheinenden christlichen Arbeiterzeitung des Siegerländer Gewerkvereins noch keine. Von Arbeitervereinsorganen bestanden auf evangelischer Seite neben dem „Arbeiterboten“, dem Organ des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine noch einige kleinere Blättchen, die meist der Gewerkschaftsfrage indifferent gegenüberstanden, zum Teil sogar ablehnend. Von den katholischen Arbeitervereinsverbänden hatte der süddeutsche Verband das beste und einflußreichste Organ, den „Arbeiter“, welcher der Gewerkschaftsbewegung freundlich und fördernd gegenüberstand. In Cöln erschien der „Arbeiterfreund“ in einem Privatverlag, dessen Redakteur, Herr Heßdörfer, ein Freund der Gewerkschaftsbewegung war und in seinem Organ die Bewegung nach Kräften förderte. In Berlin erschien ebenfalls unter Leitung von Dr. Hille der „Arbeiter“, der als Beilage den „Arbeiterschutz“ hatte, ein

Organ für die gewerkschaftlichen Fachsektionen der Berliner Arbeitervereine. Auch hier fand die Bewegung kräftige Unterstützung. (Natürlich nur so lange, bis die heutige Berliner Richtung entstand.) Mit dem 1. April 1899 wurde in M. Gladbach die Westdeutsche Arbeiterzeitung gegründet als Verbandsorgan der Arbeitervereine der Erzdiözese Cöln. In diesem Organ hat die Gewerkschaftsbewegung wohl die entschiedenste und nachdrücklichste Unterstützung und Verteidigung gefunden. So kamen wir denn nach Mainz mit vielem guten Willen, hoher Begeisterung für die Sache in der Hoffnung, der Kongreß werde der christlichen Gewerkschaftsbewegung nunmehr einen festen Boden schaffen. Diese Aufgabe erfüllte der Kongreß tatsächlich.

Die Differenzen, die sich zwischen Brust und den Aachenern abgespielt hatten, waren der Oeffentlichkeit wenig oder gar nicht bekannt.

Auch die meisten Delegierten wußten über die Einzelheiten nichts. Die Eingeweihteren aber befürchteten nicht mit Unrecht, daß es zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden Richtungen kommen werde. Dank den Bemühungen Brusts und seiner Freunde waren durchweg nur Arbeiter als Delegierte der Gewerkschaften vertreten. Die wenigen Ausnahmen waren Leute, die wenigstens praktisch für die Gewerkschaftsbewegung sich betätigten. Hierzu gehörte auch Herr I m m e l e n. Schon beim ersten Punkt der Tagesordnung entschied sich die prinzipielle Frage, indem mit überwiegender Mehrheit der Kongreß beschloß: „Die christlichen Gewerkschaften sollen unparteiisch sein und sich nicht mit parteipolitischen Fragen beschäftigen." Die übrigen Punkte der Leitsätze wurden nicht angefochten.

Die Delegierten waren in ihrer überwiegenden Mehrheit darauf gestimmt, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Bewegung hoch zu halten. Das zeigte sich auch bei der Debatte über die G e w e r k s c h a f t s p r e s s e. Herr Immelen stellte dazu folgenden Antrag:

„Die Berufung und Anstellung der Redakteure eines Berufsorgans wird in Verbindung mit dem Vorstande der Ortsgruppen dem Zentral-

ausschuß der betreffenden Gewerkschaft aufgetragen. Der Redaktion eines Berufsorgans wird eine dieselbe fördernde und kontrollierende Kommission zur Seite gestellt."

In der Begründung dieses Antrages plädierte Herr Immelen ganz besonders für die Berufung akademischer Kräfte in die Redaktionen. Brust trat dem entschieden entgegen und erklärte, die Gewerkschaften könnten sich bezüglich solcher Einzelheiten keine bindenden Vorschriften machen lassen. Es sei selbstverständlich, daß akademische Mitarbeiter zum Zwecke der Förderung des Gewerkschaftswesens stets willkommen seien. Aber für die Redaktionen müßten tüchtige Berufskollegen herangebildet werden. Nachdem so die sämtlichen Beschlüsse des Kongresses gegen die Intentionen Immelens ausfielen, versuchte er noch zu guter Letzt den Beschlüssen selbst ihre Bedeutung zu nehmen. Er reichte kurz vor Schluß des Kongresses folgenden Antrag ein:

„Die Leitsätze und Anträge, die auf dem ersten Delegiertentag der christlich-sozialen Gewerkschaften und Verbände zum Beschluß erhoben werden, sollen nur als die Grundlage für die folgenden Beratungen und Beschlüsse dieser Gewerkschaften und Verbände sowie der Zentralausschüsse derselben betrachtet und behandelt werden."

Da auf den ersten Augenblick die Delegierten die Tragweite dieses Antrages nicht überschauten, wurde er mit einer geringen Mehrheit angenommen. Gleicherzeit wurde alsdann einstimmig der folgende Antrag Giesberts-Brust angenommen:

„Die auf dem ersten christlichen Gewerkvereinskongreß in Mainz vertretenen christlichen Gewerkvereine erkennen folgende Leitsätze als grundlegend für die Organisation und Tätigkeit der bestehenden und noch zu gründenden Gewerkvereine auf christlicher Grundlage an.

1. Die Gewerkvereine sind interkonfessionell und politisch unparteiisch.

2. Es ist die Vereinigung gleichartiger Gewerkvereine in Zentralverbände behufs besserer Durchführung der vorgesteckten Ziele zu erstreben.

3. Die Aufgabe der christlichen Gewerkvereine besteht in der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes. Dieselbe ist zu erstreben durch

a) Durchführung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Förderung des weiteren Ausbaues der Arbeitergesetzgebung;

b) durch genossenschaftliche Selbsthilfe (Ergänzung der Arbeiterversicherung durch Unterstützungs- usw. Kassen usw.);

c) Sicherung der Rechte und Freiheit des Arbeiters beim Abschlusse des Arbeitsvertrages.

4. Die gesamte Tätigkeit der christlichen Gewerkvereine ist getragen von der Anerkennung gleicher beiderseitiger Rechte und Pflichten von Arbeitern und Arbeitgebern. Arbeit und Kapital sind die aufeinander angewiesenen Faktoren der Produktion." [1])

Mit diesem konkreten und bestimmten Beschluß war endgültig die prinzipielle Unterlage für die christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Unsere Aachener Freunde haben sich schließlich dem Beschluß des Kongresses gefügt und dementsprechend ihr Statut und die ganze Tendenz ihres Verbandes geändert.

So hatten die christlichen Gewerkschaften die Oeffentlichkeit durch ihre grundlegenden Beschlüsse vor eine fertige Tatsache gestellt. Wie die Bergleute im Ruhrgebiet die Wirrnisse der Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Form einer Bergarbeiterorganisation dadurch zerschlugen, daß sie kurzerhand den Gewerkverein christlicher Bergleute auf interkonfessioneller und unpolitischer Basis gründeten, so hatte der christliche Gewerkschaftskongreß die Zweifel und Bedenken durch seine Beschlüsse beseitigt. Die Oeffentlichkeit wußte vorläufig noch nicht, wie sie sich dazu stellen sollte. Der Kongreß fand in der Presse eine verhältnismäßig geringe Beachtung; man hielt die ganze Veranstaltung vielfach für ein Konventikel, wie sich ein sozialdemokratisches Blatt ausdrückte, das etwas „Gewerkschaftsspielerei" treiben wollte. Befriedigt von den Verhandlungen waren jedoch im weitesten Sinne die christlichen Arbeiter und die ihnen nahestehenden sozialpolitischen Freunde. Einzelnen Freunden der Arbeitersache fiel es allerdings schwer, sich in die neue Situation hinein zu denken. Sie waren der Ansicht, daß man in Mainz etwas voreilig gehandelt hätte, man hätte doch vorher prüfen und erwägen müssen, ob nicht besser konfessionell katholische und evangelische Gewerkvereine hätten gegründet werden müssen. „Waren die Arbeiter imstande, bei allem guten Willen für Interkonfessionalität dieselbe hochzuhalten? Welcher

[1]) Siehe Handbuch für die christlichen Gewerkschaften.

Maßstab von christlicher Moral und Sitte sollte angelegt werden, der katholische oder evangelische? War es überhaupt nicht gefährlich, eine Organisation zu gründen, die ausschließlich von Arbeitern geleitet wurde? Hätte man nicht den kirchlichen Organen, der Geistlichkeit, den Arbeitervereinspräsides, oder schließlich der bischöflichen Behörde einen gewissen Einfluß auf die Bewegung geben müssen? Es war doch sehr fraglich, ob nicht die ganze Bewegung schließlich bei der Sozialdemokratie enden würde! Ueberhaupt war es richtig, Organisationen mit so einseitigen materiellen Zielen, wie höheren Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit usw. zu gründen? das war doch ein starkes Zugeständnis an die materialistische Richtung unserer Zeit!" So und ähnlich lauteten die Zweifel, die sich zwar nicht öffentlich hervorwagten, aber in Privatgesprächen und in kleinen Zirkeln erörtert wurden. Die christlichen Arbeiter selbst setzten sich mit goldener Zuversicht über alle diese Dinge hinweg; Ausbreitung der Organisation war für sie jetzt die Parole und in ganz Deutschland begann eine rührige Agitation, die selbstverständlich eine lebhafte Gegenströmung in sozialdemokratischen Kreisen hervorrief.

So nahte der

V. zweite Kongreß in Frankfurt.

Auch dieser wurde von den Leitern der Bewegung, von Brust und seinen engeren Freunden gründlich vorbereitet. Auf dem Kongresse sollten nur praktische Gewerkschaftsfragen erörtert werden: Ausbau der christlichen Gewerkschaften (zentralisierte Berufsvereine, Kartellierung der Berufsvereine zu einem Gesamtverbande, Begründung von Ortskartellen usw.). Unterstützungswesen in den christlichen Gewerkschaften, Taktik der christlichen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen und an letzter Stelle stand ein Referat über die Verkürzung der Arbeitszeit. Schon dieses Programm zeigte, daß die Leitung irgend welche Bedenken und Schwierigkeiten bezüglich der prinzipiellen Unterlagen der

Bewegung nicht mehr hatten. Trotzdem schloß der Kongreß mit einer Meinungsverschiedenheit prinzipieller Art.

Der Verband Arbeiterschutz in Cöln überraschte den Kongreß mit folgendem Antrag:

„1. Stellung zu nehmen zu dem Schlagwort: »paritätische Gewerkschaften«, in welchen alle Arbeiter, ob christlich oder sozialistisch, insofern sie einem und demselben Industriezweig angehören, zusammengeschlossen sind.

2. Frage ist: Sind solche paritätische oder neutrale Gewerkschaften das erstrebenswerte Ziel, wonach die christlich-sozialen Gewerkvereine oder die christlichen Berufsvereine ihre Taktik einzurichten haben?

3. Ist den christlich-sozialen Gewerkvereinen oder den christlichen Berufsvereinen nur eine momentane Notwendigkeit zuzusprechen, die durch das Verhalten namentlich der »freien Gewerkschaften« bedingt ist, oder gehört den christlichen Gewerkvereinen nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft?

4. Von Fall zu Fall ist es angängig, daß die christlichen Gewerkvereine mit den »freien Gewerkschaften« oder den »Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen« auf rein wirtschaftlichem Gebiete zusammengehen, aber unter der Bedingung, daß die nichtchristlichen Gewerkschaften die christlichen in ihrer Existenzberechtigung anerkennen, in ihrer Gleichberechtigung bei Versammlungen, Kommissionen rc. respektieren.

5. Nach Erledigung des Zwischenfalles tritt die reinliche Scheidung der bezeichneten Gewerk- oder Berufsvereine wieder ein, und haben die Christlichen ihre Macht so zu stärken, daß sie den Gegnern imponieren und sie schließlich zur Anerkennung nötigen, daß den christlichen oder christlich-sozialen Gewerk- oder Berufsvereinen die Zukunft gehört."

Der Kongreß sollte also Stellung nehmen zu dem Schlagwort von den „paritätischen Gewerkschaften". Was war das? Die Vorgeschichte dieses Antrags bedarf einer näheren Beleuchtung.

Der Antrag des Arbeiterschutzes-Cöln entsprang weniger der Besorgnis über die Entwickelung der christlichen Gewerkschaften, als vielmehr einer persönlichen Verstimmung in den leitenden Kreisen dieses Verbandes. Ich darf dieses Urteil ruhig fällen, da ich einer der Nächstbeteiligten bin und die Strömungen, die hinter diesem Antrage steckten, in allen Einzelheiten kennen gelernt habe. Der Erzbischof von Cöln hatte zum Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine seiner Erzdiözese Herrn Dr. Pieper, damals Generalsekretär des Volksvereins in M.Gladbach, ernannt. Mit dieser Ernennung setzte für die Arbeitervereine eine neue Aera ein, und sie war wohl nicht zuletzt erfolgt von der Erwägung

ausgehend, daß die Zeitverhältnisse eine energische und entschiedene Tätigkeit in den Arbeitervereinen verlangten. Dr. Pieper wohnte in M.Gladbach, nicht in Cöln, der Metropole. Schon dieser Umstand wurde bitter empfunden. Die neue Verbandsleitung erklärte aber von vornherein, ihre Aufgabe nur erfüllen zu können, wenn der Arbeitervereinsverband eine eigene, selbständige Zeitung erhalte. Das damalige Organ „Der christliche Arbeiterfreund", im Privatverlage von P. Brandts in Ehrenfeld, stand nicht sonderlich auf der Höhe. Der Ankauf resp. Ablösungsversuche scheiterten an den unerfüllbaren Forderungen des Verlags. Somit gründete die Verbandsleitung die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", und dem Schreiber dieses fiel das Geschick zu, als Redakteur an das Organ berufen zu werden. Damit waren auch für mich alle Sympathien verscherzt, die ich bis dahin bei den leitenden Persönlichkeiten des Cölner Arbeiterschutzes gehabt hatte. Der Arbeiterfreund wurde später von Herrn Immelen-Aachen angekauft. Mehr soll von dieser Reformgeschichte der Arbeitervereine nicht gesagt werden. Es ist aber begreiflich, daß in leitenden Kreisen in Cöln eine starke Animosität gegen „die Gladbacher Richtung", wie man sie taufte, herrschte.

Der äußere Anlaß für die Aufwerfung der Neutralitätsfrage lag in einer Broschüre, die in dem Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung erschien und die den meisten Kollegen bekannt ist unter dem Titel: „Christliche Gewerkschaften, ihre Notwendigkeit und Aufgabe." Die Broschüre hat zur Verbreitung und zur Kenntnis des christlichen Gewerkschaftsgedankens ungeheuer viel beigetragen. Im Schlußkapitel dieser Broschüre wurde die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den sozialdemokratischen Verbänden gezeichnet, und es heißt dort unter anderem:

„Vorläufig ist eine Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsbewegungen ausgeschlossen. Damit haben wir schon angedeutet, daß als Ziel eine Zusammenfassung aller Arbeiter in paritätische Gewerkschaften zu erstreben ist, d. h. in solche Gewerkschaften, welche sämtliche Arbeiter des betreffenden Industriezweiges, einerlei welcher Partei oder welchem Bekenntnisse sie angehören, umfassen auf dem neutralen Boden des Aus-dem-Spiele-lassens aller religiösen und politischen Anschauungen, selbst-

verständlich auf dem Boden der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung. Eine Gewerkschaft sucht eben augenblicklich vorliegende wirtschaftliche Aufgaben zu lösen und muß dementsprechend mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. . . . Sobald sie (die freien Gewerkschaften) sich von aller sozialdemokratischen Tendenz freigemacht haben und wieder sich einzig auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben beschränken, muß und kann eine Verschmelzung der christlichen und sozialdemokratischen Organisationen stattfinden, weil dann das Trennende beseitigt ist. Diese Verschmelzung ist nötig, wenn eine wahre Standesorganisation der Arbeiterschaft verwirklicht sein soll. Die paritätischen Gewerkschaften werden, was ihre grundsätzliche Gestaltung betrifft, genau so beschaffen sein, wie heute die christlichen Gewerkschaften schon sind, nur mit dem Unterschiede, daß dann das Wörtchen »christlich« in ihrem Namen wegfällt, weil man sie nicht mehr gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden zu unterscheiden braucht. . . . Uebrigens sind diese paritätischen Gewerkvereine heute noch und in nächster Zeit ein Zukunftsziel; die christlichen Gewerkvereine werden noch jahrelang getrennt marschieren müssen; sie müssen aber jenes Zukunftsziel im Auge behalten und sich in ihrer Taktik dadurch leiten lassen. . . . Den rein politischen, atheistischen usw. Bestrebungen der Sozialdemokratie werden die christlichen Arbeiter, wenn sie einmal in Zukunft in neutrale, paritätische Gewerkvereine eintreten, selbstverständlich auch dann noch ebenso wie heute entschieden entgegentreten in politischen oder konfessionellen Vereinigungen. Die Gewerkvereine aber werden für politische und konfessionelle Angelegenheiten »neutrale Gebiete« bleiben müssen.

Genau betrachtet, enthielt diese Stellungnahme nichts Absonderliches. Würden die vorhandenen Gewerkschaftsorganisationen wirklich paritätisch und nicht sozialdemokratisch gewesen sein, so würde es niemals zur Gründung von christlichen Gewerkschaften gekommen sein. Der beste Beweis für die Richtigkeit dieses Satzes ist der Kampf, den Kollege Wieber, der später eine abweichende Stellung einnahm, selbst im deutschen Metallarbeiterverband und im Formerverband geführt hat gegen die antichristlichen Strömungen und der mit dem Austritt Wiebers und seiner Freunde endigte. Wären die genannten Verbände ehrlich neutral gewesen, so hätte diesem Austritt der Anlaß gefehlt. Der letzte Grund für die Absonderung der christlichen Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung lag in dem versteckten sozialdemokratischen Charakter der freien Verbände, der heute gar nicht mehr bestritten, sondern offen anerkannt wird. Was lag näher als der Gedankengang: Sind die Verhältnisse in Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete soweit gediehen, daß sie sich

von der Sozialdemokratie und ihren religionsfeindlichen Tendenzen emanzipiert haben, so liegt keine Ursache vor, die separaten Gründungen aufrecht zu halten, und ist es nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen mit anderen zu verschmelzen. Diejenigen, welche den Gewerkschaftsgedanken in seiner Tragweite und Bedeutung begriffen hatten, erkannten von vornherein, daß es zur Durchführung der Gewerkschaftsziele kein wünschenswerter Zustand war, daß so- und soviel Gewerkschaftsrichtungen bestehen, die sich oft untereinander bitter bekämpfen und damit ihre Aktionskraft gegenüber den gemeinsamen Gegnern der Arbeiter schwächen. Die Aufstellung dieser theoretischen Meinung bot den Cölnern Anlaß, dem Frankfurter Kongreß ihren Antrag zu unterbreiten. In Cöln glaubte man hier eine Gelegenheit gefunden zu haben, um der Mißstimmung und dem Aerger über die sogenannte „Gladbacher Richtung“ Ausdruck geben zu können. Das ist meine persönliche Auffassung der Dinge. Im Grunde genommen waren die christlichen Gewerkschaften das, was die Cölner von ihnen verlangten.

Brust sah richtig voraus, daß die Verhandlung des Cölner Antrages die gesamten Arbeiten des Kongresses aufhalten und schädigen würde und verwies ihn deshalb an den Schluß der Tagesordnung. Die kurze, aber scharfe Debatte, die sich darüber entspann, endete mit dem Beschluß des Kongresses, der den Cölner Antrag absetzte von der Tagesordnung und ihn dem Gewerkschaftsausschuß zur weiteren Verhandlung überwies. In der Debatte verteidigte Kollege Döring-Cöln den Antrag; gegen den Antrag sprachen im wesentlichen Brust und Giesberts. Die gegnerische Presse nahm von diesem Vorfall in ausgiebigster Weise Notiz. Es knüpften sich Preßerörterungen daran, und so wurde dieser Vorgang zum Ausgangspunkte der bekannten

VI. Neutralitätsdebatte.

Die Frage der Neutralität wurde aber nunmehr nicht mehr nach der politischen, sondern nach der religiösen Seite hin

aufgeworfen. Während die Aachener Richtung sich von vornherein mit dem interkonfessionellen Charakter der Bewegung einverstanden erklärt hatte und nur eine politische Tendenz in dieselbe hineinbringen wollte, veranlaßte der Cölner Antrag die Aufwerfung der Interkonfessionalitätsfrage. Dieselbe äußerte sich in folgender Richtung:

1. In Berlin tauchte die Frage der katholischen Gewerkschaften auf. Die Germania, Berlin, Organ der Zentrumspartei, brachte kurz nach dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt (Juli 1900) einen Artikel, in dem, wenn auch noch vorsichtig und versteckt, die Vorteile einer konfessionell-katholischen Gewerkschaft geschildert wurden, im Gegensatz zu den Gefahren, welche die Interkonfessionalität mit sich bringen könnte. Hinter dem Artikel steckte aber bereits eine wohlvorbereitete Aktion, und auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Bonn im September 1900 versuchte Assessor v. Savigny-Berlin, der bekannte Inspirator der Berliner Fachabteilungsbewegung, bereits öffentlich Propaganda für katholische Gewerkschaften zu machen. In kurzer Reihenfolge kam dann darauf das bekannte Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe und speziell der Erlaß des Erzbischofs von Freiburg, der offen und in scharfer Form gegen die christlichen Gewerkschaften Stellung nahm. Im Gewerkschaftsausschuß fand diese Frage ihre Erledigung durch eine prompte und entschiedene Stellungnahme. Der Ausschuß nahm in einer Sitzung vom 8. November 1900 folgende Resolution an:

„I. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die mit großer Mühe und unter großen Opfern jene ins Leben gerufen haben, müssen sich gegen den Ausdruck im Erlaß des Herrn Erzbischofs von Freiburg: daß ihnen »das Wort christlich nur leerer Schall und ein Aushängeschild sei« und »daß sie nur für die Sozialdemokratie jene Kreise organisierten, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollten«, auf das entschiedenste verwahren.

Diese Annahme, wie sie in dem fraglichen Erlaß und auch einem kleinen Teile der katholischen, allerdings nicht maßgebenden Presse zum Ausdruck gekommen, ist durch keinerlei Tatsachen begründet und eine unverdiente Kränkung der bisher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätigen Mitglieder und Freunde des Arbeiterstandes.

II. Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grundsätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitliche Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel; doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen. Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen erscheinen, halten wir an dem auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Mainz aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage bestehen sollen.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß, nachdem jetzt von zuständiger Seite die zutage getretenen Mißverständnisse beseitigt sind, der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften von keiner Seite fernerhin mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Cöln, den 8. Nov. 1900.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands."

Draußen wunderte man sich über die Kühnheit der christlichen Arbeiter; man wunderte sich darüber um so mehr, als der Gewerkschaftsausschuß mit Ausnahme von zwei nur aus Katholiken bestand. Die Befürchtungen und Prophezeiungen der Gegner, die kirchliche Behörde würde nunmehr disziplinarisch vorgehen gegen die katholischen Arbeiter, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil, der weitaus größte Teil der katholischen Presse Deutschlands stellte sich auf Seite der christlichen Gewerkschaften. Aber dieser Vorfall wurde der Ausgangspunkt für die später erfolgte Gründung der katholischen Fachabteilungsbewegung in Berlin.

2. Herrschte innerhalb der christlichen Gewerkschaften über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der interkonfessionellen Berufsorganisation keine Meinungsverschiedenheit, so ergab die Erörterung darüber trotzdem eine Differenz über die Auffassung und Bedeutung des Wortes „christlich" in unserer Bewegung. Kollege Wieber vertrat die Auffassung, die Gewerkschaften müßten sich auf „positiv" christliche Grundlage stellen. Er wünschte dies auch in der vorstehend abgedruckten Erklärung zum Ausdruck gebracht. Da keine Eini-

gung erfolgte, so unterschrieb er die Erklärung nicht. Es handelte sich bei dieser Frage wesentlich um eine Doktorfrage. Die Mehrheit des Ausschusses war in bezug auf ihre religiöse Gesinnung zweifellos so positiv gerichtet wie nur möglich. Wenn trotzdem der Gewerkschaftsausschuß der Festlegung dieses Ausdruckes widerstrebte, so geschah es, weil sie Streitigkeiten über religiöse Fragen, über die Bedeutung des Wortes „positiv" befürchteten. Damit wäre die Einmischung der kirchlichen Behörden gegeben und die Unabhängigkeit der Bewegung gefährdet, die in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben, Reform und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sich gesteckt hatte. Im Grundprinzip war man sich vollständig einig; immerhin nahmen diese Meinungsverschiedenheiten einen recht ernsten Charakter an, der in einer unnötig verschärften Polemik zum Ausdruck kam und vorübergehend sogar zum Ausschluß des Kollegen Wieber vom Gewerkschaftsausschuß führte. Ihre Erledigung fand die Streitfrage erst auf dem Crefelder Kongreß, der den Beschluß des Ausschusses sanktionierte, im übrigen aber auch die Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes resp. seines Vorsitzenden Wieber tolerierte. Seit jener Zeit herrscht Ruhe. Die prinzipiellen Grundlagen unserer Bewegung bilden heute keinerlei Streitfragen mehr unter uns. Das Mainzer Programm hat sich nach allen Richtungen hin bewährt, und Brust hatte recht, wenn er in Nr. 27 des Bergknappen vom Jahre 1900 schrieb: „Man kann die christlichen Gewerkschaften durch solche Erörterungen (Paritätsdebatte) etwas hemmen, aber aus der eingeschlagenen Richtung bringen wird man sie nicht."

3. Die Aufwerfung der Paritätsfrage hatte zur Folge, daß auch im sozialdemokratischen Lager eine Erörterung über die prinzipielle Grundlage der Gewerkschaften Platz griff. Man sah in der christlichen Gewerkschaft einen gefährlichen Konkurrenten; ob man ihn über- oder unterschätzte, das soll dahingestellt bleiben. Um aber den christlichen Gewerkschaften möglichst den agitatorischen Boden zu entziehen, vertrat eine Reihe von Gewerkschaftlern, Hué, von Elm und andere, eine

größere Neutralität in den freien Verbänden. Selbst Bebel trat für die Neutralität ein, allerdings in der Voraussetzung, daß die naturgemäße Entwicklung der Dinge die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter trotz alledem zum Sozialismus führen würde. Im Lager der freien Gewerkschaften ist die Frage heute entschieden, ebenso wie bei uns. Dort ist man fester an die sozialdemokratische Partei herangerückt; wir haben keine Ursache und Veranlassung, die bewährten Richtlinien des Mainzer Programms zu verlassen.

4. Der Streit über den interkonfessionellen Charakter unserer Bewegung hatte das eine Gute zur Folge, daß in evangelischen Kreisen das Vertrauen zu unserer Bewegung zu wachsen begann. Dies kam vor allen Dingen zum Ausdruck auf der fünften Hauptversammlung der kirchlich-sozialen Konferenz, auf der Herr Hofprediger Dr. Stöcker Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage aufstellte, die sich entschieden für die christlichen Gewerkschaften aussprachen. Das in Mainz aufgestellte Programm wurde in den Leitsätzen als richtig erkannt, insbesondere wurde über die Interkonfessionalität folgendes gesagt: „Die Gewerkschaften müssen dementsprechend interkonfessionell sein; einzelne im Rheinlande vorgekommene konfessionelle Streitfragen dürfen nicht davon abhalten, in dieser Sache mit den Katholiken Hand in Hand zu gehen.“ Das war ein nicht zu unterschätzender Erfolg mit Rücksicht auf das große Mißtrauen, das in evangelischen Kreisen gegen die christlichen Gewerkschaften bestand, weil ihre Gründung wesentlich aus dem katholischen Lager stammte. Dieses Mißtrauen ist im Laufe der Zeit immer mehr geschwunden, und erst in diesem Jahre hat die Kreuzzeitung, das Organ der konservativen Partei, in ihrer Nr. 363 vom 6. August erklärt, „daß die Befürchtungen in evangelischen Kreisen, die christliche Gewerkschaftsbewegung würde sich zu einem willigen Organ des Ultramontanismus entwickeln, nicht gerechtfertigt sei, und zwar dank dem festen Willen der katholischen Führer auf diesem Gebiete, die strengste Neutralität obwalten lassen“.

VII. Der Zollstreit.

Noch waren die Nachwehen des Neutralitätsstreites nicht überwunden, als eine neue Streitfrage prinzipieller Art auftauchte. Hatten die christlichen Gewerkschaften Gelegenheit gehabt, beim Neutralitätsstreite an einem praktischen Fall die Festigkeit ihrer Grundsätze in bezug auf die Interkonfessionalität zu beweisen, so gab der Kampf um die Schutzzölle ihnen Gelegenheit, ihren unpolitischen Charakter zu dokumentieren. Die sozialdemokratische Presse hatte die in Aussicht stehende Revision der Zölle, die eine wesentliche Erhöhung erfahren sollten, benutzt, um die christlichen Arbeiter im Kampfe gegen die Schutzzölle auf ihre Seite zu bringen. Auf die sozialdemokratischen Provokationen antworteten Brust und Stegerwald in den von ihnen geleiteten Organen. Sie stellten sich dabei auf den Standpunkt, daß die Zollfrage eine politische Frage sei und nach Lage der Verhältnisse sogar eine parteipolitische, deren Erörterung nicht in die christlichen Gewerkschaften hineingehöre. Der christliche Metallarbeiterverband vertrat in seinem Organ den entgegengesetzten Standpunkt, bekämpfte hauptsächlich die Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Eine besonders heftige und persönlich zugespitzte Polemik entspann sich zwischen dem Organe des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Westdeutschen Arbeiterzeitung. Der Gewerkschaftsausschuß, der auf dem Frankfurter Kongreß gebildet worden war, sah sich veranlaßt, um den christlichen Gewerkschaften eine Direktive zu geben, zur Zollfrage Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme erfolgte in einer Ausschußsitzung am 16. November 1901, durch Annahme folgender Resolution:

„Die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle ist *keine* Frage, *welche unter die besonderen Erwerbs- und Standesinteressen der Industriearbeiter fällt*, deren Förderung unsere christlichen Gewerkschaften sich ausschließlich zum Programm gesetzt haben. Die genannte Frage trifft vielmehr alle Staatsbürger und ist eine eigentliche staatspolitische. Diese Tatsache wird auch deutlich dadurch bewiesen, daß mehrere politische Parteien die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle zu ihrem parteipolitischen Kampfesziel gemacht haben. Eine Stellungnahme zu der geplanten

Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle muß daher, getreu den Beschlüssen des Mainzer Kongresses, seitens der christlichen Gewerkschaften als solche in deren Versammlungen wie Organen unterbleiben. Dabei bleibt es aber den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften unbenommen, außerhalb der Gewerkschaft nach freiem Ermessen für oder gegen die landwirtschaftlichen Schutzzölle sich auszusprechen.

Soweit der Zolltarif auch die Erwerbsinteressen einzelner Industriezweige berührt, bleibt es den hierbei in Frage kommenden Verbänden überlassen, zu diesen speziellen Sätzen des Tarifs ihre Forderungen aufzustellen."

Die Resolution ist präzis und klar. Sie bezeichnet die Zollfrage in ihrer Gesamtheit als eine politische Frage, mit denen die christlichen Gewerkschaften auf Grund ihres Mainzer Programms nicht Stellung zu nehmen hatten; dagegen betont sie ausdrücklich die vollständige Freiheit in der Anschauung und in der Betätigung für oder gegen die Zölle außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Der Ausschuß war sich bewußt, daß ein Einmischen in den Zollkampf der Bewegung selbst gefährlich werden würde infolge der Kollision mit den bürgerlichen Parteien. Der christliche Metallarbeiterverband, dessen Vertreter, Kollege Wieber, in der Sitzung nicht anwesend sein konnte, trat dem Beschlusse nicht bei. Vielleicht hätte eine persönliche Aussprache über die ganze Frage den nachfolgenden bedauerlichen Konflikt verhindert, aber so nahm das Verhängnis seinen Lauf. Die Auseinandersetzungen in den Organen und in den Versammlungen draußen nahmen eine besonders scharfe Form an. Auch hier war es das persönliche Temperament, welches die Situation verschärfte und viel zur Verbitterung beitrug. Auf dem Gewerkschaftskongreß in München sollte die Frage endgültig ausgetragen werden. Es kam zum Ausschluß des Metallarbeiterverbandes aus dem Gesamtverbande. Der Ausschluß erfolgte wesentlich aus dem Gesichtspunkte heraus, daß man des ewigen Kampfes müde war. Die gesamte Bewegung litt schwer, und da eine Aussicht auf Verständigung nicht vorhanden zu sein schien, so erfolgte der schwerwiegende Schritt des Ausschlusses. Der Gesamtverband gründete einen neuen Metallarbeiterverband im Anschluß

an den Siegerländer Gewerkverein, dessen Bergarbeitermitglieder dem Gewerkverein der Bergleute überwiesen wurden, während die Metallarbeiter den Grundstock für eine neue Organisation bieten sollten. Der Streit zwischen der Gesamtbewegung und dem christlichen Metallarbeiterverbande ist das Betrübendste in der Geschichte unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, er hat nicht nur den christlichen Metallarbeiterverband, sondern auch die Gesamtbewegung in der Aufwärtsentwicklung erheblich geschädigt. Er hat nur das eine Erfreuliche zur Folge gehabt, daß alle aus ihm gelernt haben, gelernt, ganz besonders die Meinungsverschiedenheiten in Formen auszutragen, die nicht persönlich verletzen; gelernt, auch nach der Richtung, daß es höchst unklug ist, Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaftsorganen zum Austrag zu bringen, bevor nicht die Führer unter sich eine Aussprache mit einander gehabt haben. Der Konflikt wurde später beigelegt durch die Verschmelzung der beiden Metallarbeiterverbände und Wiedereintritt des christlichen Metallarbeiterverbandes in den Gesamtverband.

Der Zollstreit wird auch heute noch von unseren Gegnern gegen unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ausgenutzt; vor allem findet man immer wieder die Lesart, der Ausschluß des Metallarbeiterverbandes sei erfolgt wegen seiner Stellungnahme g e g e n die landwirtschaftlichen Schutzzölle. Das ist nach allen Richtungen hin unwahr. Die Ausschußresolution vom 16. November zeigt dies klar und noch mehr die dazu gegebenen Erklärungen in den „Mitteilungen“ (No. 17 vom 25. November 1901, S. 151). Die Schutzzollfrage sollte in Gewerkschaftsorganen und Versammlungen überhaupt nicht behandelt werden, weil man sie als eine politische Frage ansah. Unter denjenigen, welche sich auf diesen Standpunkt stellten aus Grundsätzen und taktischen Erwägungen heraus, befand sich eine große Anzahl von Kollegen, welche Gegner der Agrarzölle waren und dies auch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck gebracht haben. Die Stellung war eine Konsequenz des unpolitischen Charakters der christlichen Gewerk-

schaften. Hätte sie in diesem Falle versagt, so wäre eine Zersplitterung unabweisbar gewesen und damit eine Schädigung der Gesamtbewegung eingetreten, ohne daß an dem Gange der Zollverhandlungen selbst irgendwie etwas hätte geändert werden können. Dies wußten unsere Gegner nur zu gut. Ihnen kam es wesentlich darauf an, die Zollfrage als Sprengpulver für die christliche Arbeiterbewegung zu benutzen, und sie machten daraus gar kein Hehl. Daß es ihnen nicht gelungen ist, danken wir der Festigkeit und Einsicht der christlichen Arbeiter.

VIII. Schluß.

Diesen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der prinzipiellen Grundlagen der christlichen Gewerkschaften wollen wir nicht schließen ohne Nutzanwendung für die Gegenwart. Wenn es uns gelungen ist, die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften, den interkonfessionellen und unpolitischen Charakter unserer Bewegung hoch zu halten trotz aller Anfeindungen, so verdanken wir dies wesentlich dem festen Willen der christlichen Arbeiter, zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben einig und geschlossen zu bleiben. Der vornehmste Zweck, zu dem die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Freiheit und Selbständigkeit der Arbeiter im Arbeitsvertragsverhältnisse durchzuführen — nicht im Sinne des Klassenkampfprinzips der Sozialdemokratie, sondern des gerechten Ausgleichs der Interessen unter Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes — dieses gemeinsame Ziel hat uns zusammengehalten und wird uns auch in Zukunft zusammenhalten. Gemeinsam zu tragendes Leid kettet die Menschen aneinander. Das trifft für die Lohnarbeiter besonders zu. Wir leiden gemeinsam unter dem Druck der von der materialistischen Denkweise beeinflußten kapitalistischen Produktion, die uns den gerechten Lohn nicht zuteil werden läßt, die den Wert der Persönlichkeit des Arbeiters herabdrückt, die unsere Arbeitskraft ausnutzt ohne Rücksicht auf unsere Gesundheit und sittliches

Bewußtsein, die unseren Stand in einer unwürdigen Abhängigkeit zu halten bestrebt ist. Aus diesem gemeinsamen Empfinden ist die Einigkeit der christlichen Arbeiter geboren; und wo sie jemals in Gefahr ist, genügt eine Erinnerung daran, um uns den rechten Weg zu zeigen. Wir dürfen nicht uneinig werden, dann werden wir schwach. Wir christlichen Arbeiter dürfen es am allerwenigsten, weil wir nicht nur mit unseren natürlichen Gegnern, den Kapitalisten, zu rechnen haben, sondern noch mehr mit den Feinden unserer Weltanschauung aus dem Lager unserer Standesgenossen, der Sozialdemokratie.

Dieses Bedürfnis des gemeinsamen Erwehrens der sozialen Uebel, des gemeinsamen Erkämpfens des gerechten Anteils an den Erfolgen der produktiven Arbeit, des gemeinsamen Strebens nach Gleichberechtigung und Anerkennung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft hat evangelische und katholische Arbeiter zusammengeführt. Wir haben uns kennen, schätzen und achten gelernt. Inmitten des konfessionellen und politischen Haders haben wir es vermocht, erfolgreich, kameradschaftlich zusammen zu arbeiten. Es ist tief bedauerlich, daß sich ein großer Teil der katholischen Arbeiterschaft von uns trennt, unsere Bewegung ist zweifellos dadurch geschwächt; geschwächt in der Erstrebung besserer sozialer Zustände; geschwächt nicht zuletzt in der Erwehrung des Ansturms der Sozialdemokratie. Die harte Erfahrung und die ehernen Tatsachen der sozialen Entwicklung wird auch sie lehren, daß ein wahrer sozialer Friede nicht eintreten kann, bis nicht die ihn störenden und widerstrebenden Elemente, die den Kirchhofsfrieden der sklavischen Unterwerfung unter die Willkür des Kapitals als Lösung der sozialen Frage betrachten, niedergekämpft sind.

Die Zeitverhältnisse haben an dem Grundcharakter unserer Bewegung nichts zu ändern vermocht. Aber in unserer praktischen Betätigung haben wir mehr als früher den christlichen Charakter unserer Bewegung bekennen müssen. Die freien Gewerkschaften haben sich nicht von der Sozialdemokratie und ihrer materialistischen, ungläubigen Denk-

weise emanzipiert; sondern sind jetzt vollständig in die Parteibewegung eingegliedert. Mit der Neutralität ist's endgültig vorbei, und selbst die Buchdrucker, auf die man die meisten Hoffnungen gesetzt, machen die Entwicklung nach links freudig mit. Die Hoffnung, auf eine ehrliche Neutralisierung der deutschen Gewerkschaften, wenn sie jemals berechtigt war, ist auf unabsehbare Zeit hinausgerückt. Wir haben eher eine Verschärfung des Verhältnisses als Milderung zu erwarten. Die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften ist für die Sozialdemokraten ein viel notwendigeres Ziel als die Erlangung besserer Lohnverhältnisse und Abschluß von Tarifverträgen. Um so mehr ist die Einigkeit und Geschlossenheit unserer christlichen Arbeiterbewegung notwendig. Nach einer vor aller Oeffentlichkeit liegenden, mehr als zehnjährigen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften ist ein Mißtrauen in unsere Absichten und Ziele nicht mehr gerechtfertigt bei allen denen, welchen daran gelegen ist, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und ihr den Platz in der Wirtschaft und in dem Organismus der Gesellschaft zu verschaffen, der ihr auf Grund ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung für Volk und Vaterland zukommt.

Das mögen sich auch jene gesagt sein lassen, welche sich angeblich so sehr bemühen, Christentum und Sitten im deutschen Volke zu erhalten und gleicherzeit in liebloser Weise die konfessionellen Gegensätze vertiefen. Für Erhaltung wahrer christlicher Gesinnung und Förderung christlicher Kultur im deutschen Volke haben die christlichen Arbeiter mehr getan als irgend ein anderer Stand. Diesen Aufgaben werden die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter treu bleiben trotz aller Widerwärtigkeiten. Aus unseren christlichen Idealen schöpfen wir die unversiegliche Kraft zum Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung.



Zehn Jahre christliche Gewerkschaften.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat bekanntlich ihren Vorläufer hauptsächlich in der christlich-sozialen Bewegung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Diese Bewegung datiert zurück bis in die siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts. Bischof Emmanuel v. Kettelers Auftreten im Jahre 1869 hatte dort den stärksten Widerhall gefunden. Die damalige Bewegung trug freilich einen mehr kirchlichen als politischen Charakter; aber aus derselben wäre zweifellos der gewerkschaftliche Gedanke hervorgegangen, wenn nicht in dem neugegründeten Deutschen Reiche durch die Kulturkampfsgesetze die Tagesaufgaben verschoben worden wären. Mit der geistigen Bildung der Lohnarbeiter lag es damals noch sehr im argen; die leitenden Kräfte der christlich-sozialen Bewegung zogen sich infolge der Kulturkampfsgesetze auf das kirchenpolitische Gebiet zurück. Die wirtschaftlich bedrückten Arbeiter, denen soeben erst das Koalitionsrecht gewährt worden war, standen führerlos da. Dazu kam 1878 das Sozialistengesetz; die Arbeiter empfanden viele Härten im Arbeitsverhältnis als Ungerechtigkeiten und erblickten in den durch Staatsanwalt und Polizeibehörden verfolgten sozialdemokratischen Führern Märtyrer für die Arbeitersache. Sie wurden in dieser Meinung bestärkt, als nichtsozialdemokratische Arbeiterkorporationen in der sozialistengesetzlichen Zeit durch die Polizeibehörden vielfach nicht anders behandelt wurden als die sozialdemokratischen Vereinigungen. Verschiedene gewerkschaftliche Ansätze in dieser Periode wurden unterdrückt; andere konnten sich infolge Fehlens geeigneter Leiter nicht entwickeln, bis endlich 1894 der Gedanke zur Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund sich durchsetzte.[1]) Die rheinisch-west-

[1]) Einige Monate vorher, und zwar am 1. Mai — die Gründungsversammlung des Gewerkvereins der Bergarbeiter war am 26. August —,

fälischen Bergleute waren es sonach, die zuerst die christliche Gewerkschaftsidee verwirklichten und nach der grundsätzlichen Seite hin für ihre Organisation infolge früherer übler Erfahrungen von vornherein den Charakter prägten, den später die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung annahm, nämlich den interkonfessionellen und politisch unparteiischen. Zeitgeschichtlich folgten den Bergleuten die Ziegler in Lippe, die bayrischen Eisenbahner, die Textilarbeiter in Bayern, Aachen und Umgegend, Crefeld, M.Gladbach, Bocholt i. W. u. a. Für die übrigen Berufe bildeten sich hauptsächlich in Süddeutschland Arbeiterschutzverbände, die sich wieder in Fachsektionen gliederten. So in München, Stuttgart, Bamberg, Regensburg, Amberg, Würzburg, Augsburg, Nürnberg, Freiburg i. B., Frankfurt a. M., Berlin 2c. Von Stuttgart aus wurden württembergische Landesverbände für Holzarbeiter, Bauhandwerker, Metallarbeiter und Textilarbeiter ins Leben gerufen, die wieder in der Württembergischen Gewerkschaftskommission mit dem Sitze in Stuttgart vereinigt waren. Die Uhrenarbeiter des Schwarzwaldes gründeten einen besonderen Industrieverband. In Norddeutschland entstanden an mehreren Stellen Lokal- bezw. Bezirksverbände, u. a. im Siegerland mit dem Sitze in Eiserfeld für die Berg-, Eisen- und Metallarbeiter, der Sauerländische Gewerkverein der Metallarbeiter (Sitz Neheim), Blei- und Zinkarbeiter für Stolberg und Umgegend, Steinarbeiter in Honnef a. Rh. usw.

Bei der Zusammenstellung dieser geschichtlichen Daten

---

entstand der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter mit dem Sitze in Trier. Dieser Verband verschwindet, obwohl er der älteste ist, bei der Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften deshalb im Hintergrund, weil er sich zu wenig in der Oeffentlichkeit betätigte und auch nur einmal sich an einem christlichen Gewerkschaftskongreß (Crefeld) beteiligte. Damals war innerhalb des Verbandes auch die Stimmung ziemlich günstig für den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Diese Stimmung verstand der Vorsitzende des Verbandes, Molz-Trier, der persönlich mit der damals neu auftauchenden katholischen Fachabteilungsbewegung sympathisierte, niederzuhalten.

Signatur innerhalb der bürgerlichen Parteien gegenüber den christlichen Gewerkschaften bei ihrer Gründung.

Selbst in katholischen Arbeitervereinen war man nicht erbaut von dem Berichte ihrer Delegierten des Züricher Kongresses. Als Giesberts in einem Kölner Arbeiterverein seinen Eindruck von Zürich schilderte und als Resultat eine größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Arbeiter und intensivere Beschäftigung mit sozialpolitischen Fragen besonders in der Reform der Arbeitsverhältnisse verlangte, ferner für die Gründung eigener christlicher Gewerkschaften unter völlig selbständiger Leitung der Arbeiter plädierte, verzichteten alle anderen Arbeitervereine auf weitere Berichterstattung, trotzdem man ihm bei seiner Entsendung nach Zürich ausdrücklich zur Pflicht gemacht hatte, in allen Vereinen Bericht zu erstatten. Man fürchtete, das rosige beschauliche Dasein der Arbeitervereine könnte durch diese neue Idee gestört werden.

Mit Ausnahme der Bergarbeiter bestand in organisatorischer Hinsicht bis zum Zusammentritt des ersten Kongresses der christlichen Gewerkschaften bei diesen das denkbar größte Durcheinander. Die Hauptaufgabe dieses Kongresses und der folgenden Jahre war somit neben der Schaffung eines Programms: innere Ordnung herzustellen, wozu die Mainzer Tagung allerdings reichlich beitrug. Es wurden kurz nachher der Reihe nach gegründet die Zentralverbände der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Tabak- und Zigarrenarbeiter, nichtgewerbliche Arbeiter (jetzt Hilfs- und Transportarbeiter), Heimarbeiterinnen, Textilarbeiter, Maler und Keramarbeiter.

Eigentliche Statistiken der christlichen Gewerkschaften bestehen erst seit dem Jahre 1900, seit der Gründung des Gesamtverbandes. Die erste Statistik erstreckte sich auf 36 Organisationen, wovon 25 dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angehörten. Bei der späteren inneren Konsolidationsarbeit stellte sich heraus, daß die bei den ersten Statistiken angegebenen Ziffern vielfach zu hoch gegriffen waren. Die Beiträge bei den einzelnen Lokal- oder Bezirks-

organisationen waren äußerst gering, so daß in Versammlungen oft Hunderte von Arbeitern ihren Beitritt tätigten, ohne später ihre Verpflichtungen gegenüber ihrer Organisation zu erledigen. Das Vertrauensmännersystem kannte man nicht; dessen Einführung war auch bei den geringen Beiträgen (meist 10—20 Pfg. pro Monat) nicht lohnend, und so war eine große Anzahl Mitglieder in Listen verzeichnet, die eigentlich als solche nicht betrachtet werden konnten. Die folgende Tabelle, die sich nur auf die Organisationen erstreckt, die bei der Errichtung des Gesamtverbandes demselben beitraten bezw. ihm nunmehr angehören, erweist sich daher in den ersten Jahren nicht als völlig zutreffend. Demnach gewinnt man von der Entwickelung der bezeichneten Organisationen dieses Bild:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Vermögensbestand ℳ	Zahl der Beamten
1895	103	5 500	4 960	2 529	2 431	—
1896	81	8 055	7 386	4 727	5 089	—
1897	136	21 000	19 719	12 127	12 682	—
1898	150	34 270	25 368	21 278	16 772	1
1899	176	56 391	35 978	29 198	21 401	1
1900	387	[1]) 76 744	255 186	156 421	8 330	11
1901	910	[2]) 84 497	395 367	209 533	197 592	15
1902	977	[2]) 84 667	466 910	328 456	335 086	18
1903	1196	[1]) 91 440	678 252	552 447	455 970	32
1904	1660	118 917	894 517	711 670	690 374	52
1905	2333	191 690	2 443 122	2 150 511	1 249 408	127
1906	3048	260 040	3 378 833	2 709 260	2 370 782	202

Aus der Finanzgebarung geht hervor, daß eigentlich erst nach dem Mainzer Kongreß von einer christlichen Ge-

[1]) Mitgliederzahl am 1. April, die anderen Ziffern fehlen.
[2]) Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt.

werkschaftsbewegung gesprochen werden kann. 1899 betrugen die gesammten Jahreseinnahmen nicht M. 36000. Auch hatte damals die ganze „Bewegung“ erst einen einzigen Beamten. Auch von 1900—1903 ließ die Entwicklung, rein nach Ziffern betrachtet, manches zu wünschen übrig. Zur Erklärung muß indes das Folgende gesagt werden. Bei der Durchführung der Zentralisation traten aus den ursprünglichen Bezirks- und Lokalverbänden meist nur ein geringer Bruchteil der Mitglieder dem neugestalteten Verbande bei. Opferwilligkeit und Disziplin waren damals bei den meisten christlichen Arbeitern noch ganz wenig bekannte Begriffe. Dann setzte in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 die wirtschaftliche Krise ein, die die jungen, ungefestigten christlichen Organisationen kaum noch zu einer ungünstigeren Zeit überraschen konnte. Dazu kamen noch die schweren inneren Kämpfe, der Neutralitäts- und der Zollstreit, die in einer Form ausgetragen wurden, der man heute, bei ruhigem Ueberdenken, die damalige außerordentliche Jugendlichkeit der Bewegung deutlich anmerkt. Von sozialdemokratischer Seite wurden diese Differenzen in Tausenden von Versammlungen weidlich ausgebeutet. Bei Berücksichtigung dieser Situation muß man sich heute fast wundern, daß die damalige im Werden begriffene Bewegung die zeitlich zusammengetroffene wirtschaftliche und innere Krise ohne noch größeren Schaden überstanden hat; um so mehr, als, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, ein Unterstützungswesen, das im allgemeinen die Anhänger an ihre Organisation fesselt, noch gar nicht vorhanden war. Die Ausgaben der dem Gesamtverbande angeschlossenen Organisationen an Verbandsorgan und Unterstützungen betrugen in den Jahren:

Jahr	Verbands-Organ ℳ	Streik- und Gemaßregelten-unterstützung ℳ	Reise- und Arbeitslosen-unterstützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Rechtschutz ℳ
1895	305	—	—	—	—	—
1896	3 136	—	—	—	—	—
1897	7 727	—	—	—	—	—
1898	10 677	54 267	—	—	—	—
1899	14 990	3 509	—	—	—	—
1900	23 500	49 826	74	—	9 576	—
1901	46 130	75 177	300	—	23 921	—
1902	73 221	88 626	5 499	—	33 986	—
1903	94 599	155 030	7 990	—	39 708	—
1904	111 995	133 362	9 200	—	49 679	18 974
1905	205 155	1 000 320	13 571	109 693	59 933	45 457
1906	275 620	853 435	34 464	265 485	136 994	61 233

In den letzten Jahren wurden somit erst größere Beträge an Unterstützungen verausgabt, die in den nächsten Jahren sich zweifellos noch bedeutend steigern werden, was aus folgender Zusammenstellung hervorgeht. Es wurden an Unterstützungen verausgabt:

	Insgesamt	Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung	Sonstige Unterstützungen
1906	1 364 105	853 435	510 670
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1904	211 215	133 362	77 853
1903	202 728	155 030	47 698
1902	128 111	88 626	39 485

Seitdem die inneren Kämpfe beendet, steigerte sich bei den christlichen Gewerkschaften sowohl die Mitgliederentwicklung wie auch die finanzielle Leistungsfähigkeit geradezu sprunghaft, trotz der bedeutenden Beitragserhöhungen, die fast alle Verbände bis in die neueste Zeit durchführten.

Eines der Hauptaktionsmittel der Gewerkschaften ist die Presse derselben. Diese ihrem Bedürfnis entsprechend aus-

zubauen, war für die christlichen Gewerkschaften nicht sehr leicht. Die Bildungsmittel und -Möglichkeit waren für die christlichen Arbeiter vor Jahren bei weitem nicht in dem Maße gegeben wie heute. Damals kannte man Unterrichtskurse in den meisten Orten nicht. Volkswirtschaftliche Kurse sind ebenfalls erst eine Einrichtung der letzten Jahre. Mittel zur Heranziehung von Mitarbeitern waren auch nicht vorhanden. Für einen Teil der Zeitungen mußte die erste Zeit die Redaktion zudem bei Nacht neben der Tagesarbeit geführt werden; bei allen Verbänden war längere Jahre hindurch der Verbandsvorsitzende zugleich Redakteur, Organisator, Streikleiter, Agitator. Für manche Nummern der christlichen Gewerkschaftspresse mußte die Redaktionsarbeit auf Reisen zwischen Agitationsversammlungen gemacht werden. Erst in den letzten Jahren ist eine gründliche Aenderung eingetreten. Heute haben alle größeren Verbände eigene Redakteure angestellt und schrecken vor Opfern zur noch besseren Ausgestaltung ihrer Verbandsorgane nicht zurück.

Anläßlich des Mainzer Kongresses existierten an Gewerkschaftszeitungen neben dem Bergknappen nur noch die christliche Arbeiterzeitung für die Siegerländer Berg- und Hüttenarbeiter sowie ein kleines Blättchen der Crefelder Textilarbeiter. Bald darauf kartellierten sich die Bezirksverbände der Textilarbeiter und gaben ein gemeinschaftliches Blatt heraus. Ihnen folgten 1900 mit eigenen Verbandsorganen die Bauhandwerker, Holz- und Metallarbeiter. Mit April 1901 erschienen die „Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften“ (jetzt „Zentralblatt“) und das gemeinschaftliche Organ derjenigen Gruppen, die ein eigenes Blatt nicht besaßen, die „christliche Gewerkschaftszeitung“, die ebenfalls vom Gesamtverbande herausgegeben wurde. Entgegen den Intentionen des Frankfurter Kongresses, der sich mit der Regelung des Preßwesens in den christlichen Gewerkschaften befaßte und beschloß, es möge für alle Verbände, die ein eigenes Organ nicht herauszugeben vermögen, durch den Ausschuß des Gesamtverbandes ein gemeinsames Blatt geschaffen werden, gaben das Bayrische

Gewerkschaftskartell ein Organ, betitelt „Der christliche Gewerkschaftler", und die Württembergische Gewerkschaftskommission ein solches, „Christliche Gewerkschaftsblätter", heraus. Die letzteren drei Blätter wurden im Oktober 1901 vereinigt und erschienen fortan als „Christliches Gewerkschaftsblatt". Nun verfügen sämtliche christlichen Berufsverbände über eigene Verbandsorgane.

Von der Sozialdemokratie wurden die christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen auf das heftigste angefeindet. Alle Mittel, die der sozialdemokratischen Agitation erfolgreich schienen, wurden dabei angewandt. Die ersten Versammlungen wurden zu stören und dadurch unmöglich zu machen versucht. Der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter verweigerte daraufhin in den von ihm einberufenen Versammlungen den Sozialdemokraten das Wort zur Diskussion. Trotzdem fanden sich diese in künftigen Versammlungen wieder ein, bis als Folge dieses Verhaltens der Schrödersche Meineidsprozeß, der seinerzeit viel Staub aufwirbelte, sich entwickelte. Im Frühjahr 1895 hielt Brust an einem Tage drei Versammlungen ab: vormittags 11 Uhr in Oberhausen, nachmittags 4 Uhr in Herne und abends 6 Uhr in Baukau. In der Oberhausener Versammlung sprach der sozialdemokratische Redner Schröder in der Diskussion. Nach der Versammlung sagte Brust zu Schröder, er müsse einsehen, daß bei den Auseinandersetzungen in den Versammlungen für beide Verbände nichts herauskäme; es möge daher jeder Verband für sich ungestört Versammlungen abhalten. In den Versammlungen des Gewerkvereins würde er Sozialdemokraten das Wort nicht mehr geben.

Dennoch fand sich nachmittags in der Herner Versammlung Schröder wieder mit einer Anzahl seiner Gesinnungsgenossen ein; als Brust fortwährend in seinem Vortrage unterbrochen wurde, forderte er die Sozialdemokraten auf, das Lokal zu verlassen und sich am Eingang die 10 Pfg. Eintritt wieder zurückerstatten zu lassen. Dieses geschah, worauf die Versammlung ruhig zu Ende geführt wurde.

Trotz dieser Vorfälle fand sich Schröder mit den in Herne ausgewiesenen Genossen auch in der dritten Baukauer Versammlung wieder ein. Brust bemerkte gleich bei Einleitung der Versammlung, diesmal gäbe es weder Diskussion noch würde das Eintrittsgeld zurückerstattet. Daraufhin Tumult! Die Sozialdemokraten wurden aufgefordert, das Lokal zu verlassen, und als sie sich weigerten, dieser Aufforderung Folge zu leisten, durch den überwachenden Gendarmen entfernt. Die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung schrieb nun, Schröder sei vom Gendarm zum Ausgang gestoßen worden, wobei er dreimal zu Boden fiel; der Gendarm habe Schröder brutal mißhandelt &c. Diese Notiz brachte der Bergarbeiterzeitung eine Beleidigungsklage und der Redaktion eine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe. Bei der Berufung gegen dieses Urteil bezeugten der Gendarm und acht Mitglieder des Gewerkvereins durch Eid, Schröder sei durch ersteren nicht gestoßen worden. Schröder und einige Sozialdemokraten beschworen das Gegenteil, worauf sie im Gerichtssaal wegen Verdachts, einen wissentlichen Meineid geleistet zu haben, verhaftet und später durch das Schwurgericht mit Zuchthaus bestraft wurden. Mit diesem Vorgang suchte die sozialdemokratische Agitation in entstellter Weise die Arbeiter lange Zeit vor den christlichen Gewerkschaften abzuschrecken; insbesondere wurde Brust als der an der Verurteilung Schuldige gebrandmarkt. Der Verteidiger Schröders, Rechtsanwalt Dr. Wallach-Essen, dagegen stellte in seinem Plaidoyer fest, daß die Brustschen Aussagen erschwerend für die Entlastung Schröders ins Gewicht fielen. Jedenfalls bildet dieser Prozeß einen tieftraurigen Vorgang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Kurze Zeit nachher (14. März 1897) schrieb der damalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Möller, an den Redakteur der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung, Hue, einen Brief, in dem es hieß:

„Also murkse ihn (gemeint war der seinerzeitige Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Brust. D. V.) so nebenbei mit ganz unschuldiger

Miene und unter lebhaftem Bedauern ganz gründlich ab. — — — Ich meine, du solltest die Führer des christlichen Gewerkvereins »vor den Bauch treten« und die Mitglieder streicheln. Das eine tun und das andere nicht lassen."

Nach diesem Rezept hat nicht nur der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, sondern die gesamten sozialdemokratischen Verbände, und vor allem die sozialdemokratische Parteipresse gehandelt. Die christlichen Arbeiter wurden als die armen Irregeführten bedauert — schließlich Dummköpfe gescholten — die sich von einigen gewissenlosen Handlangern der Unternehmer und des Klerikalismus — als solche wurden die Führer bezeichnet — einfangen ließen. Im Ruhrrevier war die Bevölkerung stets konfessionell gemischt und wurden die politischen Kämpfe besonders scharf auf dem konfessionellen Gebiet ausgefochten. Den solcherart beackerten Boden suchte die Sozialdemokratie für sich auszunutzen; es wurden die Worte „ultramontane Organisation" und „Zentrumsgewerkverein" geprägt. Als diese anfingen, ihre Anziehungskraft zu verlieren, erfand man das neue Wort „Zechengewerkverein". Dieses diente der sozialdemokratischen Agitation bis zu dem Ruhrbergarbeiterstreik 1905, bis es der „Vorwärts" (Nr. 11) folgendermaßen zerstörte: „Zum ersten Male arbeiten in diesem Umfange alle Arbeiterorganisationen gemeinsam. Ja noch mehr, in gewisser Hinsicht haben die christlichen Arbeiter die Führung übernommen." Der „Zechengewerkverein" zog jetzt in der sozialdemokratischen Agitation nicht mehr.

Die Gründungsversammlungen der Sektionen der Hafner (Töpfer), Maler, Schuhmacher, Nichtgewerblichen Arbeiter des Vereins Arbeiterschutz München verfielen infolge Tumultes alle der polizeilichen Auflösung. Der Saal des Gesellschaftshauses „zur Lacke" wurde einmal durch ein Polizeiaufgebot geräumt. Ein anderes Mal stellte der Staatsanwalt gegen sozialdemokratische Redner Strafantrag, weil diese in einer Versammlung die christlichen Mitglieder mit „verkommenes Gesindel", „Abschaum der Menschheit" rc. beschimpften. Am Niederrhein wurde beim Uebertritt eines Lokalverbandes in

den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband die Erscheinungsweise des früheren Verbandsblattes zu dem ausgesprochenen Zwecke: die Bekämpfung des christlichen Textilarbeiterverbandes, beibehalten. Damit konnte jedoch nicht verhindert werden, daß heute der christliche Textilarbeiterverband in Rheinland und Westfalen etwa dreimal soviel Mitglieder zählt als sein sozialdemokratischer Konkurrenzverband.

Auch von den Unternehmern erhielten die christlichen Gewerkschaften nichts geschenkt; auch ihnen gegenüber mußten sie sich ihre Position in hartem Kampfe erringen. Die Maßregelungen der Vertrauensleute bilden seit der Gründung ein ständiges Kapitel in den Verbänden, insbesondere in denen der Großindustrie. Aber auch größere Kämpfe der christlichen Gewerkschaften sind so alt wie diese selbst, ja, es mußte schon eher gekämpft werden, als eigentlich Mittel dafür vorhanden waren. Der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter nahm schon 1897 sich seiner Mitglieder an, als am Piesberge bei Osnabrück die Unternehmer aus Feiertagen, an denen seither nicht gearbeitet wurde, Arbeitstage machen wollten. Und bei der Crefelder Sammetweberbewegung 1899 wurde der junge christliche Textilarbeiterverband auf eine äußerst harte Probe gestellt; er bestand sie. Zu beiden Kämpfen wurden die Mittel meist aus allgemeinen Sammlungen aufgebracht. Von den späteren Kämpfen aus der Gründungsperiode brauchen nur angeführt zu werden derjenige in Kaldenkirchen, der um das Koalitionsrecht der christlichen Tabakarbeiter am Niederrhein geführt werden mußte. Die Fabrikanten wurden erst nach langwöchentlichem Kampfe zum Einlenken gezwungen, als die Streikenden die Errichtung einer Genossenschaftsfabrik beschlossen, die heute noch besteht und sehr gut prosperiert. Ebenso mußten die Textilarbeiter in Coesfeld durch einen hartnäckigen Kampf Bresche schlagen für das Koalitionsrecht der westfälischen Textilarbeiter. In diesen Kämpfen waren nicht etwa die sozialdemokratischen Gewerkschaften die treibenden Kräfte; nein, diese waren an den betreffenden

Orten meist gar nicht oder nur ganz spärlich vertreten. Sie wurden ohne Geheiß und ohne sozialdemokratischen Anstoß von den christlichen Arbeitern selbst geführt. Auch an die zur selben Zeit ausgebrochenen Aussperrungen der Metallarbeiter in Iserlohn und der Schuhmacher in Pirmasens, an denen die christlichen Gewerkschaften unverhältnismäßig stark beteiligt waren, darf erinnert werden. Das Solidaritätsgefühl der christlichen Arbeiter war in der Zwischenzeit bereits so stark entwickelt, daß die Mittel zu diesen Kämpfen aufgebracht werden konnten. Wo es sich um ungerechte Bedrückung der Arbeiter gehandelt hat, sind die christlichen Gewerkschaften im Kampfe nie zurückgestanden, das weist jedes Blatt ihrer Geschichte nach, wovon auch die neueren Kämpfe, insbesondere die Ruhrbergarbeiterbewegung 1905 und der Kampf des Metallarbeiterverbandes gegen den Absolutismus der Saarindustriellen in 1906, Zeugnis ablegen.

Ein kurzes Ueberdenken der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens zeigt uns somit nach jeder Richtung hin ein befriedigendes Bild. Die Kämpfe im eigenen Lager, die Widerstände der Unternehmer und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung vermochten das Vertrauen der christlichen Gewerkschaftler zu ihren Organisationen nicht zu erschüttern. Und so ist heute auf den verschiedensten Gebieten ein gesunder Grundstock vorhanden. Zehntausende von Vertrauensmännern stehen selbstlos im Dienste unserer Bewegung, über 200 freigestellte Kräfte wirken in den verschiedensten Gauen des deutschen Vaterlandes, eine Anzahl Verbände stehen äußerlich und innerlich gefestigt da, die Erziehungsarbeit verhältnismäßig weniger Jahre zeitigt schon reiche Früchte, die gleichberechtigte Eingliederung der christlichen Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft vollzieht sich zusehends. Trotzdem die christliche Gewerkschaftsbewegung auf parteipolitischem Gebiete sich nicht betätigt, tritt die Nebenwirkung ihrer Erziehungsarbeit aufs deutlichste in Erscheinung. Sechs christliche Gewerkschaftler gehören bereits dem Reichs-

tage an, sechs dem preußischen, bayrischen und württembergischen Landtag, mehr als hundert sitzen in den Stadtverordnetenkollegien. Welch ein Umschwung in zehn Jahren? Das nächste Jahrzehnt stellt uns zweifellos vor neue, schwierige Aufgaben. Zeigen wir, daß wir auch sie zu lösen verstehen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Bis zu dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften fehlte zwischen den zerstreuten Gruppen meist jedwede Fühlung; manchem diente als Orientierungsmittel lediglich der Bergknappe. In Mainz wurde dann je eine nord- und süddeutsche Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, die Förderung der christlichen Gewerkschaften sich angelegen sein zu lassen. Finanzielle Mittel standen diesen Kommissionen nicht zur Verfügung, so daß sie bis zum nächstjährigen Frankfurter Kongreß sich nicht einmal versammeln konnten. Inzwischen bildeten sich mehrere Zentralverbände, die dann in Frankfurt die Forderung erhoben, es müsse für die Bewegung eine einheitliche Spitze geschaffen werden; eigene Kommissionen für Nord- und Süddeutschland böten zu wenig Garantie für die so notwendige Geschlossenheit der Bewegung. Eine zur Vorberatung dieses Gegenstandes eingesetzte Kommission schlug dem Kongreß folgende Resolution vor:

„Die auf dem ersten Kongreß gewählten Kommissionen hatten den ihnen gestellten Aufgaben nicht in vollem Umfange gerecht werden können. Es fehlte den Mitgliedern an der nötigen Zeit, wie auch zur Verfügung stehender Geldmittel, um der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung die Aufmerksamkeit und Förderung angedeihen zu lassen, welche nach Umständen und Zeitverhältnissen nötig gewesen wäre.

Es erscheint dringend geboten, für die christlichen Gewerkschaften Deutschlands einen engeren Zusammenschluß herbeizuführen unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften.

Der Kongreß beschließt deshalb die Bildung einer Gewerkschaftskommission, zu der nach Möglichkeit die einzelnen Berufe ihre Vertreter ent-

senden, die aus ihrer Mitte einen Ausschuß von fünf Personen wählen, die möglichst nahe zusammen wohnen. Dieser Ausschuß bildet die geschäftsführende Instanz, dessen Tätigkeit von der Gewerkschaftskommission überwacht wird.

Als Aufgaben der Gewerkschaftskommission wären festzusetzen:

1. Herausgabe eines Korrespondenzblattes für die christlichen Gewerkschaften, welches als Informationsorgan für die Vorsitzenden, Vertrauensmänner und Bezirksvorsteher der einzelnen Gewerkschaft dient.
2. Herausgabe eines gemeinschaftlichen Organs für die kleineren Gewerkschaften, die nicht imstande sind, sich ein eigenes Fachorgan zu beschaffen.
3. Beratung und Entscheidung über auftretende Meinungsverschiedenheiten, über Fragen der Organisation und der Taktik, welche die Gewerkschaften im allgemeinen berühren. Bei etwa entstehenden Streitfällen zwischen den Organisationen und der Kommission entscheidet der jeweilige Kongreß endgiltig.
4. Erteilung von Auskunft und Rat in allen gewerkschaftlichen Fragen, Sammlung von statistischem Material und Förderung der Agitation für Gründung neuer Gewerkschaften.

Da die vorstehenden Arbeiten nicht allein von den Mitgliedern der Gewerkschaftskommission erledigt werden können, ist von dieser die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs ins Auge zu fassen, der entsprechend seinen Arbeiten von der Gewerkschaftskommission honoriert wird. Die Geldmittel zur Bestreitung der Kosten werden prozentual der Mitgliederzahl der einzelnen Verbände durch Umlage aufgebracht. Es wird vorläufig ein Beitrag von 5 Pfg. pro Mitglied und Jahr festgesetzt.

Ueber die Aufgaben, Zuständigkeit und Tätigkeit der Gewerkschaftskommission sowie die gegenseitigen Verpflichtungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission sind statutarische Bestimmungen zu erlassen."

Der Kongreß stimmte dieser Vorlage zu. Die erste Sitzung der Gewerkschaftskommission verfaßte im Sinne dieser Entschließung ein Statut, in dem den kartellierten christlichen Organisationen der Titel „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften" gegeben wurde.

Das Wesen des Gesamtverbandes, das in dieser Resolution bereits festgelegt ist, wird in unserer Bewegung heute noch vielfach verkannt. Manche glauben in dem Gesamtverbande die Appellationsinstanz für alle kleinlichen organisatorischen Unzuträglichkeiten sehen zu sollen, während verschiedentlich auch die Meinung vertreten wird, daß der Gesamtverband die Selbständigkeit der ihm angeschlossenen Ver-

bände überhaupt nicht antasten dürfe. Beide Meinungen sind falsch. In bestimmten Fragen, wie Genehmigung von Streiks, sofern sie aus eigenen Mitteln geführt werden, Erscheinungsweise des Verbandsorgans, Art der Verwaltung, wie überhaupt in inneren Angelegenheiten sind die einzelnen Verbände durchaus selbständig; dagegen wäre es verfehlt, wenn dieselben bei der allgemeinen gewerkschaftlichen Taktik unbehindert tun und lassen könnten, was sie wollten. Dann könnte es vorkommen, daß ein einzelner Verband sich die größten Verfehlungen taktischer Art — in grundsätzlichen Fragen ist es selbstverständlich, daß die Gesamtbewegung zu entscheiden hat — zuschulden kommen ließe, wodurch auch die anderen Verbände in ihrer Ausbreitung gehemmt würden. Dazu würden diese im Interesse ihrer Organisationen nicht schweigen können. Es muß sonach der Gesamtverband außer grundsätzlichen auch in manchen taktischen Fragen auf einem Einspruchsrecht bestehen. Dadurch, daß die einzelnen Verbände bei einer kartellierten Gewerkschaftsgruppe, wie sie der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften darstellt, eine bestimmte Arbeiterkategorie zur Organisation überwiesen erhalten, ergibt sich auch die Notwendigkeit einer möglichst einheitlichen Organisations- und Agitationsmethode. Der Gesamtverband könnte beispielshalber nicht ruhig zusehen, daß ein Verband ein für ihn aussichtsreiches Gebiet völlig unbearbeitet ließe, wodurch fast naturnotwendig die betreffenden Arbeiter gegnerischen Organisationen zugetrieben würden.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die allerdings unvollkommen und etwas veraltet sind, lauten:

§ 2. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erstrebt:

1. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Stände durch die gewerkschaftliche Organisation und Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs der Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber unter Anerkennung der selbständigen Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.
2. Die Verbindung und Fühlung der einzelnen Gewerkschaftsverbände untereinander zu vermitteln zwecks gemeinsamen, solidarischen

Handelns bei besonderen, die allgemeinen gewerkschaftlichen Interessen betreffenden Fragen.

Als solche gelten vornehmlich:

a) Wahrung und Durchführung des auf den gemeinsamen Kongressen der christlichen Gewerkschaftsverbände aufgestellten Programms, und zwar bis auf weiteres die auf dem ersten Kongreß in Mainz aufgestellten Leitsätze.

b) Vermittelung gegenseitiger Unterstützung bei außerordentlichen Anlässen.

c) Anregung und Herbeiführung statistischer Erhebungen.

§ 9. Aus den Mitteln des Gesamtverbandes dürfen weder Darlehen noch bare Unterstützungen für Streiks oder Aussperrungen gewährt werden. Bei außerordentlichen Anlässen kann der Ausschuß die Sammlung von Geldern durch Sammellisten oder Ausgabe von Unterstützungsmarken veranlassen. Hiervon soll jedoch nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden, da es prinzipiell richtig erscheint, wenn jede einzelne Gewerkschaft die Gelder für ihre Ausstände oder Aussperrungen selbst aufbringt.

Diese Aufgaben können natürlich durch die Kongresse der christlichen Gewerkschaften oder auch durch den Ausschuß, den die Vorsitzenden der angeschlossenen Verbände bilden, erweitert werden. Verbände mit über 15000 Mitgliedern erhalten zwei, solche mit über 30000 Mitgliedern drei Vertreter im Ausschuß. Nachdem die einzelnen Verbände in den verschiedensten Städten Deutschlands ihren Sitz haben (Berlin, München, Frankfurt, Essen, Cöln, Düsseldorf, Duisburg 2c.), ist es ausgeschlossen, daß der Ausschuß häufig und schnell zusammenberufen werden kann. Es wurde daher aus dessen Mitgliedern ein siebenglieberiger Vorstand gewählt, der, weil das Schwergewicht der Bewegung im Westen Deutschlands liegt, aus den Verbänden entnommen ist, die dort ihren Sitz haben. Der Vorstand ist die geschäftsführende Instanz des Gesamtverbandes; er hat jedoch alle wichtigeren Aktionen dem Ausschuß zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist der Gesamtverband ungefähr dasjenige, was das Reich für die deutschen Bundesstaaten. Wie das Reich das deutsche Volk gegenüber dem Auslande zu vertreten, die Beziehungen mit demselben zu regeln hat, Handelsverträge abschließt 2c. und damit die

Vorbedingungen schafft zur Entwickelung der einzelnen Bundesstaaten und der heimischen Volkswirtschaft, so hat der Gesamtverband die gemeinschaftlichen Interessen der einzelnen Berufsverbände gegenüber der Oeffentlichkeit und der Gesetzgebung geschlossen zu vertreten, über das Wesen und die Bestrebungen der Bewegung Klarheit zu verschaffen und so den Resonanzboden zur Ermöglichung einer erfolgreichen Wirksamkeit, den ihm angeschlossenen Organisationen vorzubereiten. Ist für eine Gewerkschaftsrichtung die Gesamtsituation ungünstig, vermag auch ein einzelner Verband trotz intensiver Agitation keine größeren organisatorischen Erfolge zu erzielen. Das bemerkt man z. B. an den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, und auch die christlichen Gewerkschaften mußten dieses vor einigen Jahren noch an sich erfahren. Mit einigen tausend Mitgliedern erzielt ein alleinstehender Verband in der Agitation heute auch keinen Effekt mehr; die deutsche Arbeiterschaft ist schon zu stark an die Hunderttausende und Millionen gewöhnt. Dadurch, daß ein Verband, selbst wenn er schwach ist, sich mit anderen, gleichgesinnten Arbeiterorganisationen kartelliert, kann er auch deren moralische und im Falle der Not deren materielle Unterstützung ins Feld führen.

Gegen die die Arbeiter schädigende Gesetzgebung vermag das Votum eines alleinstehenden Verbandes kaum viel Eindruck zu erzielen; an dem Protest von Hunderttausenden dagegen geht man nicht achtlos vorbei. Das preußische Kontraktbruchgesetz gegen die ländlichen Arbeiter wäre kaum stillschweigend zurückgezogen worden, wenn nicht der Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften (1904) gegen die Art, wie die preußischen Landarbeiter vollends rechtlos gemacht werden sollten, auf das entschiedenste protestiert hätte. Die vorjährige Vorlage betreffend die Berufsvereine wäre schließlich schon Gesetz, wenn nicht die großen Gewerkschaftsgruppen gegen deren Inhalt ganz energisch Einspruch erhoben hätten. Die Verkettung der dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände ist eine festere als bei den übrigen beiden deutschen Gewerkschaftsrichtungen, was wohl daher kommt, daß bei Gründung der christlichen Verbände die Konkurrenzorgani-

sationen schon erstarkt waren, daher die gegenseitige Hilfe von vornherein dringender benötigt wurde.

Die Berufsverbände, die keiner der drei Gewerkschaftsgruppen angeschlossen und vor Jahren noch sehr zahlreich waren, verringern sich stets. Es hat sich herausgestellt, daß dieselben isoliert das Kreuzfeuer zwischen den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen nicht auszuhalten vermochten, bei Kämpfen keinerlei Rückendeckung hatten und daher stets in der Gefahr schwebten, einen größeren unvorhergesehenen Kampf, gegen den keine Organisation gesichert ist, nicht bestehen zu können und in dieser Lage zerrieben zu werden. Auch waren solche Verbände von der ganzen sozialen und geistigen Bewegung der übrigen Arbeiter abgeschlossen. Sie bekamen keine Vertreter in den Krankenkassen und Gewerbegerichten, viel weniger solche zu den Parlamenten und sonstigen sozialen Kommissionen der einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen hat sich auch im vorigen Jahre der Gutenbergbund dem Gesamtverbande angeschlossen.

Die Vorbereitung und Leitung von Streiks gehört nicht zu den Aufgaben des Gesamtverbandes. Derselbe leistete seither durch allgemeine Sammlungen nur dann Beihülfe, wenn es sich um solche Aussperrungen und Streiks handelte, in die christliche Verbände durch das Verhalten gegnerischer Organisationen verwickelt wurden. Bei dieser Taktik wird es auch für die Zukunft bleiben müssen. Die jüngeren Verbände dürfen sich unter keinen Umständen der Illusion hingeben, als könnten sie sich etwa auf Kosten der Gesamtbewegung groß streiken. Angriffs- und selbst Abwehrstreiks muß jeder Verband aus eigenen Mitteln zu führen sich angelegen sein lassen. Und selbst bei Aussperrungen wird die Gesamtbewegung nur dann herangezogen werden dürfen, wenn der betroffene Verband selbst angemessene Beiträge erhebt und auch in ruhigen Zeiten bestrebt war, zu einer gesunden Finanzgebarung zu gelangen. Auch den schlechtest bezahlten Arbeitern muß anerzogen werden, daß sie die zur Hebung ihrer Lage erforderlichen Mittel selbst aufzubringen haben.

Die Mittel des Gesamtverbandes sind bekanntlich beschränkte; er kann nicht wie ein Industriearbeiterverband je nach dem Steigen der Bedürfnisse Beitragserhöhungen durchführen, dafür ist die Differenz der Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände eine zu große. Bei einem Verband mit 1000 Mitgliedern macht eine Beitragserhöhung nur einen geringen Betrag aus; anders bei einer Organisation von 80000 Mitgliedern, die schon bei dem gegenwärtigen Jahresbeitrag von 20 Pfg. pro Mitglied 16000 M. für die Gesamtbewegung zu opfern hat. Mit dem gegenwärtigen Beitrag muß der Gesamtverband auszukommen suchen, wenn nicht die Gefahr zu inneren Differenzen heraufbeschworen werden soll. Die hauptsächlichsten Einrichtungen des Gesamtverbandes, die mit obigem Jahresbeitrag bestritten werden, sind die folgenden.

1. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Dasselbe hat die Aufgabe, neu auftauchende Probleme und Strömungen aus ihren tieferliegenden Ursachen zu ergründen, zu den hauptsächlichsten Vorgängen in der sozialen, insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen und in den verschiedensten Rubriken, wie „Volkswirtschaftliches und Soziales", „Soziale Gesetzgebung", „Soziale Rechtsprechung", „Aus unseren Verbänden", „Aus anderen Organisationen", „Ausland", „Literatur" usw. seinen Lesern einen Ueberblick zu verschaffen. Das Zentralblatt erscheint vierzehntägig; die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände erhalten dasselbe für je 30 Mitglieder in einem Exemplar gratis zugesandt. Auf der Post abonniert kostet das Zentralblatt pro Quartal 50 Pfg.

2. Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes. Dasselbe hat als Beobachtungsstation der deutschen Arbeiterbewegung zu fungieren, in allen gewerkschaftlichen Fragen Rat und Auskunft zu erteilen und überhaupt auf das Prestige der Gesamtbewegung auf den verschiedensten Gebieten bedacht zu sein. Gegenwärtig werden auf dem Generalsekretariat drei Beamte beschäftigt, davon einer mit dem Schriftenverlag.

3. Die Bezirkssekretariate. Solche bestehen gegenwärtig für Bayern (München), Schlesien (Breslau), Thüringen-Sachsen (Erfurt) und Norddeutschland (Hamburg), die mit je einem Beamten besetzt sind. Die Aufgaben derselben bestehen in der Wahrnehmung der Interessen der Gesamtbewegung und der einzelnen Verbände für den betreffenden Bezirk.

4. Das Bureau zur Vertretung der Arbeiterinteressen vor dem Reichsversicherungsamte, mit der Aufgabe, die Mitglieder der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände bei Revisionen aus der Invalidenversicherung und Rekursen aus der Unfallversicherung vor dem Reichsversicherungsamte unentgeltlich zu vertreten. Auch dieses Bureau ist einstweilen durch einen Beamten besetzt.

5. Die fremdsprachigen Organe „Przyjaciel Robotnikow“ und „L'Italiano in Germania“. Das erstere erscheint für die polnisch sprechenden, das letztere für die italienischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Zu beiden Organen gewährt der Gesamtverband alljährlich einen Zuschuß von 1000 M., während der Rest der Herstellungskosten die Verbände zu tragen haben, die die Blätter beziehen.

6. Der Schriftenverlag. Ueber wichtige gewerkschaftliche Fragen gibt der Gesamtverband Schriften heraus. Ebenso vermittelt er alle im Buchhandel erschienenen Bücher, die für die Gewerkschaftsbibliotheken geeignet erscheinen, an die Zentralvorstände, Ortskartelle, Zahlstellen und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Die allgemeinen sozialpolitischen Bestrebungen werden ebenfalls durch den Gesamtverband unterstützt; so gehört derselbe der Gesellschaft für Soziale Reform, dem Verein für Sozialpolitik, dem Bund deutscher Bodenreformer und anderen sozialpolitischen Korporationen als Mitglied an. 1906 beteiligte sich der Gesamtverband durch einen Vertreter an einer Reise nach England und Schottland zum Studium des gewerkschaftlichen Einigungswesens in der dortigen Großindustrie.



Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.

Der gewaltige Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 und die Folgen desselben hatten die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft aufgerüttelt und ihr recht deutlich die Notwendigkeit einer starken Organisation vor Augen geführt. Wenige Monate später, am 18. August 1889, wurde dann auf dem Delegiertentage zu Dorstfeld der „Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen" gegründet, der im folgenden Jahre auf Beschluß eines vom 15.—19. September tagenden Bergarbeitertages zu Halle in einen allgemeinen „Verband deutscher Bergleute" und auf Beschluß der zweiten am 31. Juli 1892 stattfindenden Generalversammlung mit dem 1. November 1892 in einen „Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter" umgewandelt wurde.

In den ersten Jahren seines Bestehens entwickelte sich der Verband sehr gut. Im Jahre 1891 zählte er bereits 58000 Mitglieder. Leider ging er bald wieder zurück. Die scharfe Bekämpfung des Verbandes durch die Arbeitgeber und Behörden erschwerte die Agitation und veranlaßte manchen, dem Verbande den Rücken zu kehren, besonders da zu Beginn der 90er Jahre eine wirtschaftliche Krise einsetzte. Dazu kam die wieder eintretende Gleichgültigkeit der Arbeiter und die mangelnde Schulung und Erfahrung der Führer. Den schlimmsten Stoß aber erhielt der eben gegründete und kaum gefestigte Verband durch das offene Einschwenken der Verbandsleitung in das sozialdemokratische Lager. Es verblieben zwar fast immer einzelne Nichtsozialdemokraten in der Verbandsleitung, sie konnten aber nicht verhindern, daß der Verband in sozialdemokratischem und antichristlichem Sinne geleitet wurde und wirkte.

Durch die antireligiöse und sozialdemokratisch parteipolitische Ausnutzung des Verbandes stieß man die religiös gesinnten und nichtsozialdemokratischen Arbeiter — und diese

waren gerade bei den Bergleuten in der überwiegenden Majorität — vom Verbande ab. Nachdem die christlichen Bergleute vergeblich versucht hatten, die sozialdemokratische Verbandsleitung zu beseitigen, gründeten sie im Jahre 1890 einen Gegenverband „Glückauf". Einen nennenswerten Erfolg hatte diese Gründung nicht, sie erwarb nie eine große Mitgliederzahl und ging bald ganz ein; der sozialdemokratische Verband — jetzt „alte" genannt — ging bis zum Jahre 1894 ebenfalls bis auf wenige Tausend Mitglieder zurück.

Seit dem Jahre 1889 fanden verschiedene internationale Bergarbeiterkongresse statt, auf denen sich die deutschen Delegierten — meist sozialdemokratische Verbandsführer — als die Vertreter der gesamten Bergarbeiterschaft ihres Bezirks aufspielten. Da nun von den Genossen manches gesagt und getan wurde, was die christlichen Bergleute nicht billigten, so protestierten diese gegen die Anmaßung der sozialdemokratischen Delegierten. Nicht unerwähnt darf man lassen, daß die Protestbewegung hier und da auch von Nichtarbeitern eifrig unterstützt wurde. Da der internationale Bergarbeiterkongreß im Jahre 1894 vom 14.—19. Mai in Berlin tagte, so setzte in diesem Jahre die Protestbewegung gegen die Anmaßung der sozialdemokratischen Delegierten und den Kongreß überhaupt besonders scharf ein. Schon am 1. April war in Essen eine vom dortigen christlichen Arbeiterverein angeregte Protestversammlung. Die Versammlung und eine in der Versammlung angenommene und nachher veröffentlichte Protestresolution veranlaßten den in Altenessen wohnenden Bergmann Aug. Brust unterm 8. April an den Bergmann Herm. Köster-Frohnhausen einen längeren Brief zu schreiben, worin er ausführte, daß den christlichen Arbeitern mit einem bloßen Protest gegen das Vorgehen der sozialdemokratischen Verbändler nicht gedient sei; es müsse vielmehr gleichzeitig etwas für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergleute getan werden.

„. . . will man uns in wirtschaftlicher Hinsicht nicht helfen, dann lasse ich mich, und

das werden auch noch in Zukunft viele tun, nicht als Sturmbock (gegen die Sozialdemokratie) gebrauchen. Mögen diejenigen, welche die Sozialdemokraten gezüchtet haben, dieselben auch bekämpfen."

Aug. Brust macht dann den Vorschlag, der Vorstand des christlichen Arbeitervereins zu Essen möge die Vorstände sämtlicher katholischer Knappen- und Arbeitervereine des Kreises Essen zu einer Versammlung einladen und auf die Tagesordnung setzen:

I. Protest der christlichen Bergleute gegen das Vorgehen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und II. Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Bergleute auf christlicher und gesetzlicher Grundlage.

Die Einberufung der Delegiertenversammlung wurde von Hermann Köster veranlaßt. Sie fand am 3. Mai statt, und waren zu derselben außer den katholischen auch evangelische Vereine geladen und teilweise auch erschienen. Die Beratungen endeten mit der Annahme einer den von August Brust gemachten Vorschlägen entsprechenden Resolution und der Wahl einer Kommission, „welche die Maßnahmen erwägen soll, mit denen die wünschenswerte Besserung der bergmännischen Verhältnisse auf christlicher und gesetzlicher Grundlage möglich ist".

Von der Sozialdemokratie und besonders auch von evangelischen und politisch nationalliberalen Kreisen wurden die Bestrebungen zur Gründung einer auf christlicher und gesetzlicher Grundlage bestehenden Organisation sofort scharf bekämpft; auch machte man den Versuch, die Bewegung in ein für die Arbeitgeber unschädliches Fahrwasser zu leiten. Außer aus politischen Gründen beteiligten sich die unter nationalliberaler Führung stehenden und meist von Fabrikanten, Beamten, Lehrern, selbständigen Handwerkern usw. geleiteten evangelischen Arbeitervereine auch aus diesem Grunde an der Bewegung. Am 26. August 1894 wurde zu Essen eine Delegiertenversammlung abgehalten, auf der etwa 200 Vereine durch 400 Delegierte vertreten waren.

Man beschloß die Gründung der geplanten Organisation und legte die Grundsätze für die Satzungen fest. Die endgültige Konstituierung der Vereinigung erfolgte in einer Delegiertenversammlung am 28. Oktober. Der Verband erhielt den Namen:

„Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund."

Als Zweck des Gewerkvereins gibt der § 2 an: „die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und gesetzlicher Grundlage und Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Uebereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern". Sehr scharf wird der Gegensatz zur Sozialdemokratie und die im übrigen parteipolitisch und konfessionell streng neutrale Stellung gekennzeichnet. „Durch den Eintritt in den Gewerkverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen." (§ 8.) „Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich. Im übrigen schließt er die Erörterung konfessioneller und politischer Parteiangelegenheiten aus." (§ 2.) Durch das Statut wurde eine geradezu mechanische Parität eingeführt. Nach § 13 ist der „Zentralvorstand so zu wählen, daß die beiden christlichen Konfessionen je zur Hälfte vertreten sind. Insbesondere soll dies für das Amt des ersten und zweiten Vorsitzenden gelten".

Besonders bemerkenswert ist auch die weitgehende Heranziehung von Nichtbergleuten. Neben den Mitgliedern kennt das Statut auch Ehrenmitglieder und neben dem Vorstand einen Ehrenrat, der aus 5 Ausschußmitgliedern (Vertrauensleuten) und 4 Ehrenmitgliedern besteht und „zur Ueberwachung der ganzen Geschäfte und zur Erledigung von Anklagen, welche gegen Vorstandsmitglieder erhoben werden", dient.

Wegen dieses „Ehrenrates" hat der Gewerkverein viel Anfechtungen seitens der Gegner erfahren. Man verdächtigte

seine Selbständigkeit, und alle den Gegnern, besonders den Sozialdemokraten unbequeme Maßnahmen der Verbandsleitung wurden den „Hintermännern", dem Ehrenrate zugeschoben. Den christlichen Bergleuten wurde vorgestellt, daß sie mißbraucht würden zugunsten der Unternehmer und der Geistlichkeit usw. In Wirklichkeit hat der Ehrenrat niemals in die Verbandsgeschichte eingegriffen, dagegen war der Rat erfahrener Sozialpolitiker, wie Professor Dr. Hitze, Dr. Brauns usw. für die Verbandsleitung besonders wertvoll zur Bekämpfung der Vorurteile, die allenthalben gegen die gewerkschaftlichen Organisationen überhaupt wie gegen den Gewerkverein bestanden. Nicht zuletzt gewann der Gewerkverein durch den Ehrenrat hochangesehene Persönlichkeiten als Verteidiger und Ausbreiter der Gewerkschaftsidee. Durch die Ehrenmitglieder, die anfangs in großer Zahl vorhanden waren, sucht der Gewerkverein sowohl einen moralischen Nutzen in der Oeffentlichkeit wie auch finanzielle Unterstützung zu gewinnen. Beide Einrichtungen sind mit dem Erstarken des Gewerkvereins überflüssig geworden und abgeschafft.

In dem Statut ist der Grundsatz strengster Zentralisation durchgeführt. Alles wird von der obersten Leitung geregelt. In den einzelnen Orten besteht kein Ortsvorstand zur Leitung der Zahlstellen, sondern es werden die Geschäfte des Vereins vielmehr durch vom Vorstand ernannte Ausschußmitglieder durchgeführt.

Den Arbeitgebern gegenüber wird ein friedlicher Ton angeschlagen, doch zeigt der § 23, daß man auch Unfrieden und Streitigkeiten für möglich hält. Er bestimmt nämlich: „Diejenigen Mitglieder, welche wegen ihres Eintretens für die Interessen des Gewerkvereins ohne sonstigen Grund von der Zechenverwaltung entlassen werden, haben Anspruch auf eine Unterstützung aus der Kasse des Vereins."

Die einsetzende Agitation für den Gewerkverein fand bei den bedeutenderen Zentrumsblättern und einem großen Teil der katholischen Geistlichkeit energische Unterstützung. In einer am 21. Oktober in Essen stattfindenden großen Arbeiterversammlung sprach sich u. a. auch der Herr Weihbischof

Dr. Schmitz für interkonfessionelle Gewerkvereine aus. Auf evangelischer Seite war die Stimmung nicht so günstig. Die nationalliberalen Parteiblätter standen dem Gewerkverein im Interesse der Arbeitgeber und aus politischen und religiösen Gründen meist kühl ablehnend, ja teilweise direkt feindlich gegenüber und verdächtigten ihn im Verein mit den Sozialdemokraten als ultramontane Gründung, Zentrumsgewerkverein und Störer des Friedens zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern. Auch die evangelische Geistlichkeit und die evangelischen Arbeitervereine nahmen mit wenigen Ausnahmen dem Gewerkverein gegenüber eine abwartende oder ablehnende und in den ersten Jahren zusehends unfreundlicher werdende Stellung ein. Kein Wunder, daß sich nur verhältnismäßig wenige Evangelische dem Gewerkverein anschlossen. Seine Gegner führten dieses dann als neuen Beweis für den Zentrumscharakter des Gewerkvereins an.

Seit seiner Gründung mußte der Gewerkverein einen scharfen Kampf bestehen. Auf der einen Seite waren es die Arbeitgeber und Behörden, welche ihm Schwierigkeiten machten, auf der anderen Seite die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung und besonders der sozialdemokratische sogenannte alte Verband und die sozialdemokratischen und sonstigen Parteipolitiker, die in dem Hochkommen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Gefahr für ihre Partei erblickten. Erstere sahen in dem Gewerkverein eine versteckt sozialdemokratische und den Unternehmern gefährliche Bewegung, letztere nannten seine Gründung Arbeiterverrat und Arbeiterzersplitterung, bezeichneten ihn als Unternehmerschutztruppe und Zechengewerkverein, und verdächtigten seine Gründer und Führer als Kapitalsfreunde und willenlose Strohpuppen in der Hand der schlimmsten Arbeiterfeinde und der Zentrumspartei.

Schlimmer noch wie die Bekämpfung durch die Arbeitgeber und die Sozialdemokratie waren die Hindernisse in den Kreisen, welche den Gewerkverein eigentlich unterstützen mußten. Bei den Arbeitern war es Lauheit und Gleich-

gültigkeit, Mangel an Opferwilligkeit, Mut und tatkräftiger Mitarbeit, welche sein Vorwärtsschreiten hinderten. Dazu kamen all die Kinderkrankheiten, die eine junge Organisation zu bestehen hat, kleine Eifersüchteleien und Streitigkeiten, Mangel an Erfahrung und Klarheit über die einzuschlagenden Wege bei den Führern.

Viele angebliche Freunde unterstützten den Gewerkverein auch nicht seiner selbst willen, um den Arbeitern eine wirksame Interessenvertretung zu schaffen, sondern weil sie in dem Gewerkverein eine antisozialistische Kampftruppe sahen oder ihn für ihre politischen Pläne gebrauchen zu können glaubten. Wenn sie dann einsehen mußten, daß der Gewerkverein nicht nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, sondern eine Verbesserung der Lage der Arbeiter erstreben wollte, oder, daß er sich nicht für die politischen Pläne einer Partei oder einzelner Personen gebrauchen lassen wollte, machten sie ihm nicht selten Schwierigkeiten. Wie oft ist nicht im Interesse der Arbeitgeber oder irgend einer Partei eine Zersplitterung der christlichen Bergarbeiterbewegung versucht worden. Schon 1898 versuchte der Zentrumspolitiker Fusangel mit Hülfe seines Blattes, der „Westdeutschen Volksztg.“-Bochum, einen besonderen Gewerkverein für das Sauerland zu gründen. Zu Anfang des Jahres 1899 versuchte man von Bochum aus unter Vorschiebung des evangelischen Bergmanns Fürkötter dem Gewerkverein einen evangelischen Konkurrenzverband zu schaffen. Im folgenden Jahre wurde von Zentrumspolitikern eine Zersplitterung der Wurmbergarbeiterschaft durch die Gründung eines „Christlich-sozialen Bergarbeiterverbandes für das Wurmrevier“ versucht. Das Jahr 1901 brachte dann den sogenannten Neutralitätsstreit und die Agitation für katholische Organisationen (Fachabteilungen). Gerade der Gewerkverein hatte unter dieser Zersplitterung am meisten zu leiden. Zu derselben Zeit wurde aus parteipolitischen Gründen die Polenvereinigung gegründet. Nach der Reichstagsersatzwahl 1905 im Kreise Essen erfolgte dann aus parteipolitischen Gründen, im Interesse der nationalliberalen Partei, in Altenessen die Gründung

eines „nationalen Bergarbeiterverbandes". Im Juli desselben Jahres gründete man aus denselben Gründen in Gelsenkirchen-Bismarck den „Ostwestpreußischen Bund christlicher Berg- und Hüttenarbeiter". Mit Ausnahme der Gründung der katholischen Fachabteilungen und der Polenvereinigung waren die Zersplitterungsversuche vollständig erfolglos und auch diese haben bei den Bergarbeitern keine besonderen Erfolge erzielen können. Es ist ihnen — besonders den katholischen Fachabteilungen — allerdings gelungen, dem Gewerkverein manche Hindernisse in den Weg zu legen. Trotz der überall sich auftürmenden Schwierigkeiten war aber

die äußere Ausdehnung und Entwicklung des Gewerkvereins

eine gute. Er dehnte sich schnell aus und erlangte bald überall Beachtung, ganz besonders, als er zu Beginn des Jahres 1897 durch einen von ihm arrangierten und zu Bochum abgehaltenen allgemeinen christlichen Bergarbeiterdelegiertentag an die Oeffentlichkeit trat. Wenige Monate später änderte die am 27. Juni 1897 tagende Generalversammlung den Titel des Gewerkvereins in „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands" um. Nun faßte der Gewerkverein auch in anderen Revieren Fuß. Er wurde im Jahre 1897 im Sauerland und im Oberbergamtsbezirk Bonn (auf „Rheinpreußen") eingeführt, 1898 im Bezirk Osnabrück, 1899 wurde versucht, ihn im Lothringer Kohlenrevier einzuführen, 1900 fand er Eingang im Wurmrevier und in Bayern, 1901 im Rheinischen Braunkohlenrevier. (Infolge der scharfen Bekämpfung von allen Seiten und des Mangels an guten Vertrauensleuten gingen im folgenden Jahre dort alle Mitglieder verloren und fand der Gewerkverein erst 1905 erneut Eingang.) 1902 wurde er in der Bayerischen Pfalz eingeführt; dann löste sich der im Jahre 1897 gegründete Siegerländer Gewerkverein der christlichen Berg-, Eisen- und Metallarbeiter auf und führte die ihm angehörenden bergmännischen Mitglieder — etwa 6000 — dem Gewerkverein zu (im folgenden Jahre sprang der

größte Teil hauptsächlich infolge persönlicher Gegensätze wieder ab); im Jahre 1903 fand der Gewerkverein Eingang im bergischen Steingebiet, 1904 im Sülztal (Bensberger Revier), im Saarrevier und Lothringer Erzrevier, 1905 in Mitteldeutschland (Braunschweiger Braunkohlenrevier), im Lahngebiet und in Oberschlesien, 1906 in Niederschlesien und Sachsen und auf dem Staatsbergwerk bei Ibbenbüren. Die Zahl der Ortsgruppen und die Mitgliederzahl stieg fast ohne Unterbrechung, wie aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen ist.

Neben der äußeren Ausdehnung des Gewerkvereins machte auch

der innere Ausbau und die innere Erstarkung

gute Fortschritte. Schon im Jahre 1895 wurde die Notwendigkeit der Herausgabe eines Verbandsorgans erkannt, um Mitglieder anzuwerben, sie aufzuklären und zu erziehen und die Interessen der Bergarbeiter in der Oeffentlichkeit zu vertreten. Nachdem schon im November 1895 eine Probenummer erschienen, wurde vom 1. Januar 1896 ab das Verbandsorgan, „Der Bergknappe", allmonatlich herausgegeben. Seit April 1897 erscheint das Organ zweimal im Monat und vom 1. April 1899 ab wöchentlich und zwar bis zum Jahre 1907 vierseitig und seitdem achtseitig. Für die polnisch sprechenden Mitglieder wird seit Juni 1903 der „Gornik Polski" in polnischer Sprache und mit selbständigem Text herausgegeben.

Mit Hülfe der Presse und durch Versammlungen gelang es, immer mehr die Lauheit und Gleichgültigkeit in den Kreisen der christlichen Arbeiter zu beseitigen, die Erkenntnis über die Ursachen, die Notwendigkeit und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung wuchs. Damit stieg auch die Opferwilligkeit und fanden sich immer mehr mutige und tatkräftige Mitarbeiter. Die sich ergebenden Mängel der Organisation wurden beseitigt. Im Jahre 1905 beschloß die Generalversammlung eine weitgehende Reorganisation des Gewerkvereins. Er wurde auf eine mehr demokratische Grundlage gestellt. An die Stelle der Ausschußmitglieder

in den Zahlstellen traten Ortsvorstände, die im Ort ziemlich selbständig arbeiten können, es wurden Agitationsbezirke mit freigestellten Bezirksleitern errichtet, dem Zentralvorstand ein hauptsächlich aus noch im Arbeitsverhältnis stehenden Mitgliedern bestehender Beratungsausschuß zur Seite gestellt, das System der Ehrenmitglieder und der Ehrenrat beseitigt usw. Diese Reorganisation wirkte sehr günstig auf das gewerkschaftliche Leben der einzelnen Ortsgruppen ein.

Die Beitrags- und Kassenverhältnisse wurden entsprechend der Zunahme der gewerkschaftlichen Schulung auch immer günstiger. Statt des zuerst eingeführten Vierteljahresbeitrages von 25 Pfg. wurde im Jahre 1899 ein Monatsbeitrag und im Jahre 1905 ein Wochenbeitrag von 40 Pfg. eingeführt. Für einige Außenreviere blieb vorübergehend ein niedrigerer Beitrag bestehen.

Mit der Erhöhung der Beiträge und dem finanziellen Erstarken des Gewerkvereins hielt die Einführung und der Ausbau des Unterstützungswesens gleichen Schritt. Zuerst war im Statut nur eine Unterstützung bei Maßregelungen vorgesehen, ohne daß jedoch hierüber genauere Bestimmungen getroffen waren. Im Jahre 1900 wurde die Auszahlung eines Sterbegeldes beschlossen. Im Jahre 1901 wurde eine Krankengeldzuschußkasse (mit besonderem Beitrag) eingerichtet. Sie ging jedoch bald wieder ein. Sie hatte in den Jahren 1901 bis zu ihrem Eingehen zu Anfang 1904 eine Einnahme (einschließlich eines Darlehens vom Gewerkverein) und Ausgabe von 28246,79 M. Seit dem Jahre 1903 wird den Mitgliedern in den aus dem Arbeits- und Versicherungsverhältnis entstehenden Streitigkeiten freier Rechtsschutz erteilt. Mit dem 1. Oktober 1905 ist dann eine Unterstützung bei Streik, Maßregelung und Arbeitslosigkeit, sowie eine Umzugs- und Notunterstützung (bei längerer Krankheit) statutarisch eingeführt.

Ueber die Mitgliederbewegung, die Kassenverhältnisse sowie die Aufwendungen für das Bildungs- und Unterstützungswesen geben die nachfolgenden Tabellen Auskunft:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß	Der Beitrag betrug ₰	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Vermögens- und Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen	Zahl der Beamten am Jahresschluß
1895	103	5 500	25 viertelj.	4 960,08	2 528,98	2 431,10	—
1896	81	8 055	25 „	7 385,67	4 727,32	5 089,45	—
1897	136	21 000	25 „	19 719,28	12 126,73	12 682,—	—
1898	150	19 000	25 „	25 368,12	21 278,44	16 771,68	1
1899	153	22 000	20 monatl.	31 621,52	28 996,33	19 396,87	1
1900	166	28 985	40 „	93 619,95	50 929,81	62 087,01	3
1901	165	33 958	40 „	144 395,34	87 322,86	125 559,49	5
1902	323	40 208	50 „	172 120,61	105 852,25	199 727,75	7
1903	307	42 000	50 „	236 513,48	227 677,42	247 763,81	10
1904	385	44 350	50 „	252 180,46	224 720,21	271 102,06	13
1905	517	66 630	*40 wöchentl	901 115,70	784 398,84	389 490,23	26
1906	780	75 153	40 „	797 681,68	721 962,32	508 354,78	33

* In einigen Revieren blieb vorübergehend ein niedrigerer Beitrag bestehen.

Die Ausgaben für das Verbandsorgan sowie für die einzelnen Unterstützungseinrichtungen sind aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

Jahr	Verbandsorgan ℳ	Streik- und Gemaßregelten-unterstützung ℳ	Reise- und Arbeitslosen-unterstützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Rechtsschutz ℳ
1895	305,—	—	—	—	—	—
1896	3 136,13	—	—	—	—	—
1897	7 726,93	—	—	—	—	—
1898	10 676,67	*54 267,04	—	—	—	—
1899	14 990,25	3 322,76	—	—	—	—
1900	20 746,51	1 300,—	—	—	9 576,—	—
1901	29 534,45	4 656,—	—	—	22 350,—	—
1902	30 442,89	4 045,30	—	—	30 200,—	—
1903	40 314,80	13 403,20	—	7 000 —	35 300,—	11 397,43
1904	46 473,90	14 977,50	—	—	41 940,—	15 727,50
1905	73 110,—	434 444,83	792,50	27 028 —	48 860,—	38 704,74
1906	74 887,—	202 827,98	2 829,20	184 726,—	60 270,—	50 122,28

*Das Geld war meist druch Sammlungen aufgebracht und nicht in der Jahresrechnung enthalten.

Seit seiner Gründung hat der Gewerkverein alles aufgeboten, um die Lage der Bergarbeiter zu verbessern, dabei aber immer versucht, möglichst auf friedlichem Wege seine Ziele zu erreichen. Er machte Eingaben an die bergbaulichen Vereine, die einzelnen Grubenverwaltungen, an die Vorstände der Knappschaftsvereine, an die Bergbehörde und die Regierung, an den Landtag und Reichstag und verlangte: eine Regelung des Zechenunterstützungskassenwesens, Lohnerhöhungen, eine Verbesserung der Knappschaftsverhältnisse und der Unfallversicherung, eine Erweiterung der Rechte der Berggewerbegerichte, die gesetzliche Einführung von Arbeiterausschüssen usw.

Die Arbeitgeber waren vielfach nicht geneigt, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, sie wollten insbesondere den Gewerkverein nicht als die Vertretung der Arbeiter anerkennen, so daß dieser trotz seiner auf die Erhaltung eines gesunden Friedens gerichteten Grundsätze mehrfach genötigt war, teils allein, teils gemeinsam mit anderen Organisationen zum Streik zu greifen, um den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Nachdem es schon im Jahre 1897 wegen der Maßregelung einiger Ausschußmitglieder auf Zeche Osterfeld fast zum Streik gekommen wäre, führte der Gewerkverein im Jahre 1898 einen größeren Streik auf dem Bergwerk der Georgs-Marienhütte am Piesberg bei Osnabrück, der nach mehrmonatlicher Dauer zur Stillegung der Grube führte. Dieser Streik war ohne Zutun der Gewerkvereinsleitung entstanden, weil die Grubenverwaltung entgegen der bisherigen Gewohnheit an katholischen Feiertagen arbeiten lassen wollte, trotzdem nahm sich der Gewerkverein der Streikenden warm an. In den folgenden Jahren führte der Gewerkverein mehrere kleinere Bewegungen, die meist friedlich verliefen. Im Jahre 1904 war er dann an dem mehrtägigen Streik auf den Zechen Oberhausen und Vonderort (zur Abwehr einer Schichtverlängerung) und 1905 an dem großen Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt. Seine Mitglieder haben sich bei dieser Gelegenheit als die opferwilligsten und diszipliniertesten gezeigt.

Dann führte der Gewerkverein im Jahre 1906 allein Streiks in Dieuze und Saaralben in Lothringen, auf Grube Lüderich im Bensberger Revier, Grube Glücksbrunnen im Siegerland und auf vier Gruben im Sauerland; außerdem war er im Jahre 1906 an dem Streik im Braunschweiger Braunkohlenrevier und 1907 im Lothringer Erzrevier beteiligt.

Ein Fiasko erlebte der Gewerkverein mit der im Jahre 1899 erfolgenden Errichtung einer von der Generalversammlung vom Jahre 1898 beschlossenen Sparkasse und der im Jahre 1900 erfolgenden Gründung einer Krankengeld-Zuschußkasse. An der Sparkasse beteiligte sich fast niemand und die Krankengeld-Zuschußkasse war nicht lebensfähig und mußte im Jahre 1904 eingehen.

Der Gewerkverein regte auch die Organisation der Arbeiter anderer Berufe an und unterstützte deren Organisationsbestrebungen, auch wirkte er mit an dem Zustandekommen der ersten christlichen Gewerkschaftskongresse und dem Zusammenschluß der christlichen Organisationen zum Gesamtverband.

Bei den unerfreulichen Erscheinungen (wie den Kämpfen im eigenen Lager) war der Gewerkverein ebenfalls infolge seiner hervorragenden Stellung stark beteiligt.

Die internationalen Bestrebungen zur Förderung des gesetzlichen Arbeiterschutzes erfuhren durch den Gewerkverein die möglichste Förderung, auch unterstützte er immer die Gesellschaft für Sozialreform.

Das Verhältnis des Gewerkvereins zu den Konkurrenzorganisationen war fast immer ein recht unerquickliches. Mit kurzen Unterbrechungen tobte seit seiner Gründung zwischen ihm und dem sozialdemokratischen Verband ein scharfer Kampf. Der „alte Verband“ bekämpfte den Gewerkverein fortwährend in der niedrigsten und unehrlichsten Weise. Spott und Hohn, Lüge und Verleumdung und besonders der persönliche Kampf gegen die Gewerkvereinsführer waren die Waffen der Genossen. Alles dieses aber konnte das Wachstum und die Entwicklung des Ge-

werkvereins nicht verhindern. Im offenen Kampfe ist er nicht zu besiegen, das hat die Vergangenheit gezeigt. Mehrfach wurde deshalb der Versuch gemacht, ihn durch List zu beseitigen. Seit dem Jahre 1897 wird von den Sozialdemokraten für eine Verschmelzung der Bergarbeiterorganisationen Stimmung gemacht. Eine solche ist noch im vorigen Jahre von fast allen Mitgliederversammlungen des Gewerkvereins entschieden und einstimmig zurückgewiesen.

Mit den katholischen Fachabteilungen und der Polenvereinigung steht der Gewerkverein ebenfalls nicht auf gutem Fuße. Die Agitation der letzteren unterscheidet sich kaum von der der Sozialdemokraten, sie ist womöglich noch unehrlicher. Das Verhältnis zur Hirsch-Dunckerschen Konkurrenz war im allgemeinen befriedigend.

Im Jahre 1906 hat sich der Gewerkverein auch der internationalen Bergarbeiterbewegung angeschlossen und den internationalen Kongreß in London durch einige Delegierte beschickt. Wie sich das Verhältnis dort entwickelt, läßt sich heute noch nicht sagen.

Erwähnenswert wäre noch, daß bis zum November 1904 Herr Brust Vorsitzender war, seitdem führt der Mitbegründer Köster-Frohnhausen den Vorsitz.

Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter.

Im Herbst 1897 fanden in Berlin Stadtverordnetenwahlen statt. Während dieser Zeit arbeiteten auf einem größeren Bau in der Emdenerstraße u. a. auch 3 Maurer, welche einem katholischen Arbeiterverein angehörten. Da sie nicht sozialdemokratisch gewählt hatten, wurde ihnen von ihren sozialdemokratischen Kollegen arg zugesetzt, man wollte sie in die sozialdemokratische Gewerkschaft pressen, „damit sie in Zukunft rot wählen," hieß es. Die sozialdemokratischen „Bemühungen" blieben erfolglos. Die 3 Maurer gingen

in die nächste Ausschußsitzung der Berliner katholischen Arbeitervereine und verlangten Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen. In der Sitzung, welche am 2. Jan. 1898 stattfand, wurde ihr Verlangen besonders von dem Tischler Weigel unterstützt. Auf sein Betreiben schritt man sofort zur Gründung eines interkonfessionellen Vereins „Arbeiterschutz" nach Münchener Muster und wählte ihn zum Vorsitzenden. Vierzehn Tage später fand die erste Agitationsversammlung statt, in welcher sich mehr wie 200 Bauhandwerker und Bauarbeiter dem Verein anschlossen. Wieder 14 Tage später wurde dann die „Sektion der Bauarbeiter" des Vereins „Arbeiterschutz" gegründet, welche neben dem Vereinsbeitrag (wöchentlich 5 Pfg.) 25—50 Pfg. Sektionsbeitrag erhob. Dieser wurde das finanzielle Fundament des heutigen Bauhandwerkerverbandes.

Die neue Organisation wurde von den Sozialdemokraten auf das heftigste bekämpft. Letztere verlangten häufig die Entlassung der „Tierschutzvereinler", wie sie die christlich organisierten Kollegen spöttisch nannten und legten die Arbeit nieder, wenn der Arbeitgeber ihr Verlangen nicht erfüllte. (Diese Methode sozialdemokratischer Agitation hat sich bis heute erhalten.) Die Sektion der Bauarbeiter entwickelte sich trotz der sozialdemokratischen Bekämpfung verhältnismäßig gut, so daß ihre Leiter auf den Gedanken kamen, eine christliche Bauarbeiterorganisation für ganz Deutschland zu gründen. Die Gründung sollte bereits im Juli 1899 geschehen, da kam Ende Juni die große Bauarbeiteraussperrung in Berlin dazwischen und so konnte erst am 31. August 1899 zur Gründung des „Zentralverbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe" geschritten werden. Fast um die nämliche Zeit hat sich auch in Cöln, im dortigen Arbeiterschutz eine Sektion der Maurer und Bauhandwerker gebildet, die mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Fast alle Agitationsversammlungen, welche die Cölner christlichen Maurer abhielten, wurden von den Sozialdemokraten gesprengt. Die Drangsalierung auf den Baustellen war so groß, daß nur wenige es wagten,

sich dem christlichen Verband anzuschließen. In Folge der mangelhaften Führung unter den christlichen Gewerkschaften gründeten auch die Cölner einen Zentralverband und bildeten bald Ortsgruppen in der Umgebung von Cöln, sowie in Düren, M.Gladbach und Düsseldorf. Am 1. Juli 1900 vereinigten sich die beiden Verbände zu einem Zentralverband.

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß	Der Beitrag betrug wöchentlich ℳ	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen ℳ	Zahl der Beamten
1899	12	897	10	3 206,29	1 201,27	2 005,02	—
1900	58	3 122	10	24 211,38	18 124,08	8 092,32	2
1901	64	2 717	20	39 006,75	23 841,75	23 257,32	2
1902	94	3 813	25—65	48 055,00	43 908,48	27 403,84	2
1903	104	5 852	25—65	78 911,26	81 017,70	25 297,40	5
1904	233	14 021	25—65	190 539,16	149 682,96	67 153,60	7
1905	380	22 089	25—75	392 609,—	363 853,25	94,777 04	33
1906	731	38 076	25—80	608 342,—	448 300,29	247 752,25	42

Im Jahre 1899 war auch in Köln ein christlicher Bauhandwerkerverband gegründet worden, der sich dann am 1. Juli 1900 dem Zentralverbande christlicher Maurer und verwandter Berufe anschloß.

Daß die Entwicklung des Verbandes in den ersten Jahren nicht besser voranging, lag zum Teil an dem wirtschaftlichen Niedergang, der in der zweiten Hälfte 1900 einsetzte. Dann aber auch an dem Umstande, daß es an geschulten Führern und bei dem niedrigen Beitrag an den nötigen Mitteln fehlte. Erst nachdem die zweite Generalversammlung (1903 in Essen) eine entsprechende Beitragserhöhung und Anstellung von drei Bezirksleitern beschlossen hatte, ist ein zufriedenstellender Aufschwung eingetreten.

Dieselbe Generalversammlung hat auch dem Verbande den heutigen Titel „Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands" gegeben.

Der Verband hat seit seinem Bestehen in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder große Erfolge errungen. Nachstehende Tabelle möge diese veranschaulichen.

Es wurden erfolgreiche Lohnbewegungen geführt:

	Streiks	Aussperrungen	Friedlich verliefen	Gesamtzahl der Lohnbewegungen	Lohnerhöhung Pfg. pr. Std.	für Mitglieder	Verkürzung der Arbeitszeit	für Mitglieder
1900	8	—	2	10	2—5	1692	pr. Tag 1 St.	214
1901	—	—	—	—	—	—	—	—
1902	9	—	1	10	2—5	1020	1/2 St.	98
1903	16	7	1	24	2—8	4045	1/2—1 St.	3223
1904	30	15	13	58	2—10	5416	1/2—1 St.	3770
1905	26	46	27	99	2—10	9013	1/2—1 St.	2060
1906	41	5	113	159	2—12	13658	1/2-1 1/2 St.	7315

Außerdem führte der Verband in den sieben Jahren 20 Streiks und 4 Aussperrungen, die keine direkte Erfolge zeitigten. Der größte und schwerste Kampf, welchen der Verband zu führen hatte, war 1905 die Aussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet; an 6000 Mitglieder wurden davon betroffen. Der Kampf der Unternehmer richtete sich gegen die Organisationen und Tarifverträge. Nach mehrmonatlicher Kampfesdauer sahen sich die Unternehmer genötigt, mit den in Frage kommenden Organisationen einen Bezirkstarifvertrag abzuschließen, der gegen 400 Orte umfaßt. In den Jahren 1905 und 1906 hat der Verband außer diesem noch 104 Tarifverträge, von denen die meisten auch in mehreren Orten Geltung haben, abgeschlossen. Ende 1906 arbeiteten 29593 Mitglieder unter tariflichen Bedingungen.

Neben den vielen Kämpfen gegen starrköpfige Unternehmer mußte der Verband auch Kämpfe um seine Existenz und Selbständigkeit gegenüber den sozialdemokratischen Bau-

arbeiterorganisationen führen. So im Jahre 1903 in Köln und Düsseldorf gegen den Maurer- und 1906 in Mannheim gegen den Stuckateurverband. Diese Kämpfe haben ihm aber trotz des sozialdemokratischen Streikbrechergeschreies nicht geschadet, sondern er hat sich gerade in diesen Orten während und nach den Kämpfen gut entwickelt.

Leistungen des Verbandes.

Gegen einen Beitrag, der in Höhe eines Stundenlohnes jährlich 40 Wochen lang (von März bis Dezember) erhoben wird, erhalten die Mitglieder:

A. Das wöchentlich seit 13. Mai 1900 erscheinende Verbandsorgan „Die Baugewerkschaft“, welche sie über die Vorgänge im Verband, in der Arbeiterbewegung und der sozialen Gesetzgebung unterrichtet;

B. Rechtsschutz sofort nach Eintritt in Streitigkeiten, die aus der Tätigkeit für den Verband entstehen; nach dreimonatlicher Mitgliedschaft in allen Streitigkeiten, die aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entspringen, sowie in Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Angelegenheiten, soweit dieselben die Reichsarbeiterversicherungsgesetze betreffen.

C. Gemaßregeltenunterstützung erhalten die Mitglieder sofort nach Eintritt, wenn sie wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von sozialdemokratisch organisierten Kollegen terrorisiert, oder vom Unternehmer aus diesem Grunde oder wegen Eintreten für Arbeiterrechte entlassen werden. Sie wird in derselben Höhe gewährt wie die Streikunterstützung.

D. Die Streikunterstützung. Es erhalten die Mitglieder, welche dem Verbande noch kein halbes Jahr angehören, je nach Beitragshöhe 1 M. bis 2,65 M. pro Tag, Mitglieder, welche dem Verbande über ein halbes, aber noch kein volles Jahr angehören, 1,35 M. bis 3,10 M. und Mitglieder, welche dem Verbande ein volles Jahr und länger angehören, 1,65 M. bis 3,30 M. pro Tag. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 1 M. pro Woche gezahlt. Die Gemaßregeltenunterstützung wird

vom ersten Tage, die Streikunterstützung vom vierten Tage an gezahlt.

E. Krankenunterstützung erhalten die Mitglieder nach zweijähriger Mitgliedschaft und einer Mindestleistung von 80 Wochenbeiträgen in der Höhe eines Wochenbeitrages pro Tag, also von 1,80 M. bis 4,50 M. pro Woche. Sie steigt nach längerer Mitgliedschaft in allen Beitragsklassen bis zur doppelten Höhe des Wochenbeitrags, also 3,60 bis 9,00 M. pro Woche.

F. Sterbeunterstützung wird gewährt nach einer Mindestleistung von 40 Wochenbeiträgen an Hinterbliebene verstorbener Mitglieder und beim Tode der Ehefrauen von Mitgliedern je nach Beitragshöhe von 24—64 M. Sie steigt nach jeder weiteren dreijährigen Mitgliedschaft in allen Beitragsklassen um 5 M. bis zu den Höchstbeträgen von 50 und 105 M. Die Sterbeunterstützung bei dem Tode von Frauen der Mitglieder ist seit Juli 1905 eingeführt. Nachfolgende Tabelle zeigt, welche Summen der Verband zu angeführten Zwecken verwandt hat:

Die Ausgaben betrugen u. a. an:

Jahr	Verbandsorgan	Streik- und Gemaßregeltenunterstützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Sonstige Unterstützungen ℳ	Rechtsschutz ℳ
1899	149,—	—	—	15	—	—
1900	6 107,08	12 845,38	—	70	—	124,—
1901	7 502,15	1 312,81	—	205	—	182,50
1902	7 573,—	18 280,—	70,50	240	490,—	118,62
1903	8 613,—	35 669,—	—	526	—	271,90
1904	14 894,—	59 290,—	1 161,20	894	—	870,—
1905	27 554,67	174 463,02	3 354,35	1614	240,—	2 249,82
1906	43 013,61	141 175,73	6 446,21	4894	40,—	4 712,51



Zentralverband christlicher Textilarbeiter.

Geschichte.

Der „Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands“ ist eine der jüngsten gewerkschaftlichen Zentralorganisationen christlicher Richtung. Am 1. April 1901 trat er unter obigem Namen ins Leben. Indessen bestanden schon 4—5 Jahre früher in verschiedenen Orten bezw. Bezirken Lokal- oder Distriktsorganisationen der christlichen Textilarbeiter. In Eupen, Aachen und Düren schlossen sich die Tuchweber in den Jahren 1896/97 zu Lokalverbänden zusammen, weil die Fabrikanten das sogenannte „Doppelstuhlsystem“ einführen wollten. Dagegen wehrten sich die Arbeiter, weil sie fürchteten, daß ein Teil von ihnen infolge der Neuerung beschäftigungslos, die Arbeitskraft des anderen Teils jedoch bis zur äußersten Grenze angespannt bezw. ausgenutzt werden würde. Auch für Wipperfürth und die nächste Umgebung wurde etwas später eine kleine Lokalorganisation der christlich gesinnten Textilarbeiter gegründet, während die Bayern einen — allerdings nicht sehr leistungsfähigen — Landesverband ins Leben riefen.

Das Jahr 1898 war besonders für die niederrheinischen Weber der Samt- und Seidenindustrie an „Bewegungen“ reich. Bald stritten sich in diesem Bezirk drei verschiedene Organisationen um die Herrschaft: der sozialdemokratische „deutsche“ Textilarbeiterverband, der „Niederrheinische Verband christlicher Textilarbeiter“ mit dem Sitze in Krefeld und der angeblich neutrale „niederrheinische Weberverband“. Letztere Organisation, die in ihrer Blütezeit etwa 10000 Mitglieder hatte, liegt, nebenbei bemerkt, heute in ihren letzten Zügen. Im Jahre 1899 wurden gegründet der „Christliche Textilarbeiterverband für M.-Gladbach und Umgegend“, der „Verband christlicher Textilarbeiter Westfalens“ mit dem Sitze in Bocholt, sowie einige weitere lokale Vereine in Hessen und Baden.

Alle diese Vereinigungen anerkannten zwar grundsätzlich das Programm der christlichen Gewerkschaften, gingen aber im übrigen ihren eigenen Weg; kein Verband dachte zunächst daran, seine Selbständigkeit preiszugeben, obschon naturgemäß die Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Organisation den zeitgemäßen Bedürfnissen nicht entsprach, um so weniger, als die Mitgliederbeiträge äußerst gering waren. Der Wochenbeitrag pro Mitglied betrug anfangs in Krefeld 2 Pfg. (er wurde aber bald auf 10 Pfg. erhöht), in M.-Gladbach $7^1/_2$ Pfg., in Bayern 5 Pfg., in Aachen, Eupen, Düren, Wipperfürth und Westfalen 10 Pfg. Die ersten Kongresse der christlichen Gewerkschaften zu Mainz (1899) und Frankfurt a. M. (1900) sprachen sich indessen entschieden für Zentralorganisationen aus und auch bei den verschiedenen Einzelverbänden der christlichen Textilarbeiter stieg allmählich die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsbewegung doch von größeren Gesichtspunkten aus beurteilt werden müsse. Dazu kam noch, daß die praktische Lösung der Preßfrage bei den kleinen Lokal- und Distriktsorganisationen vielfach auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß.

Um wenigstens die letztere Kalamität praktisch aus dem Wege räumen zu können, wurde bereits am 1. Oktober 1899 die lose „Zentrale" der christlichen Textilarbeiterorganisationen konstituiert und die gemeinschaftliche Herausgabe eines Fachorgans realisiert. Im übrigen wurden die Verbindungen in der „Zentrale" durch zahlreiche Delegierten-Konferenzen aufrecht erhalten, wobei sich mehr und mehr die volle Selbständigkeit der einzelnen Verbände als ein Bleigewicht erwies. Der Zentralisationsgedanke brach sich schließlich impulsiv Bahn, und am 1. April 1901 vereinigten sich die westdeutschen Verbände zum „Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands".

Es lag gewissermaßen in der traditionellen Entwickelung der nun vereinigten christlichen Textilarbeiterverbände begründet, daß die Zentralisation nicht sofort vollkommen wurde. Die bisherigen Distriktsverbände erhielten zunächst unter Beibehaltung eines Teils ihrer Selbständigkeit

— Aachen, Düren und Eupen wurden vereinigt — den Titel „Verbandsbezirke". Solcher Bezirke gab es anfangs fünf (Sitze in Krefeld, M.-Gladbach, Aachen, Barmen und Bocholt i. Westf.). Die Bezirke setzten sich zusammen aus Ortsgruppen, und die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen innerhalb eines Bezirks bildeten die alljährlich stattfindende Bezirksgeneralversammlung. Die Generalversammlung wählte ihren eigenen Bezirksvorstand — aus sieben Mitgliedern bestehend — und außerdem je nach der Zahl der Verbandsmitglieder mehrere Delegierte in die höchste Organisationsinstanz, den Verbandsausschuß. Letzterer wählte wieder aus seiner Mitte den geschäftsführenden Zentralvorstand, der lange Zeit aus dem Zentralvorsitzenden und den fünf Bezirksvorsitzenden sich zusammengesetzt hat. Inzwischen hatte der Zentralverband auch im Süden, besonders im Elsaß, in Bayern und Baden, in Thüringen und der Lausitz sowie in einigen anderen Teilen Deutschlands festen Fuß gefaßt, und anderseits hatte sich der Gedanke einer möglichst vollkommenen Zentralisation soweit durchgerungen, daß der Verband in den Jahren 1905/06 durch weitere Reformen, besonders durch eine straffere Zentralisation noch mehr als bisher den zeitgemäßen Anforderungen und gewerkschaftlichen Bedürfnissen angepaßt werden konnte.

Innere Organisation.

I. Der Zentralvorstand, aus sechs Mitgliedern bestehend, die von der Generalversammlung des Verbandes auf vier Jahre — der Vorsitzende mit absoluter, die übrigen Zentralvorstandsmitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit — gewählt werden.

II. Die Verbandsgeneralversammlung als höchste und in allen strittigen Fragen maßgebende Instanz des Verbandes. Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus dem Zentralvorstand und Delegierten, die in Wahlbezirken von durchschnittlich je 500 Mitgliedern in direkter Wahl gewählt werden. Die freigestellten Bezirksleiter haben,

auch wenn sie nicht durch Wahl delegiert sind, in der Generalversammlung beratende Stimme.

III. Agitationsbezirke (an Stelle der früheren Verbandsbezirke). Das Verbandsgebiet ist vom Zentralvorstand möglichst nach geschlossenen Textilindustriedistrikten in Agitationsbezirke eingeteilt, an deren Spitze aus 4—10 Mitgliedern bestehende Agitationskommissionen stehen. Vorsitzender ist in der Regel ein freigestellter Beamter. Die Aufgaben der Agitationskommissionen bestehen in der Förderung der Agitation (auch durch Schulung von Kräften für die Kleinarbeit) sowie in der Unterstützung und Kontrolle der Ortsvorstände.

IV. Ortsgruppen bezw. Zahlstellen, die je nach ihrer Größe von 3—12 Vorstandsmitgliedern verwaltet werden. Das Vertrauenspersonen-System ist innerhalb der Gruppen bis ins Detail ausgebaut.

Gesamtentwickelung des Verbandes.

Die bisherige Gesamtentwickelung des Zentralverbandes mag aus den folgenden Zahlen ersehen werden:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insgesamt	Mitgliederzahl am Jahresschluß davon weibl.	Der Beitrag betrug	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen ℳ	Zahl der Beamten
1901	117	13273	1647	15	80509,11	54223,58	26285,53	5
1902	133	16639	1968	15	136284,24	86934,43	71239,70	5
1903	145	16557	2754	20+15	118375,61	83575,35	85751,35	6
1904	169	19968	3968	20+15	157873,89	104936,66	167722,21	9
1905	216	27390	7058	30+25	315917,—	300197,—	157384,—	14
1906	255	36984	11396	30+25	472548,33	462169,84	180833,77	24
I. Halbj. 1907	241	40621	12442	25—50	286656,09	160695,04	305174,46	30

Die **Ausgaben** betrugen in Mk. u. a. m. für:

Jahr	Verbands-organ	Streik- und Gemaß-regeltenunterstützung	Kranken-geld	Sterbe-geld	Sonstige Unter-stützungen	Rechts-schutz	Bildungs-zwecke
1901	10856,—	10386,—	—	1540,—	—	—	1368,—
1902	17833,—	44146,—	—	2940,—	—	—	1978,—
1903	19995,—	27478,—	—	3140,—	784,—	760,—	2124,—
1904	20814,—	15393,—	—	4940,—	1736,—	601,—	2650,—
1905	27635,—	170496,—	9700,—	5970,—	—	988,—	2986,—
1906	37961,—	213794,—	44987,—	6330,—	—	817,—	3475,—
I. Halbj. 1907	19264,—	13437,—	33740,—	4250,—	—	597,—	2680,—

Beitragshöhe und Mitgliederzahl.

Eine Erhöhung der Beiträge wirkt keineswegs dauernd nachteilig auf den Mitgliederbestand. Die diesbezüglichen Erfahrungen des Verbandes kommen in folgenden detaillierten Angaben zum Ausdruck:

Zeitpunkt	Höhe der Beiträge pro Woche: Für männliche Mitglieder: ₰	Für Arbeiterinnen ₰	Für Heimarbeiter beiderlei Geschlechts ₰	Zahl der Verbandsmitglieder	Weibliche Mitglieder:
1. April 1901	15	15	10	12545	1589 = 12% der Gesamtmitgliedsch.
31. Dezbr. 1901	15	15	10	13273	1647 = 12% „ „
31. „ 1902	15	15	10	16639	1968 = 12% „ „
31. „ 1903	20	15	10	16557	2754 = 16% „ „
31. „ 1904	20	15	10	19968	3968 = 20% „ „
31. „ 1905	30	25	20	27390	7058 = 26% „ „
30. Juni 1906	30	25	20	33596	9951 = 30% „ „
31. Dezbr. 1906	30	25	20	36984	11396 = 31% „ „
30. Juni 1907	Staffelbeiträge bis 50 Pfg.			40621	12442 = 31% „ „

Das wachsende Verständnis der christlich gesinnten Textilarbeiterinnen für die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation ist nur anzuerkennen und zu begrüßen.

Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens.

Durch die letzte Generalversammlung des Zentralverbandes (1906 in Frankfurt a. M.) sind auf dem Gebiete des Beitrags- und Unterstützungswesens durchgreifende Reformen beschlossen und gemäß nachfolgender Tabelle sieben verschiedene Beitragsklassen (Staffelbeitragssystem) eingeführt worden; die Leistungen des Verbandes durch die einzelnen Unterstützungsarten wurden hierbei der Höhe der Wochenbeiträge entsprechend festgesetzt:

Beitrags- Klasse	Beitrags- Höhe p. Woche M	Wöchentl. Streikunterstützg. Grundtaxe M	Wöchentl. Streikunterstützg. Zuschl. f. jedes Kind M	Wöchentl. Gemaßregelten-unterstützung M	Reiseunterstützung (pr. Kilometer 2 Pfg.) M	Wöchentliche Krankenunterstützung nach 52, 156, 260 Beitragswochen M		
I.	15	5	—	6	—		—	
II.	20	7	0,50	8	—		—	
III.	25	8	0,50	10	p. T. 10	1,80	2,40	3,—
IV.	30	10	0,50	12	„ „ 15	3,—	3,60	4,20
V.	40	12	1,—	14	„ „ 15	4,20	4,50	4,80
VI.	50	14	1,—	16	„ „ 20	4,80	5,40	6,—
VII.	60	16	1,—	18	„ „ 20	6,—	6,60	7,20

Wöchnerinnenunterstützung wird in der Höhe des Krankengeldes für 6 Wochen gewährt.

Die **Umzugsunterstützung**, welche eventl. an verheiratete Mitglieder gezahlt wird, beträgt bis zu 60 **Mark**.

Die **Sterbeunterstützung**, welche der Verband außerdem gewährt, beträgt:

nach einjähriger Mitgliedsdauer 30 Mk.;
„ dreijähriger „ 40 „
„ fünfjähriger „ 50 „
„ siebenjähriger „ 60 „
„ zehnjähriger „ 75 „

Internationale Verbindungen des Verbandes.

Schon seit dem Jahre 1900 haben die christlich organisierten Textilarbeiter Deutschlands zu den Schwesterorganisationen in Belgien und Holland — anfangs allerdings nur lose — Verbindungen unterhalten. Dagegen sind in den Jahren 1902, 1903, 1905 und 1907 regelrechte internationale Kongresse der christlichen Textilarbeiterorganisationen abgehalten worden und besteht seit dem Jahre 1902 eine „internationale Vereinigung", welcher die christlichen Textilarbeiterverbände in Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich und der Schweiz angeschlossen sind.

Die internationale Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen hat bereits in erheblichem Maße dazu beigetragen, den christlichen Gewerkschaftsgedanken auch im Auslande zu propagieren. Die Entwickelung der Vereinigung bezw. der angeschlossenen Landesorganisationen zeige folgende Tabelle:

Landesverband	Anfang 1904		1. April 1905		1. April 1906		1. Juli 1907	
	Ortsgr.	Mitgl.	Ortsgr.	Mitgl.	Ortsgr.	Mitgl.	Ortsgr.	Mitgl.
Deutschland . . .	145	16557	181	23833	224	31837	241	40621
Belgien	9	2620	16	3235	18	4276	34	5600
Holland	10	1300	14	2014	19	4040	22	4000
Oesterreich	—	—	Gründungstermin		23	1583	90	9246
Schweiz (ca.) . .	?	?	16	4000	25	5000	30	7800
Total	164	20477	227	33082	309	46736	417	67267

Neben diesen Zentralverbänden bestehen in einzelnen Ländern noch Distrikts- und Lokalorganisationen, so in Holland

ein konfessioneller Verband mit ca. 2000 Mitgliedern, in Gent (Belgien) drei selbständige Ortsvereinigungen mit 2200 Mitgliedern, welche sich von der Zentralorganisation abgezweigt haben, voraussichtlich aber wieder beitreten werden. Mit den angeschlossenen ausländischen Organisationen hat der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, welcher das Verhältnis der einzelnen Landesverbände zu einander regelt und den Mitgliedern entsprechende Vorteile sichert.

Die internationale Vereinigung wird geleitet von einer besonderen Kommission, in der alle angeschlossenen Landesverbände vertreten sind; die Geschäftsführung liegt dem internationalen Sekretariate (Sitz Enschede in Holland) ob. Die gemeinsame Unterstützungskasse der Vereinigung, in die jeder angeschlossene Verband pro Jahr und Mitglied 10 Pfg. steuert, und die nur in besonderen Fällen in Anspruch genommen werden darf, weist einen Bestand von über 14000 Frcs. auf.

Christlich-sozialer Metallarbeiterverband.

Wie die meisten der christlichen Gewerkschaftsverbände gegen Ende des verflossenen Jahrhunderts im rheinisch-westfälischen Gebiet ins Dasein traten, so auch der christliche Metallarbeiterverband.

Der Organisationsgedanke unter den christlichen Arbeitern der drei großen Industriegruppen Metall-, Bergbau- und Textilindustrie, hat sich bei den Metallarbeitern an letzter Stelle durchgerungen. Während die Bergarbeiter schon im Jahre 1890 mit der Gründung eines christlichen Verbandes einsetzten, im Jahre 1894 endgültig damit durchdrangen, auch die Textilarbeiter in Aachen, Crefeld, M. Gladbach u. a. schon in den 90er Jahren Lokalverbände schufen, war dieses den Metallarbeitern nicht möglich.

Ein kleiner Versuch wurde gemacht im Jahre 1873 in Essen mit der Gründung eines Holz-, Stein- und Metallarbeiterverbandes. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von der alten christlich-sozialen Arbeiterbewegung, wie sie sich besonders in den 70er Jahren entwickelte. Essen war damals einer ihrer Hauptsitze und die Arbeiter Stötzel, Tries, Donath usw. waren ihre hauptsächlichsten Vertreter und Agitatoren. Der Verband hat keinen großen Umfang angenommen, ist nicht weit über Essen hinausgedrungen und hat seine gewerkschaftliche Tendenz nicht lange aufrecht erhalten können. Unter dem Sozialistengesetz ging er zugrunde, und fristete noch eine Zeitlang sein Dasein in Gestalt einer Krankenkasse. Der Grund, warum bei einer so bedeutenden Industriegruppe wie es die Metallarbeiter sind, so spät der Organisationsgedanke durchdrang, ist an erster Stelle in der gewaltigen Uebermacht des Kapitals und den eigenartigen Industrieverhältnissen zu suchen. Im Bergbau wie in der Textilindustrie fand sich ein alter, angesessener Arbeiterstand vor, dem der Organisationsgedanke nicht fremd war. Dem Bergmann war durch seine früheren staatlichen Privilegien, durch das Knappschaftswesen und die abgesonderte Arbeit ein besonderer Korpsgeist eigen, der von selbst zur Organisation hindrängte; desgleichen dem früheren selbständigen Weberstand, der die Zeit der Zünfte und Innungen gekannt hatte. Als er nun durch die Maschinen zur Fabrikarbeit herabgedrückt wurde, erinnerte er sich der alten Zünfte und machte nun alle Anstrengungen, die Organisation auf die neuen Verhältnisse zu übertragen. Auf die Metallarbeiter, die Kleinindustrie des bergischen Landes ausgenommen, traf dieses nicht zu.

Die Eisengroß- und Maschinenindustrie ist ein Produkt der Neuzeit. Die Arbeitermassen, deren besonders die großen Riesenwerke bedurften, hatten keinen zünftlerischen Korpsgeist, hatten keine organisatorische Vergangenheit. Berufsstolz und Standesehre waren noch fremde Begriffe. Aus aller Herren Ländern kamen sie zusammengeströmt, meistens vom Lande, unbekannt mit den Verhältnissen. Der Gedanke einer gemeinsamen Interessenvertretung war den meisten ein unbekannter

Begriff, da auf dem Lande ein gemeinsames Vorgehen zwecks besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei schwerer Strafe verboten war. Ein ganzes Menschenalter war erforderlich, bis sich diese Arbeitermassen in die Verhältnisse eingefunden, auf sich selbst besonnen und bis sich der Gedanke eines gemeinschaftlichen Interesses Bahn brach.

Aber noch ein weiterer Grund dürfte erwähnt werden. Keine andere Arbeiterklasse hat unter solch gewaltigem Druck des Kapitals gestanden, wie die Metallarbeiter der großen Werke, namentlich in Rheinland, Westfalen, Saargebiet, Oberschlesien usw.

War es doch bis in die 80er und 90er Jahre noch möglich, Arbeiter großer Werke in geschlossenen Kolonnen unter Aufsicht von Meistern und Aufsehern zur Wahlurne zu führen, um sie im Sinne ihrer Arbeitgeber wählen zu lassen. Widerspenstige wurden in Menge gemaßregelt, um so „Exempel" zu statuieren, um Furcht und Zaghaftigkeit zu verbreiten. Die meisten Werke hatten Vereinbarungen unter einander getroffen, daß, um von einem Werke zum andern zu gelangen, die Ueberweisung oder drei bis sechsmonatliche Abwesenheit erforderlich war. Außerdem war auf manchen Werken ein Spionage- und Aushorchewesen ausgebaut, so daß jeder Arbeiter sofort seine Stelle riskierte, wenn er einer freieren Auffassung Raum gab; daneben gab es hunderterlei Mittel und Mittelchen, den etwas „verdächtigen" Arbeiter zu schädigen. Hierzu kam das sogenannte Wohlfahrtssystem, was wohl kaum in einem Berufszweig so seine Anwendung fand, wie in der Eisengroßindustrie. Arbeiterkolonien, Sparkassen, Pensionskassen, Gesangvereine, Volksfeste usw.: wer kennt all die Veranstaltungen, welche dazu herhalten mußten und teilweise heute noch herhalten müssen, um bei den Arbeitern den Organisationsgedanken fernzuhalten.

Anderseits darf hier auch hervorgehoben werden, daß unter den genannten Industriegruppen keine so wenig Unterstützung und Hülfe fand bei den anderen Ständen, als die Metallarbeiter.

Aus all dem Angeführten dürfte es einleuchten, warum die Organisationsbestrebungen unter den christlichen Metallarbeitern so schwer und so spät durchdrangen.

Aber trotz aller Schwierigkeiten wurden seitens christlicher Arbeiter weitere Organisationsbestrebungen unternommen. In der Mitte der 80er Jahre wurde von Duisburg aus unter Führung des jetzigen Verbandsvorsitzenden Wieber eine Fachvereinsbewegung der Former und verwandter Berufsgenossen ins Leben gerufen, welche sich auf fast alle Städte des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes bis Crefeld, Dülken und M. Gladbach erstreckte. Neben den Fachvereinen der Former würden ebenfalls solche der Schlosser, Maschinenbauer, Klempner, Feilenhauer und sonstiger Metallarbeiter gegründet. Schon bei der Gründung wurde seitens der Führer ausgesprochen, daß sie auf christlicher Grundlage ständen, aber bei allen wichtigen Arbeiterfragen gewillt seien, auch mit andersgesinnten Arbeitern und Organisationen von Fall zu Fall vorzugehen.

Freigestellte Kräfte zur Agitation waren damals nicht vorhanden; es mußte dieselbe abends nach der Arbeit und Sonntags betrieben werden.

Die Bewegung nahm ihre Aufgaben ernst und suchte mit allen Kräften den großen herrschenden Mißständen, namentlich dem der langen Arbeitszeit zu steuern und auf Besserung der Löhne hinzuwirken, besonders aber Solidaritäts- und Standesbewußtsein sowie Opferfreudigkeit zu wecken.

Aber auch damals wurde versucht, die Bewegung im Keime zu ersticken. Im Jahre 1889 hatte sie in Duisburg den ersten Kampf zu bestehen wegen des Koalitionsrechtes. Ihr Führer Wieber wurde vor die Wahl gestellt, entweder aus der Organisation auszutreten oder entlassen zu werden. Letzteres wurde vorgezogen. Sämtliche in Betracht kommenden Arbeiter (Former) legten ebenfalls die Arbeit nieder. Der Streik dauerte zirka 4 Monate, vom 28. Dezember 1889 bis zum 1. Mai 1890. Der Anschlag der Unternehmer, die Organisation zu zertrümmern, wurde vereitelt. Rühmenswert war der Opfermut der Arbeiter,

mehr als ein ganzes Jahr hindurch haben die Duisburger organisierten Former 5 und 10 Prozent ihres verdienten Lohnes freiwillig bezahlt; teilweise opferten Kollegen 12 bis 20 Mark pro Monat.

Bei den großen Formerkämpfen in den Jahren 1888, 1889 bis 1890, welche in Hamburg, Altona, Berlin, Hannover, am Harz usw. ausgebrochen waren, hatten die Verbandsmitglieder bei einer Mitgliedschaft von 70 bis 80 zirka 7000 M. durch freiwillige Sammlungen für jene Kollegen aufgebracht.

Diese Summe ist dann erst voll zu würdigen, wenn in Betracht gezogen wird, daß die gesamten sozialdemokratischen Zentralverbände im Jahre 1893 kaum 27000 M. für Streiks aufbringen konnten. Zu Pfingsten des Jahres 1890 beteiligten sich die von Duisburg aus gegründeten Fachvereine an dem Former- und Metallarbeiterkongreß in Weimar; auch Wieber-Duisburg wurde zum Delegierten bestimmt. Es darf wohl hervorgehoben werden, daß damals die christentumsfeindliche Tendenz der auf sozialdemokratischem Standpunkte stehenden Gewerkschaftler noch nicht so scharf zum Durchbruch kam wie heute, was wohl zum Teil noch auf die Schwäche der Organisationen und der sozialdemokratischen Partei zurückzuführen sein dürfte. Der Kampf um die Organisationsform, ob Fachberufs- oder Industrieverbände, stand damals bei den Metallarbeitern im Vordergrunde, bis einige Jahre später letztere den Sieg davontrugen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war der Drang nach Zentralisation bei den Arbeitern besonders rege geworden und die Bahn frei. Die von Duisburg aus gegründeten Fachvereine schlossen sich dem Zentralverein ebenfalls an. Aber es dauerte nicht lange, so begann schon der Kampf zwischen der christlichen und sozialdemokratischen Weltanschauung, welcher anfangs in Versammlungen und Konferenzen zum Austrag kam. Als darauf der „Glück auf“, Organ des Zentralvereins der deutschen Former, in einer Reihe von Artikeln das Christentum „Abklatsch des Buddhismus“ nannte, Moses und den Schöpfungsbericht als „groben Schwindel“ bezeichnete, waren

es wiederum die Duisburger Former, welche den Kampf gegen diese christentumsfeindliche Strömung aufnahmen.

Nachdem in Versammlungen und Konferenzen vergebens Abhülfe gefordert und die Neutralität, wie sie im Statut ausgesprochen, verlangt war, wurde im Februar 1894 in der Generalversammlung des Ortsvereins Duisburg folgender von Wieber gestellter Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Duisburg protestiert ganz entschieden gegen die gehässige christentumsfeindliche Stellungnahme des „Glück auf", wie die der einzelnen Ortsvereine. Die Versammlung fordert den Hauptvorstand und die Redaktion auf, den paritätischen und unpolitischen Charakter des Verbandes, wie er im Statut vorgesehen ist, zu wahren und Remedur zu schaffen."

Diese Resolution, welche im Verbandsorgan veröffentlicht wurde, löste einen gewaltigen Kampf aus gegen die Duisburger. Von vielen Seiten, besonders vom Norden wurde erklärt, daß sich der Verband auf den Boden der materialistischen Anschauung zu stellen habe, und wenn es den „frommen" Duisburgern nicht passe, möchten sie die Konsequenzen ziehen.

Noch einmal machten die Duisburger im selben Jahre einen Anlauf auf der Konferenz in Crefeld. Hier wurde von sozialdemokratischen Rednern, welche noch heute im freien Metallarbeiterverband als Beamte tätig sind, offen erklärt, daß auf die Dauer die christlichen Elemente aus der Bewegung ausgeschieden werden müßten. Die Duisburger Vertreter fanden nur bei einem geringen Teil Unterstützung. Der Kampf um die Weltanschauung führte im Jahre 1895 zur vollständigen Trennung. So ging das verloren, was anfangs zu großen Hoffnungen berechtigte und mit großer Arbeit und Mühe aufgebaut war. Hätte die damals von Duisburg aus inszenierte Bewegung allgemeine Unterstützung gefunden, so wäre das rheinisch-westfälische Gebiet, soweit die Metallindustrie in Frage kommt, der christlichen Arbeiterbewegung erhalten geblieben.

Die Illusion, auf neutralem Boden mit sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern eine gemeinsame Organisation aufzubauen,

ging hier endgültig in die Brüche. Diese Erfahrungen sind jedenfalls ein wichtiger Grund mit gewesen, daß die Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes, wie dieser selbst, ein scharfer Gegner der späteren Neutralitätsbestrebungen war und den Kampf mit aller Schärfe dagegen geführt hat.

Im Jahre 1894 erfolgte in Duisburg im katholischen Arbeiterverein die Gründung der ersten Fachsektion der Metallarbeiter, als deren Leiter ebenfalls der jetzige Verbandsvorsitzende Wieber fungierte.

Diese Fachsektion der Metallarbeiter blieb bestehen bis zum 15. Oktober 1899 und war mit der erste Grundstock des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Nach und nach hatte der Gedanke der Organisation in weiteren Orten sich Bahn gebrochen. In dem Jahre 1898 fanden sich schon Sektionen der Metallarbeiter in verschiedenen Orten in sogenannten Arbeiterschutzverbänden, welche lokalorganisiert waren, so in Berlin, Düsseldorf, Düren, Mannheim, München, Freiburg, Stuttgart usw.; besonders auch in Cöln machte sich unter Führung des Pfarrers Drießen und des Kollegen Döring eine lebhafte Bewegung zur Gründung eines Verbandes bemerkbar. Leider standen fast alle diese Sektionen nicht miteinander in Verbindung und hatten meistens von der Existenz der anderen keine Kenntnis.

Im Frühjahr 1899 traten dann in Duisburg eine Anzahl Vorstände der katholischen Arbeitervereine aus dem niederrheinischen Bezirk zusammen zur Besprechung einer christlichen Metallarbeiterverbandsgründung. Zu Pfingsten des Jahres 1899, als der erste christliche Gewerkschaftskongreß in Mainz tagte, kam in Mülheim (Ruhr) aus 13 Orten des niederrheinischen Bezirks eine aus Arbeitern und Arbeitervereinsvorständen bestehende Konferenz zustande, um den Plan zur Gründung eines christlichen Metallarbeiterverbandes endgültig in die Hand zu nehmen.

Nach verschiedenen Konferenzen, welche in Mülheim (Ruhr) und Duisburg stattfanden, wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren Dr. Brauns, Giesberts und

Wieber, welche mit der Ausarbeitung der Statuten beauftragt wurden.

Die eigentliche Gründungsversammlung, an welcher mehr als 1000 Personen teilnahmen, fand am 25. Oktober 1899 in Duisburg statt, wo 178 Mann dem Verbande beitraten. Diese bildeten den ersten Anfang des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Außer den obengenannten Herren Dr. Brauns, Giesberts war noch Herr Professor Dr. Hitze als Redner erschienen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Wieber, als Sitz Duisburg bestimmt. Am gleichen Tage fand in Düsseldorf eine Sitzung der Kommission vom Mainzer Kongreß der verschiedenen bestehenden Lokalvereine statt, welche ebenfalls Duisburg als Sitz des Verbandes festlegte. — Der Beitrag wurde auf 10 Pfg. pro Woche festgesetzt.

Zu den ersten Zahlstellen gehörten Duisburg, Düsseldorf, Cöln, Düren, M.Gladbach, Laar, Stockum, Oberhausen, Altendorf, Mülheim (Ruhr), Hörde bei Dortmund und Borbeck. Aus den genannten Orten setzte sich auch der erste Zentralvorstand zusammen.

Die stärkste Ortsgruppe war damals Düren, sie umfaßte 400 Mitglieder. Leider haben sich jene Kollegen wenig opferfreudig gezeigt. Bei der ersten Beitragserhöhung und Maßregelung einiger Kollegen sprangen die meisten Mitglieder ab; Düren hat niemals wieder die alte Höhe erreicht.

Gleich nach Gründung hatte der Verband schon an vielen Orten die schärfste Gegnerschaft der Industriellen zu bestehen. So wurde in M. Gladbach seitens der Fabrikanten ein Ukas bekannt gegeben, wonach denjenigen Arbeitern, welche sich dem Verbande anschlossen, die Entlassung angedroht wurde. In gleicher Weise wurde in Hennef, B. Gladbach und anderen Orten vorgegangen und durch Maßregelungen die Ausbreitung des Verbandes verhindert.

Mit dem 1. Januar 1900, kaum 10 Wochen nach der Gründung des Verbandes, hatte der Zentralvorstand schon den Mut zu beschließen, ein 14=tägig erscheinendes Verbandsorgan herauszugeben, obschon die ganze Verbands=

einnahme bis dahin ganze 527,20 M. betragen hatte. Mit der Redaktion wurde der Verbandsvorsitzende beauftragt, der aber noch bis zum Jahre 1901 inklusive im Arbeitsverhältnisse stand und die Redaktion, Agitation und sonstige Verbandsarbeiten, Korrespondenz usw., des Abends und des Nachts nach seiner Berufsarbeit vollführen mußte.

Die erste Generalversammlung des Verbandes fand am 2., 3. und 4. September 1900 im Annohause in Cöln statt. Hier wurde der Beitrag von 10 auf 20 Pfg. pro Woche festgesetzt und das Unterstützungswesen geregelt (Streik-, Maßregelungs- und Wanderunterstützung). Vordem war bei 10 Pfg. Wochenbeitrag noch keine Unterstützung festgesetzt, trotzdem schon Unterstützungen bei Streiks geleistet wurden. Die zweite Generalversammlung fand ebenfalls im September 1902 in Cöln statt. Hier wurde im Prinzip beschlossen, den Beitrag auf 30 Pfg. pro Woche zu erhöhen und dafür die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Der Zeitpunkt der Einführung wurde dem Zentralvorstand überlassen. Die Beitragserhöhung trat am 1. Juli 1903, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung am 1. Juli 1904 in Kraft. Die Arbeitslosenunterstützung wurde auf 42 Tage im Jahr, von 6 bis 10 M. pro Woche, je nach der Mitgliedsdauer, festgesetzt.

Die dritte Generalversammlung fand im Jahre 1904 in Offenbach statt. Neben Fragen, die den inneren Ausbau des Verbandes betrafen, wurde eine Resolution angenommen zugunsten der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und des Achtstundentags in den Feuer- und Hüttenbetrieben. Dieselbe lautet:

„In Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter nahezu durchweg zu berechtigten Klagen Anlaß geben, erwartet die 3. Generalversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes:

1. Die reichsgesetzliche Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages unter gleichzeitiger Festsetzung der Höchstgrenze der in Ausnahme zulässigen Ueberstunden.
2. Für diejenigen Feuerbetriebe, bei denen eine Unterbrechung des Produktionsprozesses vorab nicht möglich ist, sowie bei gesundheitsschäd-

lichen chemischen Industriezweigen, soll entweder durch Reichsgesetzgebung oder durch Verfügung des Bundesrates die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

3. Neben der reichsgesetzlichen Regelung betrachtet die Generalversammlung es als eine der vornehmsten Pflichten des Verbandes, überall dort, wo es angängig und notwendig ist, die Dauer der Arbeitszeit nach Berufen anzustreben und durch Tarifverträge, in welchen auch die Lohnfrage entsprechende Berücksichtigung finden muß, festzulegen.

In diesen Tarifen ist Anfang, Ende der Arbeitszeit und Dauer der Pause während derselben, sowie die Regelung des Ueberstundenwesens genau zu bestimmen. Die Generalversammlung ersucht die Mitglieder des Verbandes überall für die Verwirklichung dieser Forderungen bezw. Aufgaben energisch einzutreten."

Im Jahre 1905 wurde eine weitere Beitragserhöhung durch Urabstimmung in den einzelnen Ortsgruppen beschlossen. Sie beträgt ab 1. Januar 1906 50 Pfg. für erwachsene, männliche Mitglieder; 25 Pfg. für weibliche und jugendliche Arbeiter.

Dementsprechend wurde das Unterstützungswesen erweitert; statt der Arbeitslosen- wurde die Erwerbslosenunterstützung auch auf Krankheitsfälle ausgedehnt, bis zu 20 Wochen, sodaß insgesamt, je nach Mitgliedsdauer, von 120 bis 200 M. pro Jahr Unterstützung bezogen werden kann. Die Sterbeunterstützung wurde bis 100 M. erhöht, Umzugsunterstützung bis 40 M. neu eingeführt, Wanderunterstützung bis auf 70 M. festgesetzt.

Im Innern wurde der Verband in zwei schwere Kämpfe verwickelt, die ihn bis ins Innerste erschütterten und seine Existenz in Frage stellten. Es waren der Neutralitäts- und der Zollstreit der Jahre 1901 und 1902, worin der Metallarbeiterverband verwickelt war wie keine andere Organisation. Die Motive und den Verlauf der Kämpfe in vollem Umfange zu schildern, würde zu weit führen, auch ein zu umfangreiches Kapitel beanspruchen; es sei deshalb nur das Wichtigste hervorgehoben. Neben prinzipiellen, gegenteiligen Meinungen, welche dem Streite zugrunde lagen, haben unzweifelhaft viele Mißverständnisse mitgespielt, welche demselben ein besonderes persönlich scharfes Gepräge aufdrückten, ohne daß es bei den Beteiligten beabsichtigt war. Sicher

würde heute eine solche Meinungsverschiedenheit in ganz anderen Formen ausgetragen werden. Die Führer hatten noch zu wenig Fühlung miteinander, kannten sich kaum oberflächlich, die meisten mußten ihre Verbandstätigkeit neben ihrem Arbeitsberufe ausüben usw. Es ist daher verständlich, daß der eine Teil gegenüber dem anderen oft Anschauungen und Motive voraussetzte, die in Wirklichkeit nicht vorhanden waren. Die vielfach verbreitete Meinung, als hätte die Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes konfessionelle Gewerkschaften oder die Bildung einer eigenen politischen Partei erstrebt, beruht durchaus auf Unwahrheit. Das Gegenteil war der Fall, neben grundsätzlichen Motiven, welche die Erhaltung des christlichen Charakters der Gewerkschaften betraf, war es gerade die Befürchtung, daß durch etwaiges Fallenlassen derselben, konfessionelle Gründungen unausbleiblich sein würden. Zu wiederholten Malen wurde in Wort und Schrift diesem Gedanken Ausdruck verliehen. Auf politischem Gebiete verlangte die Führung des Verbandes, daß die Gewerkschaften sich politisch, aber nicht parteipolitisch betätigen sollten. Dieses waren die Gesichtspunkte, wovon sie sich leiten ließ.

Die Stellungnahme zur Neutralitätsfrage wurde zuerst angeregt durch den Verein „Arbeiterschutz“-Cöln, auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. diskutiert, aber nicht zur Entscheidung gebracht, sondern der Zentralgewerkschaftskommission zur weiteren Verfolgung überwiesen. Nach dem Kongreß nahm das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes in 3 Artikeln, betitelt „Christliche oder paritätische Gewerkschaften“ Stellung gegen die Neutralitätsbestrebungen. Auf der ersten Generalversammlung des Verbandes am 2., 3. und 4. September 1900 wurde folgende Resolution mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen:

„Die erste Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands erklärt: Gleichwie der Verband bei seiner Gründung auf christliche Grundlage und auf den Boden der christlich-sozialen Reform gestellt worden ist, sei es auch fernerhin als eine Notwendigkeit anerkannt, daß dem Verbande nach wie vor die christlichen Grundanschauungen und Prinzipien als Leitmotiv und Richtschnur zugrunde gelegt

werden. Die Generalversammlung erklärt sich weiter mit der Führung des Verbandes in diesem Sinne einverstanden, und beauftragt den Vorsitzenden Wieber, als Mitglied der Zentralgewerkschaftskommission den christlich-sozialen Metallarbeiterverband in diesem Sinne zu vertreten. Ferner erklärt die Generalversammlung: Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Verband von Fall zu Fall in gewissen praktischen Fragen mit den anderen Verbänden (Anmerkung d. V.: Unter anderen Verbänden sollten nicht christliche Organisationen verstanden sein) zusammen Hand in Hand geht, wenn die Forderungen berechtigt sind und Aussicht auf Erfolg vorhanden ist."

Von diesem Zeitpunkt ab schied der Verein „Arbeiterschutz"-Cöln aus dieser Streitfrage aus und der christliche Metallarbeiterverband rückte in den Vordergrund. Zu dem bekannten Pastorale der preußischen Bischöfe und den Kundgebungen des Erzbischofs von Freiburg gegenüber den christlichen Gewerkschaften nahm weiter am 8. November 1900 der Ausschuß des Gesamtverbandes in einer Resolution Stellung. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Wieber, war mit der betreffenden Entschließung nicht einverstanden. Eine heftige Preßfehde setzte ein, im weiteren Verfolg wurde Wieber als Mitglied des Ausschusses ausgeschlossen und der Metallarbeiterverband aufgefordert, einen anderen Vertreter in den Ausschuß zu stellen. Diesem Ansuchen wurde aber nicht stattgegeben.

Auf dem Kongreß zu Crefeld wurde der Streit beigelegt und die Resolution des Ausschusses des Gesamtverbandes mit zirka 96000 gegen 7000 (der Metallarbeiter und einzelner kleiner Gruppen) angenommen.

Kurze Zeit nachher setzte die weitere Streitfrage über den erhöhten Zolltarif ein. In Nr. 17 des Metallarbeiterorganes vom Jahre 1901 wurden die starken Erhöhungen des neuen Zolltarifs, insbesondere der Fleischwaren, kritisiert und bedingter Weise dagegen Stellung genommen. In der weiteren Entwicklung entspann sich eine fast noch schärfere Preßpolemik als im ersten Streitfalle, der Neutralitätsfrage. Der Ausschuß des Gesamtverbandes nahm betreffs der Preßpolemik gegen Wieber Stellung am 16. November 1901. Insbesondere erblickte er in mehreren Artikeln des „Metallarbeiter" grobe Beleidigungen gegen christliche Gewerkschaftsführer.

Gleichzeitig wurde der Zentralvorstand aufgefordert, innerhalb sechs Wochen zu erklären, ob er mit der Stellungnahme Wiebers einverstanden sei. Der Zentralvorstand erklärte sich mit der Stellungnahme seines Verbandsvorsitzenden einverstanden, auch ließ er die Annahme des Ausschusses nicht gelten, daß christliche Gewerkschaftsführer durch das Verbandsorgan in ihrer Ehre herabgewürdigt oder angegriffen seien. Die Streitfrage wurde auf dem 4. Kongreß in München im Jahre 1902 zum Austrag gebracht. Einigungsbestrebungen, wie sie von unbeteiligter Seite angeregt wurden, scheiterten. Mit 26 gegen 9 Stimmen wurde beschlossen, den christlichen Metallarbeiterverband aus dem Gesamtverband auszuschließen und einen neuen Gegenverband zu gründen. Mit Hülfe der Siegerländer und Neheimer Lokalorganisationen war der Gegenverband ins Leben gerufen mit einer angeblichen Mitgliederzahl von 3000 Mann. Aber trotz der Hülfe, die diesem Verbande von allen Seiten zuteil wurde, zeigte er sich nicht lebensfähig. Der Kampf, der nun unter den Metallarbeiterverbänden gegenseitig entbrannte, hinderte den Siegerländer Verband an der Ausbreitung; er kam nicht viel über das Siegerland hinaus. Die neue Gründung hatte sich keines langen Daseins zu erfreuen. Die im Jahre 1903 in Iserlohn vollzogene Metallarbeiteraussperrung hatte der Gesamtbewegung zirka 36000 M. gekostet, die meist durch Sammlungen aufgebracht wurden. Der Verband hatte während des Kampfes zu viele unorganisierte Arbeiter (zirka 500) aufgenommen, die zu unterstützen seine finanzielle Kraft überstieg. Hierzu kam eine mangelhafte und energielose Leitung; es war daher ausgeschlossen, daß dieser Verband die Führung der Metallarbeiter an sich reißen konnte. Inzwischen war man beiderseits zur Erkenntnis gekommen, daß ein dauernder Kampf nicht nur die Metallarbeiter, sondern die Gesamtbewegung schädigen und daher ein Ausgleich geschaffen werden mußte.

Nach einigen gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband und dem Ausschuß

des Gesamtverbandes wurde am 15. November 1903 der Anschluß des Siegerländer Verbandes an den christlich-sozialen Metallarbeiterverband beschlossen.

Damit hatte eine große Kampfperiode ihr Ende erreicht, welche die christliche Arbeiterbewegung sehr gelähmt und viel Kraft nutzlos verschlungen hatte. Die Wiederholung derartiger Kämpfe, selbst wenn Gegensätze zum Austrag gebracht werden sollten, dürfte für die Zukunft wohl als ausgeschlossen gelten.

Kurz nach dem Anschluß des Siegerländer Verbandes entstanden neue Differenzen im Bergarbeiterverband. Das Siegerland trennte sich wieder ab, auch der größte Teil der Metallarbeiter des Siegerländer Verbandes schloß sich diesem Vorgehen an. Der Hauptgrund des Austritts waren die im christlich-sozialen Metallarbeiterverbande gezahlten höheren Beiträge. Die Führung des Siegerländer Verbandes hatte es nicht verstanden, die Mitgliedschaft zur Opferfreudigkeit zu erziehen, wie es im christlichen Metallarbeiterverband, Sitz Duisburg, der Fall gewesen. Das war auch einer der wichtigsten Gründe seines Unterganges.

Durch den Anschluß des Siegerländer Verbandes war zwar das größte Hindernis beseitigt, aber noch keine endgültige Zentralisation der Metallarbeiter durchgeführt. Abseits standen noch die Lokalvereine der Goldarbeiter in Schwäb.-Gmünd, die Uhrenarbeiter vom Schwarzwald und der Blei-, Zink- und chemische Fabrikarbeiterverband in Stolberg. Der Anschluß dieser Gruppen gelang im Jahre 1904, so daß von diesem Zeitpunkt an die Zentralisation der Metallarbeiter im christlichen Metallarbeiterverband, Sitz Duisburg, endgültig durchgeführt ist.

Der Siegerländer Lokalverband vegetiert noch kümmerlich mit einigen Resten, die aber in der Auflösung begriffen sind.

Die Entwicklung des Verbandes kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Im Innern wurde der Verband weiter ausgebaut, in Bezirke geteilt und eine Anzahl Beamte angestellt. Der wöchentliche Beitrag wurde von 10 Pfg. bis auf 50 Pfg. erhöht und dafür das Unterstützungswesen erweitert. Auf der vierten Generalversammlung am 2., 3., 4.,

5. September 1906 zu Aachen konnte die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit eingeführt und auf 20 Wochen ausgedehnt werden, pro Woche 6 bis 10 M., oder Gesamtunterstützung 120 bis 200 M. pro Jahr. Die Sterbeunterstützung wurde bis auf 100 M., Umzugsunterstützung bis 40 M., Reiseunterstützung bis 70 M. festgesetzt. Die Unterstützungen werden gegenseitig aufgerechnet. Außerdem werden bei Maßregelungen 15 M., bei Streiks bis 18 M. Unterstützung pro Woche gewährt. Die Mitgliederzahlen stiegen vom Jahre 1900 bis 1906 von 930 auf 26272, die Einnahmen von 527 auf 517700 M., der Bestand der Hauptkasse stieg auf 359790 M. Der Verband war insbesondere auch bestrebt, für seine Mitglieder günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, was ihm auch in zahlreichen Fällen gelungen ist. An Lohnbewegungen und Streiks war er allein im Jahre 1905 an mehr als 100 beteiligt, im Jahre 1906 an 137. Dieselben erforderten einen Kostenaufwand im Jahre 1905 von 111966 M., im Jahre 1906 120875 M.

Den bedeutungsvollsten Kampf hatte der Verband im Jahre 1906 im Saarrevier zu bestehen, wo die Hüttenarbeiter bis dahin unter der tiefsten Abhängigkeit und Bevormundung zu leiden hatten. Mit aller Macht sträubten sich die Machthaber der Hüttenwerke gegen die Einführung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Maßregelungen auf Maßregelungen folgten. Die Burbacherhütte, die zirka 4000 Mann beschäftigt, entließ nach und nach gegen 50 Mann, alles Leute, die in der Organisation tätig waren. Als aber 28 Mann auf einmal gekündigt wurde, kam die Empörung explosiv zum Durchbruch; ungefähr 3200 Mann legten die Arbeit nieder und traten in Streik. Der christliche Metallarbeiterverband hatte hierbei gegen drei Fronten zu kämpfen, einerseits gegen den bis dahin allmächtigen Saarabsolutismus, der bisher den Arbeitern vorschreiben konnte, wann sie heiraten, welche Zeitung sie lesen, welchen Vereinen sie angehören, und welche Gastwirtschaften sie besuchen durften; anderseits gegen die Sozialdemokratie, welche die Leitung der Werke aufstachelte,

von einem Dutzend christlich organisierter Arbeiter faselte, wodurch die Leitung in den Glauben versetzt wurde, leicht mit der Bewegung fertig werden zu können und so den Kampf provozierte. Als dritter im Bund durften auch die katholischen Fachabteilungen nicht fehlen. Trotzdem die Arbeiter seitens der Werksleitung geradezu in den Streik getrieben waren, konnte der Sekretär der Fachabteilungen es fertig bringen, bei der hochgehenden gerechten Empörung der Arbeiter noch Vorträge zu halten über die Schädlichkeit des Streiks. Bei dem eigentlichen Scharfmacher und Gegner des Verbandes, Herrn Syndikus Tille-Saarbrücken, fanden diese Vorträge so gewaltigen Anklang, daß er dieselben drucken und massenhaft verbreiten ließ. Auch konnten es die Fachabteiler über sich gewinnen, diesen Streik, der um Menschenrechte geführt wurde, zu benutzen, ihre Anhänger in bevorzugte Stellungen zu bringen und den Streikenden in den Rücken zu fallen. Doch alles war vergebens, der Bann, die seitherigen Sklavenketten wurden gebrochen und den Hüttenarbeitern des Saarreviers war die Freiheit des Koalitionsrechtes erkämpft. Dieses erreicht zu haben, was bis dahin den alten und großen Konkurrenzverbänden nicht möglich war, ist das alleinige Verdienst des christlichen Metallarbeiterverbandes. Mögen die Hüttenarbeiter des Saarreviers und des angrenzenden Lothringergebietes sich dessen würdig und dem Verbande gegenüber dankbar erzeigen.

Die Entwicklung des Verbandes von seiner Gründung bis Ende 1906 in Mitgliederzunahme, Beiträgen, Unterstützungen und Kassenbestand ist in umstehender Tabelle (S. 110) veranschaulicht.

In bezug auf den Ausbau des Unterstützungswesens und die Erhebung der Beiträge hat der Verband den viel älteren, großen sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eingeholt und den zirka 40 Jahre alten Hirsch-Dunckerschen Verband überflügelt.

Alles in allem darf die Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes als eine befriedigende bezeichnet werden, das schließt aber nicht aus, daß es die größten

Jahr	Mitgliederzahl	Beitrag pro Woche ₰	Gesamteinnahme ℳ	Gesamtausgabe ℳ	Kassenbestand der Hauptkasse ℳ	Ausgezahlte Unterstützung für: Streik und Maßregelung ℳ	Reise und Arbeitslose ℳ	Rechtsschutz ℳ	Sterbegeld ℳ	Lohnbewegungen und Streiks
Gegründet 15. Okt. 1899										
31./XII. 1899	930	10	527,20	—	—	—	—	—	—	—
		ab 1. Oktober								
1900	4400	20	15 629,31	13 204,—	2951	2374	—	—	—	10
1901	3800	20	25 356,04	16 305,—	12 002	2719	7,30	—	—	34 (1901–1902)
1902	4790	20	37 089,—	26 791,—	22 300	8892	341,90	131	—	
		ab 1. Juli								
1903	6536	30	67 660,11	47 310,—	42 650	14 120	514,55	151	250	50 (1903–1904)
1904	9317	30	109 135,07	70 256,—	81 528	24 548	1825,43	270	235	
1905	17563	30	265 416 87	214 504,—	132 441	111 966	6537,—	945	750	103
1906	26272	50	517 700,—	290 143,—	359 998	120 875	8961,—	2429	1060	137

Kraftanstrengungen erfordert, um den Platz gegenüber der großen sozialdemokratischen Gegenorganisation mit Erfolg zu behaupten und der christlichen Arbeiterschaft Anerkennung zu verschaffen.

Bayerischer Eisenbahnerverband.

Vor dem Jahre 1896 kannte man in Bayern keine Eisenbahnerorganisation, welche die Verfolgung von Standesinteressen sich zur Aufgabe stellte. Wohl hatte der Bayerische Verkehrsbeamtenverein einmal den Versuch hierzu gemacht, wurde aber dann deswegen aufgelöst.

Das Eisenbahnpersonal war „daran gewöhnt", seine Berufspflichten streng und gewissenhaft zu erfüllen, die Vertretung und Wahrnehmung seiner Rechte — soweit von solchen überhaupt gesprochen werden konnte — insbesondere aber die Sorge um sein materielles Wohl und die Regelung der dienstlichen Verhältnisse der Verwaltung anheimzugeben. Die vorhandenen Vereinigungen trugen meist nur einen gesellschaftlichen Charakter oder dienten Unterstützungszwecken. Im allgemeinen hatten sie aber nur eine lokale Bedeutung; sie waren der Ausfluß eines verderblich wirkenden Kastengeistes und Spartenkampfes.

Berufsgenossen, die unter gleichen Verhältnissen lebten, die die gleichen Lebensschicksale, Mühen, Lasten und Beschwerden zu tragen hatten, bekämpften sich sehr häufig ganz grundlos in der bittersten und gehässigsten Weise. Die Betätigung des Gemeingeistes fehlte ihnen vollständig. Es gab keine Gelegenheit, die tausendfachen Klagen an die Oeffentlichkeit zu bringen oder das Augenmerk der Verwaltung auf dieselben zu lenken. Nirgends fand der einfache Arbeiter und Bedienstete Schutz und Hilfe. Da setzte endlich der Bayerische Eisenbahnerverband ein. Er sammelte das Personal, er pflanzte ihm **Standesbewußtsein** ein, er verband es zu einem

nicht zu unterschätzenden Faktor, auf den, wenn auch mit Widerwillen, so doch immerhin eine gewisse Rücksicht genommen werden mußte.

Der Bayerische Eisenbahnerverband wurde zu Weihnachten 1896 in Regensburg gegründet. Sofort nach der Gründung entfalteten die Eisenbahner an allen Orten Bayerns eine rege Agitation. Viele Freunde der Eisenbahner standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Gründer des Verbandes war der vormalige Eisenbahnwerkstättenarbeiter Moritz Schmid, der bis 1902 auch Sekretär des Verbandes und Redakteur des Verbandsorgans „Der Eisenbahner" war. Seit 1902 bekleidet diese Stellung Franz Dauer, der ebenfalls aus dem Eisenbahnarbeiterverhältnis hervorgegangen ist.

Obwohl der Verband von seiner Gründung ab in politischen Dingen strikte Neutralität bewahrte, sah er sich doch fortgesetzt von der liberalen und bauernbündlerischen Presse in der schärfsten Weise angefeindet und befehdet. Die liberale Presse hat es dahin gebracht, daß die Statuten des Verbandes von der Generaldirektion beanstandet wurden, indem sie Dinge in das Statut hineingelesen hat, von denen vernünftige Leute nichts entdecken konnten. Die in München erscheinende liberale „Allgemeine Zeitung" bezeichnete den Verband als „staatsgefährlich," als „gemeingefährlich".

Die bauernbündlerische „Neue Bayerische Landeszeitung" nannte den Verband „eine Vorschule anarchistischer Tendenzen".

Von der sozialdemokratischen Presse wurde der Verband nach allen Regeln der Kunst bekämpft. Durch die Gründung des Bayer. Eisenbahnerverbandes wurde es verhindert, daß der Deutsche Eisenbahnerverband (sozialdem.) in Bayern Fuß fassen konnte. Den Sozialdemokraten blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als eine Sonderorganisation zu gründen, die angeblich politisch „neutral" sein sollte. Dr. Georg Biedenkapp ließ sich über den sozialdemokratischen Eisenbahnerverband in der national-sozialen „Hilfe" folgendermaßen aus:

„Gar nicht an Zahl damit vergleichbar (mit dem Bayerischen Eisenbahnerverband) ist der „Verband der bayerischen und württembergischen Eisenbahnwerkstättenarbeiter“. Er hat sich im Gegensatz zu dem Bayerischen Eisenbahnerverband gebildet.“

Die Geschichte erzählt uns also, daß es nicht die bösen Christlichen, sondern die Sozialdemokraten waren, die einen Keil in die Eisenbahnerbewegung hineingetrieben haben. Während die sogenannten „staatserhaltenden“ Organe vom Schlage der „A. A.-Ztg.“ den Verband als eine revolutionäre Gründung hinstellten, suchten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblätter ihren Aerger über die Entstehung und Ausbreitung desselben dadurch zu verbergen, daß sie ihn als eine Scheingewerkschaft bezeichneten, die von der Eisenbahnverwaltung außerordentlich gern gesehen werde. Wie der Verband selbst, so wurden von jeher auch alle seine Einrichtungen und Unternehmungen bekämpft, verkleinert und diskreditiert. Auch die Verwaltung, namentlich aber ihre untergeordneten Organe, legten dem Verbande anfangs manche Hindernisse in den Weg.

Der Bayerische Eisenbahnerverband umfaßt alle Personalgruppen des unteren Eisenbahndienstes, die angestellten Unterbeamten und Bediensteten wie die Arbeiter. Als Hauptaufgaben des Verbandes sind zu bezeichnen:

1. Erzielung möglichst günstiger Einkommens- und Arbeitsverhältnisse;
2. Hebung des Standesbewußtseins;
3. Pflege der geistigen Ausbildung und des geselligen Verkehrs der Mitglieder;
4. Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen.

Sein Ziel sucht der Verband nicht im Kampfe mit der Verwaltung, sondern in möglichst gutem Einvernehmen mit den vorgesetzten Behörden und in immerwährender Wahrung der notwendigen Disziplin, sowie in der durch das Unterordnungsverhältnis gebotenen Form zu lösen.

Diesen Grundsätzen ist es zu verdanken, daß den Eisenbahnern im Laufe der Zeit eine große Reihe von Wünschen und Forderungen in Erfüllung gegangen ist. Wie jede große Bewegung, so mußte auch der Bayerische Eisenbahnerverband sogenannte gewerkschaftliche Kinderkrankheiten durchmachen. Diese haben ihn wohl nicht das Leben gekostet, aber stark geschadet. Im Herbst 1902 ist es zwischen dem Gründer des Verbandes, Herrn Moritz Schmid, und der Verbandsvorstandschaft zu Differenzen gekommen, die dazu führten, daß Herr Schmid von seiner Stelle als Sekretär zurückgetreten ist.

Der Verband hatte unter den damaligen Ereignissen viel zu leiden. Die Mitgliederzahl ist in kurzer Zeit von 19000 auf 13000 zurückgegangen. Es bedurfte jahrelanger Arbeit, um das wieder aufzurichten, was damals in unüberlegter Weise niedergerissen worden ist. Dazu kam noch, daß der Verband infolge seiner geringen Beiträge und verhältnismäßig großen Ausgaben ständig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Heute steht er da, fest gefügt nach innen und einflußreich nach außen. Ende Juli 1907 zählte der Verband rund 25000 Mitglieder. An allen größeren Stationen sind Obmannschaften (94) gebildet, die wiederum in (900) Vertrauensmannschaften zerfallen und für jeden Direktionsbezirk in einer Bezirksobmannschaft zusammengefaßt sind.

Der Sitz des Verbandes ist in München. Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen einer aus 10 Mitgliedern bestehenden Vorstandschaft, einschließlich der drei freigestellten Sekretäre. Zur Erledigung der Kassen- und Bureaugeschäfte sind noch weitere 5 Hilfskräfte angestellt.

Der Verbandsbeitrag beträgt monatlich 30 Pfg. Er ist deshalb niedriger als der der übrigen Verbände, weil bei der Wirksamkeit des Verbandes der Streik ausgeschaltet ist und zur Pflege des Unterstützungswesens besondere Einrichtungen geschaffen wurden. Dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften ist der Bayerische Eisenbahnerverband 1905 beigetreten. Mit dem Württembergischen und

Badischen Eisenbahnerverband bildet er die in Stuttgart domizilierende Vereinigung der nationalgesinnten Eisenbahner Süddeutschlands, die zusammen am 1. September 1907 rund 46000 Mitglieder zählte und den Zweck verfolgt, solche geistige und materielle Interessen zu fördern und zu pflegen, die allen ihr angehörenden Verbänden und Vereinen gemeinsam sind.

Das Hauptaktionsmittel des Verbandes ist sein Publikationsorgan: Der „Eisenbahner". Dasselbe, gegründet am 1. Oktober 1898, ist Eigentum des Verbandes und seiner Unterstützungskasse und erscheint wöchentlich einmal im Umfang von 10—12 Seiten in einer gegenwärtigen Auflage von 26000 Exemplaren. Der „Eisenbahner" erörtert fortgesetzt die Dienst- und Bezugsverhältnisse des im Verbande organisierten Personals in ebenso gemessener als freimütiger und nachdrücklicher Weise. Er hat sich durch seine umfassende und gründliche Beherrschung des Stoffes, seine zielbewußte Haltung nicht nur das unbeschränkte Vertrauen der Mitglieder, sondern auch Ansehen und Beachtung namentlich bei der Kgl. Staatsregierung sowie den Gegnern des Verbandes errungen.

Kurz nach seiner Begründung veranstaltete der Verband vor allem eine umfassende und eingehende Umfrage über die Lage des unteren bayerischen Eisenbahnpersonals, deren Ergebnisse in einer größeren Denkschrift an die Regierung und den bayerischen Landtag niedergelegt wurden. Außerdem arbeitete die Verbandsleitung im Jahre 1900 einen Arbeitsplan aus, der die zunächst zu erstrebenden Verbesserungen (Erhöhung des Einkommens aller Personalgruppen, Verbesserung der Pensionsbezüge und der Hinterbliebenenversorgung, Erweiterung der Anstellungsmöglichkeit und größere Sicherheit in der Beschäftigung des Arbeiterpersonals, Regelung der Dienst- und Ruhezeit des Gesamtpersonals, Ausdehnung der Freifahrtsbefugnis und des Urlaubes, Gewährleistung der Koalitionsfreiheit unter Ausschluß des Streikrechtes, sowie eine Reihe Sondervorschläge) enthielt. Das Programm wurde selbstredend mit der fortschreitenden

gänzlichen oder teilweisen Erfüllung der einzelnen Wünsche sowie mit dem Auftreten neuer Bedürfnisse und Forderungen zu Beginn jeder Landtagssession abgeändert, ergänzt und erweitert und jeweils mit der entsprechenden Begründung in Form von Denkschriften der Königl. Staatsregierung und dem Landtage zur Würdigung unterbreitet.

Der Bayerische Eisenbahnerverband ist in dem Maße, wie er die Hilfe der Verwaltung als der zunächst verpflichteten Arbeitgeberin anruft, auch bestrebt, seine Mitglieder zur Selbsthilfe zu erziehen und diese im weitesten Umfange zu fördern.

Zur Unterstützung der Verbandsmitglieder bei Krankheit, Invalidisierung oder Pensionierung und der Hinterbliebenen der Mitglieder für den Todesfall hat der Verband eine besondere Einrichtung geschaffen, die Unterstützungskasse des Bayerischen Eisenbahnerverbandes. Sie wurde gegründet am 19. April 1897 und bildet einen selbständigen mit dem Verbande jedoch vertraglich engverbundenen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 15 ff. des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen. Sitz des auf streng versicherungstechnischen Grundlagen aufgebauten Vereins ist München.

Er gliedert sich in zwei Abteilungen, A und B, von denen Abteilung A den Zweck verfolgt:

den männlichen Mitgliedern: a) für den Todesfall, b) für Invalidenfall, c) für Erkrankungsfälle,

B. den weiblichen Mitgliedern für den Todesfall Unterstützungen zu gewähren.

Im Todesfall eines männlichen Mitgliedes leistet die Kasse eine einmalige Unterstützung von Mark 400 in der I. Klasse, von Mark 800 in der II. Klasse und von Mark 1200 in der III. Klasse, im Todesfalle eines weiblichen Mitgliedes Mark 300.

Im Invalidenfalle zahlt die Kasse an männliche Mitglieder eine einmalige Abfindung von Mark 300 in der I. Klasse, von Mark 600 in der II. Klasse und von Mark 900 in der III. Klasse.

Im Erkrankungsfalle leistet die Kasse auf Wunsch an die männlichen Mitglieder auf Rechnung der seinerzeitigen Invaliden- und Sterbefallunterstützung auf die Dauer von 100 Tagen vom 92. Krankheitstage an eine tägliche Unterstützung von Mark 1,—.

Mit der Unterstützungskasse — als Abteilung B — ist eine Krankengeldzuschußkasse verbunden, die nach halbjähriger Zugehörigkeit zu dieser Sondereinrichtung im Erkrankungsfalle vom Erkrankungstage ab einen Krankengeldzuschuß von Mark 1,— in der I., M. 1,50 in der II. und M. 2,— in der III. Klasse für den Tag auf die Dauer von 13 Wochen und auf weitere 13 Wochen die Hälfte pro Tag gewährt.

Die Beiträge zur Unterstützungskasse berechnen sich nach Klassen und Altersabstufnngen; sie sind nach den Erfahrungen der Alters- und Sterblichkeitsstatistik der deutschen Lebensversicherungs- und Rentenanstalten aufgestellt.

Die Unterstützungskasse hatte bis 31. Dezember 1906 an 2230 Personen die Summe von Mark 50 391,— ausbezahlt. Ihr Barvermögen betrug am 31. August 1907 Mark 425 842,51.

Zur Unterstützung der Verbandsmitglieder oder ihrer Hinterbliebenen bei besonderen Notlagen dient der freiwillige Unterstützungsfonds, dessen Einnahmen aus freiwilligen Gaben aller Art stammen. Neben der Ansammlung eines Vermögensstockes obliegt dem Fonds, namentlich bei Unglücksfällen und Krankheit in den Familien die Pflicht, durch schenkungsweise Zuwendungen behufs Beschaffung von zweckmäßigen und kräftigenden Nahrungs- und Genußmitteln, von Kleidungsgegenständen 2c. helfend einzugreifen. An derartigen Unterstützungen wurden im Jahre 1906 rund Mark 1500 verabfolgt.

Im Februar 1901 hat der Verband eine Spar- und Darlehnskasse gegründet. Zweck derselben ist die Anregung der Mitglieder zum Sparen und die möglichst günstige Verwaltung der Geschäftsguthaben, vornehmlich aber die Gewährung von mäßig verzinslichen, in Teilbeträgen rückzahl-

baren Darlehen an die Kassenteilnehmer. Zufolge Bilanz vom 31. Dezember 1906 sind bisher an Darlehen ausbezahlt worden Mark 16642,69. Die Geschäftsanteile der Mitglieder betrugen Mark 5513, die Spareinlagen Mark 3869,57, der Reservefonds Mark 1262,64.

Eine nicht minder umfassende Tätigkeit wie auf dem vorgeschilderten Gebiete entfaltete der Eisenbahnerverband in der Wohnungsfrage, in der er übrigens in Bayern ebenfalls bahnbrechend vorangegangen ist. Er veranstaltete bereits im Frühjahr 1898 eine umfangreiche Umfrage über die Wohnungsverhältnisse seiner Mitglieder und legte die Resultate im Jahre 1898 in einer Denkschrift an den Bayerischen Landtag der Oeffentlichkeit vor. Inzwischen hatte er bereits schon praktisch vorgearbeitet, indem im Sommer 1898 in München-Laim und München-Ost, Simbach, Rosenheim, Augsburg, Kempten, Neu-Ulm, Lindau, Regensburg, Nürnberg und Bamberg Baugenossenschaften gegründet wurden zur Beschaffung billiger, gesunder und den neuzeitlichen Anforderungen entsprechender Bediensteten- und Arbeiterwohnungen. Gleichzeitig wurde von der Verbandsleitung in Verbindung mit den inzwischen zu einer besonderen Vereinigung zusammengeschlossenen Verbandsbaugenossenschaften an die Königl. Staatsregierung und den Landtag die Bitte um finanzielle Unterstützung der Genossenschaftsunternehmungen nach dem Vorgehen anderer deutscher Staaten gerichtet. Diese Eingabe hatte — dank der Tätigkeit des bekannten Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. E. Jäger — den ebenso überraschenden als bemerkenswerten Erfolg, daß aus dem diesbezüglichen Gesetze vom 31. Mai 1900 für Darlehen an Baugenossenschaften 4000000 Mark und durch weitere Gesetze vom 21. Dezember 1901 und 10. August 1904 noch 3328000 Mark, sohin insgesamt 7328000 Mark zur Verfügung gestellt und aufgewendet wurden. Hiervon trafen auf die obenerwähnten, zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen von dem Verbande äußerlich losgelösten, durch die Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder jedoch mit der Organisation immer noch in Beziehung stehenden

Bauvereine: 4 759 000 Mark. Die bezahlten Anteile der beteiligten Genossenschaftsmitglieder betragen 110500 Mark. Die Zahl der Genossenschaftswohnungen beläuft sich auf 1141; die Gesamtanlagekosten der 145 Häuser auf 5 902 000 Mark.

Auch die Tätigkeit hinsichtlich gemeinsamen Bezugs von Massenbedarfsartikeln ist bisher sehr erfreulich und für die Mitglieder äußerst ersprießlich gewesen. In der Regel schließen sich die Mitglieder einer Obmannschaft zu sogenannten Kohlenkassen oder Rabattgenossenschaften zusammen, die gemeinsame Beschaffung von Kohlen, Holz, ferner auch von Kartoffeln und Obst im großen betätigten.

Eine ganz besonders stark benützte Einrichtung des Verbandes ist die mit der Redaktion des „Eisenbahners" verbundene Auskunftsstelle für dienstliche Angelegenheiten und die ebenda errichtete Rechtsschutzstelle.

Der Rechtsschutz hat den Zweck, den Verbandsmitgliedern in allen auf den Eisenbahnbetrieb bezüglichen Strafsachen, sowie in denjenigen Zivilprozessen, welche aus dem Eisenbahndienst heraus entstehen, den nötigen Rechtsschutz angedeihen zu lassen.

Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter.

Der Verband wurde am 8. September 1900 unter dem Namen Christlich-sozialer Verband der nichtgewerblichen Arbeiter und verschiedener Berufe Deutschlands gegründet. Vordem bestanden bereits Lokalorganisationen für die nichtgewerblichen Arbeiter, welche den sog. Vereinen Arbeiterschutz in München, Ingolstadt, Freising, Schleißheim und Regensburg angehörten. Wie bei allen christlichen Bruderverbänden, so waren auch bei dieser Gründung die damaligen Kollegen der Ansicht, mit den niederen Beiträgen die Verpflichtungen einer gewerkschaftlichen Organisation übernehmen zu können. Die Verwaltung und Agitation wurde, soweit dies eben möglich

war, von opferfreudigen Kollegen in den ersten Jahren im Nebenamte geführt und erst das 3. Verbandsjahr ermöglichte die Freistellung eines Beamten in der Person des Mitbegründers und damaligen Vorsitzenden Hans Braun. Durch erhöhte Ausgaben waren die Führer des Verbandes bald zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit den niederen Beiträgen es unmöglich ist, auch einen Fonds für gewerkschaftliche Kämpfe anzusammeln, weshalb die Beiträge wiederholt erhöht werden mußten. So wurde der Beitrag von 10 auf 15 Pfg. pro Woche im Jahre 1903 der von 15 auf 20 Pfg. im Jahre 1904 erhöht. Diese Beitragserhöhungen hatten teilweise Stagnation des Verbandes zur Folge. Im Jahre 1904 wurde das Verbandsorgan „Der Hilfsarbeiter" als obligatorisches Organ zunächst mit 14 tägigem Erscheinen eingeführt. Vorher hatte den Mitgliedern das damalige gemeinsame Organ „Der christliche Gewerkschafter" und später das „Christliche Gewerkschaftsblatt" zur Verfügung gestanden. Mit der Entwickelung des Verbandes steigerten sich auch die gewerkschaftlichen Kämpfe und mußten besonders in den Jahren 1904, 1905 und 1906 die damaligen Streiks unter großen Opfern und finanziellen Schwierigkeiten durchgeführt werden. Auch eine Anzahl Arbeiter, für welche eigene Berufsverbände innerhalb der christlichen Gewerkschaften noch nicht bestanden, schlossen sich dem Verbande an. So sind es in Bayern ca. 1800 Steinarbeiter, 800 Militärarbeiter und 2000 Forstarbeiter, ebenso ca. 800 Brauereiarbeiter. Der Verband hat innerhalb der letzten 3 Jahre für seine Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiete namhafte Erfolge zu verzeichnen. Für die Militärarbeiter wurden im Jahre 1906 auf Grund einer vom Verband ausgearbeiteten Denkschrift durch die Vertretung im bayerischen Landtage eine staatliche Krankenkasse sowie die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Festsetzung von Lohnklassen erreicht. Für die in den Staatsforsten beschäftigten Arbeiter wurden durch die Vertretung des Verbandes in einer Anzahl von Forstämtern die Akkord- und Tagelöhne erhöht. In der Privatindustrie hat der Verband in allen Teilen Deutschlands an namhaften Kämpfen

teilgenommen. Es wurden bis jetzt mehr als 80 Tarifverträge allein und über 100 mit anderen Verbänden gemeinsam abgeschlossen. Auf dem Verbandstage zu Mainz im Jahre 1906 wurde eine durchgreifende Reform durchgeführt, indem an Stelle des seitherigen verhältnismäßig niedrigen Einheitsbeitrages ein Wechselbeitrag eingeführt wurde. Die Pflichtbeiträge für Staatsarbeiter, Forstarbeiter und Privatarbeiter mit einem Verdienst bis zu 12 Mk. pro Woche betragen 20 Pfg., für Industriearbeiter mit einem Verdienst von 12 bis 18 Mk. 30 Pfg. und über 18 Mk. 40 Pfg. pro Woche. Mitglieder, welche sich gegen Arbeitslosigkeit versichern wollen, haben 50 Pfg. Beitrag zu leisten. Bei Bezahlung des 40 Pfg.-Beitrages wird eine regelmäßige Krankenunterstützung für die Dauer von 6 Wochen gewährt. Die Höhe der Streik-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung richtet sich nach den Beitragsklassen.

Eine im Jahre 1902 gegründete Verbandszuschußkasse konnte sich infolge der durch die Krankengesetznovelle auferlegten Verpflichtungen an die Mitglieder, insbesondere die Bezahlung der Krankenunterstützung auf die Dauer von 26 Wochen nicht halten. Durch die Reform auf dem Verbandstag zu Mainz ist die Leistungsfähigkeit des Verbandes, die neben der Entwickelung desselben aus den folgenden Tabellen hervorgeht, bedeutend gesteigert worden.

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insgesamt	Mitgliederzahl am Jahresschluß davon weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahres-Einnahme	Jahres-Ausgabe	Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen ℳ	Zahl der Beamten
1900	11	651	[illegible]9	10	729,31	380,12	462,36	—
1901	22	1648	241	10	5140,19	4112,34	1649,55	—
1902	36	2828	342	10	8742,38	6582,75	2426,56	1
1903	71	3128	384	15	16865,66	14803,44	3162,40	2
1904	129	5332	461	15	34845,94	29456,55	10416,80	5
1905	206	9447	683	20	81474,54	78967,47	16822,42	12
1906	300	13430	860	20, 30, 40 u. 50	174726,—	147769,—	56891,—	15

Die Ausgaben betrugen u. a. an:

Jahr	Verbands-organ ℳ	Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung ℳ	Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Sonstige Unterstützungen ℳ	Rechtsschutz ℳ
1900	—	55,—	—	—	—	18,—	—
1901	1491,20	174 66	6,—	—	31	118,—	—
1902	2494,20	482,60	114,—	84,—	110	674,30	55
1903	2696,19	1072,32	204,20	184,—	375	524,30	—
1904	3877,90	1749,32	246,—	878.65	540	628,10	165
1905	7286,80	13903,82	1212,40	1725,40	820	986,40	485
1906	13185,—	38909,—	2814,20	3180,45	1357	1205,40	785

Im ersten Halbjahr 1907 sind die finanziellen Verpflichtungen des Verbandes bedeutend gestiegen; auch die Mitgliederzahl hat wieder eine bedeutende Steigerung erfahren.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

Der Verband wurde am 1. Juli 1899 in München unter dem Titel „Christlicher Holzarbeiterverband in Deutschland" gegründet. Den Anstoß zur Gründung gab die zur damaligen Zeit in München bestehende „Schreinersektion", eine lokale Vereinigung von christlichen Schreinergesellen, die wiederum mit gleichartigen Sektionen anderer Berufe in dem Verein „Arbeiterschutz" miteinander verbunden war. Erkennend, daß nur eine Zentralorganisation die gewerkschaftlichen Aufgaben lösen kann, beschloß die Schreinersektion, aus dem lokalen Rahmen herauszutreten und den Versuch zur Gründung eines sich über ganz Deutschland zu erstreckenden Zentralverbandes zu unternehmen. Eine günstige Gelegenheit dazu bot der erste christliche Gewerkschaftskongreß, der am Pfingstfeste 1899 in Mainz stattfand. Den dort vertretenen Holzarbeitern, es waren ihrer elf, legten die Kollegen aus München einen von der Schreinersektion ausgearbeiteten Statutenentwurf zur Beratung vor. Die Be-

ratung fand im Gesellenhaus statt mit dem Endresultat, daß der Entwurf mit einigen Aenderungen zur Annahme gelangte. Ferner wurde beschlossen, der Schreinersektion die weiteren Vorarbeiten zur Gründung des Verbandes zu übertragen. Am 1. Juli 1899 trat dann der Verband, mit dem Sitz in München ins Leben.

Um dem Verband über die ersten finanziellen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, überwies ihm die Zahlstelle München aus dem Vermögen der früheren Schreinersektion die Summe von 150 Mark. Als weitere Einnahme war im ersten Quartal aus sieben Zahlstellen: München, Düsseldorf, Cöln, Würzburg, Freiburg B., Mainz und Bamberg an Wochenbeiträgen die „große“ Summe von 226,74 Mk. zu verzeichnen. Betrug doch der damals an die Hauptkasse abzuführende Beitrag ganze 6 Pfg. pro Woche und Mitglied von 10 Pfg., die insgesamt erhoben wurden. Später erfolgten viermal Beitragserhöhungen und zwar am 1. Juli 1900 auf 15 Pfg., am 1. Juli 1902 auf 20 Pfg., am 1. Juli 1904 auf 30 Pfg. und am 1. August 1906 auf 50 Pfg. für männliche und 25 Pfg. für weibliche Mitglieder. Aus beifolgender Tabelle ist die in stetigem Fortschreiten erfolgte finanzielle Kräftigung sowie die Mitgliederbewegung des Verbandes zu ersehen.

Jahr	Einnahmen an wöchentlichen regelmäßigen Beiträgen		Verbandsvermögen am Schlusse d. Jahres		Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres	Zahlstellen am Schlusse d. Jahres	Beamten am Schlusse d. Jahres
	ℳ	₰	ℳ	₰			
1899	623	16	—	—	750	11	—
1900	6 317	12	2 569	27	2 560	50	1
1901	15 944	42	7 449	54	2 920	76	2
1902	27 068	22	12 690	87	3 403	93	2
1903	35 148	45	21 727	79	4 313	104	3
1904	64 967	93	48 254	47	6 834	171	6
1905	128 568	45	72 169	39	9 086	227	8
1906	201 165	75	129 541	24	10 435	256	10

Nicht geringe finanzielle Sorgen verursachte nach der Gründung des Verbandes die Herausgabe des Organs. Am 14. Oktober 1899 erschien die erste Probenummer unter dem Titel „Der Deutsche Holzarbeiter“, der bis zum Januar 1900 zwei weitere Nummern folgten. Mit Hülfe eines Extrabeitrages von einer Mark pro Mitglied war es vom Januar 1900 ab möglich, das Organ 14tägig erscheinen zu lassen. Am 1. Juli desselben Jahres erfolgte sodann die wöchentliche Herausgabe.

Hand in Hand mit der allmählichen finanziellen Kräftigung des Verbandes ging der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. Anfangs gewährte der Verband in bescheidenen Grenzen nur Unterstützungen bei Streiks, Maßregelungen und Umzügen. Am 1. Juli 1901 kam die Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie die Gewährung von Rechtschutz und Sterbegeld hinzu. Nach dem neuesten, von dem Verbandstag in Essen im Jahre 1906 beschlossenen Statut sind nunmehr folgende Unterstützungen festgesetzt:

1. Krankenunterstützung bis 84 Mk. Höchstbetrag im Jahre.
2. Arbeitslosenunterstützung „ 84 „ „ „ „
3. Reiseunterstützung „ 84 „ „ „ „
4. Umzugsunterstützung „ 40 „ „
5. Streikunterstützung „ 18 „ „ die Woche.
6. Sterbegeld „ 75 „ „ für beide Ehehälften.
7. Maßregelungsunterstützung bis zum vollen früher verdienten Lohne.
8. Rechtschutz.
9. Unentgeltliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamte in Berlin.
10. Unentgeltliche wöchentliche Zustellung der Verbandszeitung „Der Deutsche Holzarbeiter“.
11. Freien Eintritt bis zum 45. Lebensjahre in die Verbands-Krankengeld-Zuschußkasse, die in der III. Klasse 26 Wochen lang eine Unterstützung von 1,60 Mk. pro Tag gewährt.

Die Gesamtsummen, welche der Verband aus seiner Hauptkasse (nicht eingerechnet sind die nicht unbeträchtlichen Summen aus den Lokalkassen) für Unterstützungs- und Bildungszwecke bis zum Schlusse des Jahres 1906 verausgabte, sind in der folgenden Tabelle verzeichnet.

Jahr	Unterstützungen							
	Arbeitslosen- und Reisenunterstützung		Streik- und Gemaßregeltenunterstützung		Für sonstige Unterstützungs- u. Bildungszwecke.		Insgesamt	
	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰
1899	—	—	186	—	120	—	306	—
1900	—	—	3396	35	2305	40	5701	75
1901	296	40	1779	90	4733	10	6809	40
1902	862	20	7042	05	6043	06	13947	31
1903	843	79	12325	19	6684	90	19853	88
1904	1063	70	17768	42	9722	77	28554	89
1905	2736	79	64450	94	14499	48	81687	21
1906	6923	67	61910	53	20209	30	89043	50
Zus.	12726	55	168859	38	64318	01	245903	94

Die größte für Unterstützungszwecke verausgabte Summe entfällt mithin auf das Konto der Streik- und Gemaßregeltenunterstützung. Ueber die Zahl der Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten und der dabei beteiligten Verbandsmitglieder sind genauere Aufzeichnungen erst seit dem Jahre 1902 vorhanden. Ihre Zusammenstellung ergibt folgendes Bild:

Jahr	Bewegungen		Streiks und Aussperrungen		An Tarifverträgen beteiligt
	Anzahl	Beteiligte Mitglieder	Anzahl	Beteiligte Mitglieder	
1902	15	817	8	209	3
1903	22	1373	14	414	3
1904	57	2750	26	830	18
1905	109	2820	52	1296	38
1906	140	4682	84	1727	92

Die im Jahre 1906 geführten Kämpfe und Bewegungen brachten für 4117 Mitglieder eine jährliche Lohnerhöhung von 434746 Mk. und für 2834 Mitglieder eine Verkürzung der Arbeitszeit von 478880 Stunden pro Jahr.

Endlich sei noch tabellarisch veranschaulicht, wie sich der Verband seit dem Schlusse des I. Quartals 1900 und dem des I. Quartals 1907 entwickelt hat.

	Es betrug				
im	die Einnahme an Wochenbeiträgen ℳ	d. Gesamtausgabe ℳ	d. Gesamtvermögen ℳ	die Zahl der Mitglieder	die Zahl der Zahlstellen
I. Quart. 1900	643	1359	135	1300	21
I. Quart. 1907	66188	48308	156598	11108	256

Ende Juli 1907 unterhielt der Verband in folgenden Orten eigene Sekretariate, die durch freigestellte Kräfte verwaltet werden: München, Stuttgart, Straßburg, Frankfurt-Main, Cöln, Düsseldorf, Essen, Bochum, Hannover, Berlin und Bromberg.

In der letzten Zeit hat der Verband mit einer Reihe ausländischer Bruderverbände engere Beziehungen angeknüpft. Ein festes Vertragsverhältnis besteht mit dem christlichen Holzarbeiterverbande der Schweiz und mit dem in Oesterreich.

Zentralverband christlicher Keramarbeiter.

Die Zeit der Gründung dieses Verbandes ist zurückzuführen auf den christlichen Gewerkschaftskongreß in München Juli 1902, wo die ersten Anregungen durch den derzeitigen Vorsitzenden A. Lechner gegeben und vom Kongreß bezw.

dem Gesamtverband begutachtet wurden. Bis dahin hatten sich mehrere kleine Berufsgruppen gebildet, welche später den Grundstock des Verbandes darstellten. Die älteste dieser Gruppen ist die der Münchener Hafner (Töpfer), errichtet durch den Verein Arbeiterschutz im März 1897. Dieser folgte ein Jahr später der Oberpfälzer Glasarbeiterverband, gegründet durch Herrn Benefiziat Lederer-Erbendorf mit einer Zweigstelle in Fürth. Im Jahre 1901 entstand in Stolberg (Rhld.) ein Verband der Glasarbeiter, welcher in Osternburg eine Zahlstelle hatte. Die Beitragsleistung war bei allen Organisationen minimal und schwankte zwischen 10 Pfg. pro Monat und 10 Pfg. pro Woche. Die einzelnen Bezirks- bezw. Lokalvereine trugen zum Teil den Charakter von Unterstützungsvereinen, obwohl nach den Satzungen der Zweck ein gewerkschaftlicher war. Im Oktober 1902 wurde in Frankfurt eine Delegiertenversammlung obengenannter Vereinigungen abgehalten, welche der Gründung eines Keramarbeiterverbandes zustimmte. Der wöchentliche Beitrag wurde unter Berücksichtigung der schlechten Erwerbsverhältnisse der Mitglieder auf 15 Pfg. festgesetzt. Als Verbandsorgan wurde das vom Gesamtverband herausgegebene „Gewerkschaftsblatt" bestimmt. Der Vorsitzende hatte seinen Posten im Nebenamt zu verwalten. Bei Inkrafttreten des Verbandes am 1. Januar 1903 bestanden 5 Ortsgruppen mit ca. 400 Mitgliedern. Die erste Generalversammlung fand im Okt. 1904 ebenfalls in Frankfurt statt. Dieselbe war besucht von 17 Delegierten, welche 18 Zahlstellen mit 1046 Mitgliedern zu vertreten hatten. Die Beiträge wurden in drei Klassen, 15, 20 und 25 Pfg. festgesetzt, und beschlossen, ein eigenes Verbandsorgan mit dem Titel: „Der Keramarbeiter" herauszugeben. Der Vorsitzende wurde freigestellt und die Einführung einer Krankengeldzuschußkasse angeregt.

Der Sitz des Verbandes wurde ab 1. Januar 1905 nach Köln verlegt.

Die Einführung der Krankengeldzuschußkasse erfolgte im März 1905 nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten und langwierigen Unterhandlungen mit den Behörden. Ver-

waltungshauptstelle ist München und Vorsitzender Jos. Lechner daselbst.

Mit Beginn des Jahres 1906 erfolgte der Anschluß eines Teiles des Gewerkvereins Lippescher Ziegler und im August desselben Jahres die Verschmelzung des Wittener Tafelglasmacherverbandes. Die zweite Verbandsgeneralversammlung wurde im Juni 1906 verbunden mit der Generalversammlung der Krankenkasse in Köln abgehalten. In derselben wurden die Beiträge auf 20, 30 und 40 Pfg. festgesetzt, und ein vollständig neues Statut mit verbesserten Unterstützungseinrichtungen geschaffen. An Unterstützungen wurden geleistet:

a) Streikunterstützung von 6—14 Mark pro Woche nebst Zuschuß für jedes Kind von 50 Pfg. bis 1 Mark,

b) Maßregelungsunterstützung von 12—18 Mark,

c) Reiseunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft von 60 Pfg. bis 1 Mark pro Tag,

d) Umzugsunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft von 10—40 Mark,

e) Wöchnerinnenunterstützung bei halbjähriger Mitgliedschaft 5 Mark für den Fall,

f) in Krankheitsfällen durch die Krankenkasse pro Woche Mark 3,60 bis Mark 9,60,

g) in Sterbefällen nach einjähriger Mitgliedschaft von 10—100 Mark.

Die Höhe der Unterstützung ist nach Beitragsklassen geordnet.

In nachstehender Statistik ist kurz die Entwicklung des Verbandes in Mitgliederzahl, Kassenverhältnissen und Leistungen dargestellt:

Jahr:	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand	Beitrag	Streikunterstützung	Sonstige Unterstützungen	Krankenkasse Krankenunterstützungen
1902	5	400	Gründungszeit 31. Oktober			15	—	—	—
1903	12	600	5 758 33	3 082,47.	1 673,59	15	324,—	184,—	—
1904	34	1551	6 093,77	5 559,67	2 766,79	15—25	246,—	335,—	—
1905	98	3654	23 798,26	18 075,22	6 272,92	15—25	3 710,49	726,—	1198,40
1906	174	7200	65 897,92	51 096,62	19 222,59	20—40	22 378,52	855,70	3644,80

Der Verband zählt zurzeit über 10000 Mitglieder und ist über alle deutschen Bundesstaaten und Provinzen verbreitet. Er umfaßt die Arbeiter der Glas-, Porzellan-, Steingut-, Ton-, Ziegel-, Zement- und Kalkindustrie.



Verband christlicher Tabak- und Zigarren-arbeiter.

Am Niederrhein, wo die christlich-nationale Arbeiterbewegung zuerst Fuß gefaßt hat, stand auch die Wiege des christlichen Tabakarbeiterverbandes. Es war gegen Ende des Jahres 1899, als sich in Kempen etwa 30 Arbeiter aus den Orten Dülken, Geldern, Goch und Kaldenkirchen versammelten, um über die Gründung einer christlichen Berufsorganisation zu beraten. Die gerade nicht rosigen Verhältnisse der niederrheinischen Tabak- und Zigarrenarbeiterschaft, der immer mehr zunehmende sozialdemokratische und antireligiöse Charakter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, wie auch das Beispiel der christlich gesinnten Berg-, Metall- und Textilarbeiter, hatten zu dieser Beratung den Anstoß gegeben. Schon in dieser ersten Zusammenkunft sprach man sich allgemein für die Gründung einer christlichen Berufsorganisation aus und man beschloß, eine weitere Delegiertenversammlung anzuberaumen und noch einen größeren Kreis von Kollegen aus den verschiedensten Orten des Niederrheins zu derselben einzuladen. Diese fand am 19. November 1899 in Geldern statt und hier wurde nach einem Referat des Arbeitersekretärs und jetzigen Reichstagsabgeordneten Giesberts die Gründung unseres Verbandes einstimmig beschlossen.

Die anfängliche Entwicklung des Verbandes war eine recht gute, denn nach kaum viermonatlichem Bestehen war die Mitgliederzahl bereits auf über 700 angewachsen. Von da ab ging es aber nur sehr langsam mehr vorwärts. Die sozialdemokratischen Gegner gingen scharf gegen unsere junge Organisation vor. Reibereien unter den Kollegen in den Werkstätten, Verdächtigung der Führer und ihrer Absichten waren die Kampfesmittel. An einigen Orten setzten auch schon bald die Unternehmer gegen den Verband ein. Man versuchte u. a. durch unpraktische Neuerungen die Arbeiter

wieder uneinig zu machen. Aus diesem Grunde wurde auch bei der Firma Nehr im Jahr 1900 in Kaldenkirchen ein neues Bündelsystem eingeführt. Die Arbeiter erklärten sich nur unter gewissen Umständen hiermit einverstanden, und als die Firma nach mehrmaligen Verhandlungen nicht nachgeben wollte, kam es zur Arbeitsniederlegung.

Dieses war aber jedenfalls für die Kaldenkirchener Fabrikanten, die sich mittlerweile auch vereinigt hatten, etwas Unerwartetes und sie beschlossen, sämtliche organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperren. Da nun dieses die erste Aussperrung christlich organisierter Arbeiter war, der Verband infolge seiner niedrigen Beiträge und seiner geringen Mitgliederzahl nicht in der Lage war, den Kampf, der sich vornehmlich gegen des Koalitionsrecht der Arbeiter richtete, allein durchzuführen, so erließ der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands ein Aufruf zwecks Unterstützung der ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen. Von allen Seiten, besonders auch von den konfessionellen Arbeitervereinen, flossen die Gaben reichlich. Aber trotz dieser tatkräftigen Unterstützung mußte der Kampf nach mehrmonatlicher Dauer, mit einem geringen Erfolg für die Arbeiter abgebrochen werden.

Wenn auch durch diesen Kampf, der beinahe 18000 M. kostete, für die Arbeiter nicht viel erreicht wurde, so war er doch für die im Anfangsstadium sich befindende christlich-nationale Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Nicht allein, daß hierdurch die Opferwilligkeit in den christlich gesinnten Arbeitern geweckt wurde, sondern auch deshalb, weil man zugleich für das Koalitionsrecht der ausgesperrten Arbeiter eintrat und dadurch bewies, daß auch ihnen an diesem Recht viel gelegen war. Anderseits verscheuchte auch dieser Kampf in etwa die Verdächtigungen, als seien die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppen des Unternehmertums gegründet worden.

Als ein Produkt dieses harten Kampfes ist auch die Kaldenkirchener Genossenschaftsfabrik zu bezeichnen, worin die Opfer des Kampfes angenehme und gute Beschäftigung

fanden. Die Genossenschaftsfabrik hat sich in dem sechsjährigen Bestehen gut bewährt. Obgleich der Verband als solcher an derselben nicht beteiligt ist, so ist ihm jetzt doch die Möglichkeit geboten, gemaßregelte Mitglieder daselbst unterzubringen. Es dürfen auf derselben laut Statut nur Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt werden, wie auch nur Mitglieder und Ehrenmitglieder der christlichen Gewerkschaften Anteile der Genossenschaftsfabrik erwerben können. Es ist daher Pflicht der christlich gesinnten Arbeiterschaft, dieses Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

Nach Beendigung der Kaldenkirchener Aussperrung ging die Entwicklung des Verbandes nur langsam vorwärts. Mit dem Beitrag von 5 und 10 Pfg. konnte keine großzügige Agitation betrieben werden, besonders nachdem aus den Einnahmen noch nachträglich Schulden der Aussperrung gedeckt werden mußten. Die Generalversammlung, die am 28. April 1901 in Geldern stattfand, beschloß daher, vom 1. Oktober desselben Jahres ab den Beitrag auf 10 und 15 Pfg. zu erhöhen. Aber auch dieser Beitrag genügte nicht zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes.

Als im folgenden Jahre die Firma Koch u. Becker in Eupen wegen Differenzen 60 Arbeiterinnen aussperrte, sah sich der Verband nochmals genötigt, die Hilfe des Gesamtverbandes in Anspruch zu nehmen. Gelegentlich dieser Bewegung wurden die Arbeiterinnen, die Streikposten standen, von der Polizei vertrieben und diejenigen, die nicht der ersten Aufforderung Folge leisteten, erhielten obendrein Strafmandate. In den Versammlungen wie auch in der Presse wurde dieses Verhalten damals aufs schärfste kritisiert und verurteilt.

Durch das eifrige Bemühen des leider so früh verstorbenen Kollegen Müller-Edingen fand allmählich der Verband auch in Süddeutschland größere Verbreitung. Es wurde daselbst ein eigener Verbandsbezirk ins Leben gerufen, als dessen Vorsitzender der verstorbene Kollege Müller gewählt wurde. Als derselbe im folgenden Jahre wegen seines mannhaften Eintretens für die Arbeitersache gemaßregelt

und somit arbeitslos wurde, erfolgte dessen provisorische Freistellung. Nun ging es in Süddeutschland noch besser vorwärts, und schon bald war die Mitgliederzahl des ersten Verbandsbezirks (Niederrhein) überholt. In Süddeutschland, speziell in Baden, hatte der Verband sehr unter Maßregelungen durch die Fabrikanten zu leiden, denen jede gewerkschaftliche Organisation verhaßt war.

Die Generalversammlung des Verbandes, die am 22. Mai 1904 in Düsseldorf stattfand, beschloß u. a. die Freistellung des zum Vorsitzenden gewählten Kollegen Cammann-Rees und genehmigte auch die definitive Anstellung des Vorsitzenden des II. Verbandsbezirks, Kollegen Müller. Ferner beschäftigte sich die Generalversammlung wieder mit der Frage der Beitragserhöhung. Es kam jedoch ein definitiver Beschluß hierüber nicht zustande. Man einigte sich schließlich dahin, eine Urabstimmung vorzunehmen und die Mitglieder hierüber selbst entscheiden zu lassen. Die Abstimmung fiel jedoch zuungunsten des Antrages aus, da derselbe mit 77 Stimmen Majorität abgelehnt wurde. Dies ungünstige Ergebnis war vornehmlich auf die schwache Beteiligung bei der Urabstimmung zurückzuführen. Man setzte nun überall mit der Einführung eines Lokalbeitrages ein und schon bald hatte die Mehrzahl der Zahlstellen einen solchen eingeführt. Der Boden war so für eine spätere Beitragserhöhung besser vorbereitet.

Mit Anfang des Jahres 1905 gab der Verband, der seither das vom Gesamtverband herausgegebene christliche Gewerkschaftsblatt eingeführt hatte, ein eigenes Verbandsorgan heraus, das vom Vorsitzenden redigiert wird. Die Mitgliederzahl war stets im Steigen begriffen. Da auf einmal erlitt der Verband einen harten Schlag. Der Vorsitzende des II. Bezirks, Jos. Müller, der so viel für die Ausbreitung des Verbandes und auch der Bruderverbände gewirkt, wurde plötzlich von einer schweren Krankheit befallen. Noch am 19. März hatte er in einer Versammlung gesprochen und bereits am 24. März war er verschieden. Im jugendlichen Alter von 26 Jahren mußte der Streiter für die christlich-nationale Arbeiterbewegung von uns scheiden,

Die Mitglieder des Verbandes und alle, die den Verstorbenen gekannt haben, werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Im Jahre 1905 wurden verschiedene Einrichtungen des Verbandes einer gründlichen Reform unterzogen. Die vorher jedes Jahr stattfindenden Bezirks-Generalversammlungen wurden in eine Verbands-Generalversammlung umgewandelt. Die Verbandsbezirke wurden aufgelöst und an deren Stelle kleinere Agitationsbezirke errichtet. Die Bezirkskassen, denen seither 10 Prozent der Einnahmen der dem Bezirk angeschlossenen Zahlstellen zustand, kamen ebenfalls in Wegfall und hatten von nun ab die Zahlstellen direkt mit der Zentrale abzurechnen. Durch diese Neuerungen war ein mehr einheitliches System geschaffen. Die Generalversammlung, die in Coblenz tagte, beschloß auch einstimmig, die Beiträge auf 15 und 20 Pfg. zu erhöhen.

Im gleichen Jahre setzte auch die Abwehrbewegung gegen die damals von der Regierung geplante Tabaksteuererhöhung ein. Hierbei galt es für die gesamte Tabakindustrie, ganz besonders aber für die in ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einen Existenzkampf zu führen. Ueberall wurden Versammlungen abgehalten, die den Zweck hatten, die Oeffentlichkeit über die Folgen einer Mehrbesteuerung des Tabaks aufzuklären und in Resolutionen hiergegen zu protestieren. Für die richtige Durchführung dieser Abwehrbewegung wurden Sammlungen veranstaltet, damit die erheblichen Unkosten bestritten werden konnten. In jedem Wahlkreis, wo Mitglieder unseres Verbandes in Frage kamen, wurden besondere Kommissionen gebildet, die die Aufgabe hatten, beim Abgeordneten des Kreises persönlich vorstellig zu werden. In einer Reihe von Städten wurden die Stadtverordnetenkollegien ersucht, namens der Stadt- oder Gemeindeverwaltung begründete Resolutionen an die gesetzgebenden Körperschaften zu richten. Diese ganze Abwehrbewegung, an der Fabrikant, Händler und Arbeiter teilnahm, hatte denn auch den Erfolg, daß die Tabaksteuervorlage bereits in der Steuerkommission des Reichstags in der zweiten Lesung ohne Debatte einstimmig abgelehnt wurde.

Durch die vorhin geschilderte Abwehrbewegung nahm der Verband immer mehr an Mitgliedern zu. Nun setzte eine allgemeine Bewegung der Mitglieder zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. So war der Verband allein im Jahre 1906 an 78 Lohnbewegungen in 146 Betrieben mit 3440 Mitgliedern beteiligt. 64 Lohnbewegungen endeten mit vollem oder teilweisem Erfolg. An Streikunterstützung wurden in diesem Jahre mehr als 32000 Mark verausgabt, bei einer Gesamteinnahme von 48000 Mark. Der größte Kampf war die Aussperrung von mehr als 500 Arbeitern und Arbeiterinnen in Herxheim, von denen über 400 unserem Verband angehörten. Auch hier kam das Sprichwort zur vollen Geltung: Kleine Ursachen, große Wirkung. Bei einer Firma reichten die Arbeiter, nachdem ihnen ihre bescheidenen Lohnforderungen abgelehnt worden waren, die Kündigung ein. Daraufhin kündigten sämtliche dem Fabrikantenverband angehörigen Unternehmer allen bei ihnen beschäftigten Arbeitern. Der Kampf dauerte ca. 6 Wochen und ging an dem Umstand verloren, daß es einzelnen der Fabrikanten möglich war, anderwärts Filialen zu errichten. Um nun nicht die Fabrikation, wenn auch nur zum Teil, aus Herxheim verschwinden zu lassen, nahmen schließlich die Arbeiter unter Zusicherung des Koalitionsrechts die Arbeit wieder auf.

Ueber Mitgliederverhältnisse sowie über Einnahme und Ausgabe des Verbandes in den einzelnen Jahren seines Bestehens siehe Tabellen (S. 136):

Die letzte Generalversammlung des Verbandes, die am 13. und 14. April 1907 in Frankfurt a. M. stattfand, nahm eine gründliche Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens vor. An Stelle der bisherigen Beiträge von 15 und 20 Pfg. wurden Staffelbeiträge in der Höhe von 15—60 Pfg. wöchentlich eingeführt. Die Reise-, Umzugs-, Sterbe-, Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde erhöht und Kranken- und Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt. Die Höhe der Unterstützungen richtet sich nach der Beitragsklasse, in der das betr. Mitglied zahlt,

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt insgesamt	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt davon weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei der Hauptkasse	Zahl der Beamten
1900	14	920	143	5—10	4 527	2 547	1980	—
1901	21	1041	184	10—15	19 409	26 721	—	—
1902	23	1150	395	10—15	8 424	7 705	312	—
1903	33	1577	447	10—15	12 242	11 478	1362	1
1904	44	2056	731	10—15	14 645	13 412	2596	2
1905	62	2851	942	15—20	23 720	18 868	7448	2
1906	117	6437	3040	15—20	48 345	54 372	1721	4

Die Ausgaben betrugen u. a.:

Jahr	Verbandsorgan	Streik- und Gemaßregelten-unterstützung ℳ	Reise- und Umzugs-unterstützung ℳ	Sterbegeld ℳ	Sonstige Unterstützungen ℳ	Rechtsschutz ℳ
1900	1021	642	31	—	25	—
1901	1442	17 965	78	—	91	113
1902	1784	3 990	46	—	14	—
1903	2890	1 142	141	121	186	81
1904	2385	1 494	93	—	19	25
1905	2719	1 342	126	184	200	40
1906	3428	32 258	92	225	326	363

jedoch sind für bestimmte Mitgliederkategorien Mindestbeiträge vorgesehen. So gilt der Beitrag von 15 Pfg. nur für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 17 Jahren, von 20 Pfg. nur für weibliche Mitglieder, während die männlichen Mitglieder zum mindesten den Beitrag in Klasse III, also 30 Pfg. leisten müssen. Zur besseren Uebersicht lassen wir die Beitrags- und Unterstützungstabelle des Verbandes folgen:

Klasse	Beitragshöhe pro Woche	Wöchentl. Streikunterstützung		Wöchentliche Gemaßregeltenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen	Reiseunterstützung pro Kilometer 2 Pfg.	Sterbegeld nach 104, 208 und 312 Beitragswochen	Wöchentl. Arbeitslosenunterstützung nach 52, 156 u. 260 Beitragswochen	Wöchentl. Krankenunterstützung nach 52, 156 und 260 Beitragswochen
		Grundtaxe	Zuschlag für jedes Kind					
	₰	M	M	M	bis zu ... km		auf die Höchstdauer von	
I	15	5,40	—	6,—	500	20 — — M	8 Wochen M	13 Woch. M
II	20	7,50	0,50	9,—	750	30, 40, 50 „	3, 3,60, 4,20	—
IIa	30	7,50	0,50	9,—	750	30, 40, 50 „	3, 3,60, 4,20	1,80 2,40, 3
III	30	10,20	0,75	12,—	1000	40, 50, 60 „	4,20, 5,10, 6	—
IIIa	40	10,20	0,75	12,—	1000	40, 50, 60 „	4,20, 5,10, 6	2,40, 3, 3,60
IV	50	12,00	1,00	15,—	1250	50, 60, 70 „	6,60, 7,50, 9	4,20, 5,40, 6
V	60	12,00	1,00	15,—	1500	60, 70, 80 „	7,50, 9, 10,50	5,40, 6, 7,50

Die Umzugsunterstützung wird, wenn mindestens 104 Wochenbeiträge geleistet sind, in folgender Höhe gezahlt: Bei einer Entfernung von 20—50 km der 50fache, bei einer Entfernung von über 50 km der 100fache Wochenbeitrag des betr. Mitgliedes.

Die Krankenunterstützung ist nur fakultativ eingeführt und kommt nur in vier Beitragsklassen zur Auszahlung. Die Einführung dieser Unterstützung wurde dadurch bedingt, daß die Generalversammlung die bisher im Verbande bestehende Krankengeldzuschußkasse aufzulösen beschloß. Derselben gehörten zuletzt 1400 Mitglieder an, man war aber der Ansicht, daß sich dieselbe auf die Dauer nicht mehr halten lassen würde.

Die Neuerungen im Verband sind von der übergroßen Mehrzahl der Mitglieder mit Freuden begrüßt worden, während ein Teil noch der Meinung ist, in Anbetracht der überaus traurigen Verhältnisse im Beruf die Zahlung der Beiträge nicht leisten zu können. Hier wird es aber nur einer gründlichen Aufklärung bedürfen, um auch diese für den Verband zu erhalten.

Von seiten der Behörde wurde der Entwicklung des Verbandes nur in einem Falle Schwierigkeiten bereitet. Es geschah dieses in Langenhagen auf dem Eichsfeld. Dort waren 35 Arbeiterinnen unserem Verbande beigetreten. Durch das schroffe Vorgehen einiger Werkführer stellten sie vorerst die Beitragszahlung noch ein, nachdem sie nur das Eintrittsgeld gezahlt hatten. Die Zahlstelle war ordnungsmäßig angemeldet. Nun erhielten die 35 Arbeiterinnen je ein Strafmandat in Höhe von 15 Mark mit der Begründung, daß sie sich dem „politischen Verein", Ortsgruppe des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, angeschlossen resp. die Vorstandsmitglieder hierin Mitglieder aufgenommen hätten. Auf ihre Berufung hin wurden sie von dem Schöffengericht in Duderstadt freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil hat jedoch der Amtsanwalt Berufung eingelegt, so daß sich demnächst das Landgericht in Göttingen mit der Sache befassen wird.

Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands für Kleider- und Wäschekonfektion und verwandte Berufe.

Der Gewerkverein ist am 2. Oktober 1900 in Berlin mit ca. 100 Mitgliedern gegründet worden. Aber nach langer, mühevoller Vorarbeit. Im Frühjahr 1889 war in einer Versammlung der Frauengruppe der (ev.) kirchlich-sozialen Konferenz im Anschluß an ein Referat über die von Gertrud Dyhrenfurth herausgegebene Broschüre „Erhebungen in der Berliner Schürzen- und Blusenkonfektion" der Beschluß gefaßt worden, sich um die Heimarbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion zu kümmern, durch Hausbesuche ihre Verhältnisse kennen zu lernen und zu versuchen, sie zusammen zu schließen. Zunächst wurde dieser Versuch im Norden Berlins gemacht und fiel über Erwarten günstig aus. Die

Besucherinnen wurden meist freundlich aufgenommen und ihrer Einladung zu Versammlungen wurde zahlreich Folge geleistet. Nachdem durch 1½ Jahre diese Vorarbeit geschehen war, wurde aus den Reihen der Heimarbeiterinnen selbst der Wunsch nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß laut, der allseitig mit Freude begrüßt wurde. Ein Vorstand wurde gewählt, ein Monatsbeitrag von 20 Pfg. festgesetzt, Statuten ausgearbeitet. Bei den sehr geringen Einnahmen der Mitglieder konnten größere Opfer an Geld wie an Zeit nicht gefordert werden und deshalb wurde von den Heimarbeiterinnen selbst die weitere Mitarbeit der Frauen anderer Stände, die bis dahin die Vorarbeit geleistet hatten und mit denen sich ein Vertrauensverhältnis gebildet hatte, als dringend erwünscht, ja notwendig anerkannt. Die Berechtigung dieser Mitarbeit wurde auch von dem Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften anerkannt, als der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, ein halbes Jahr nach seiner Begründung, seine Aufnahme in den Gesamtverband nachsuchte.

Bereits einen Monat nach Gründung der ersten Gruppe Berlin-Nord wurde die Bildung einer zweiten in Berlin nötig; es entstand Berlin-Süd. Im Laufe der Zeit sind noch 5 Gruppen in Berlin gegründet worden, außerdem eine in einem Berliner Vororte: Rummelsburg. Im ersten Jahre war die Mitgliederzahl auf ca. 500, im zweiten auf ca. 1000 Mitglieder gestiegen. Am ersten Verbandstage April 1902 hatte der Gewerkverein 7 Gruppen mit 1205 Mitgliedern, am zweiten Verbandstage April 1905 — 27 Gruppen mit 3143 Mitgliedern, am 1. Juli 1906 — 32 Gruppen mit 3511 Mitgliedern.[1]) Auf dem ersten Verbandstage wurde ein Programm aufgestellt, das unsere Forderungen an Gesetzgebung und Verwaltung enthält. Auf dem zweiten Verbandstage wurde der Beitrag auf 30 Pfg. monatlich erhöht. Das Verbandsorgan „Die Heimarbeiterin" erschien zuerst vierteljährlich, dann alle zwei Monate, seit Januar 1903 monatlich, seit dem zweiten Verbandstag in doppelter Größe.

---

[1]) Am 1. Juli 1907 — 4539 Mitglieder.

Die Auflage beträgt jetzt 7000 Exemplare. Die Hauptaufgabe des Gewerkvereins wurde zunächst darin gesehen, weite Kreise über die Verhältnisse in der Heimarbeit aufzuklären und staatliche wie kommunale Behörden für geeignete Maßnahmen zur Besserung der Verhältnisse zu gewinnen. So haben die Vorstände aller Gruppen die Einführung des Krankenversicherungsgesetzes für die Hausgewerbetreibenden durch Ortsstatut teils gefördert, teils erreicht. In Lohnkämpfe ist die Organisation bisher nicht verwickelt worden, doch ist es in letzter Zeit gelungen durch ihre Vermittlung mehrfach Tarifverträge abzuschließen. — Von besonderer Bedeutung für unseren Verband war die im Februar d. J. veranstaltete Heimarbeitausstellung, zu der unsere Mitglieder ca. 400 Gegenstände lieferten.

An Unterstützungseinrichtungen sehen die Satzungen vor:

Unentgeltlichen Rechtsschutz in allen gewerblichen Streitigkeiten;

Krankengeldzuschuß;

Wöchnerinnenbeihilfe;

Unentgeltliche Lehrkurse;

Sterbegeldzuschuß, doch ist letzterer an einen Sonderbeitrag von 10 Pfg. geknüpft.

Außerdem ist ein Nähmaschinenfonds vorhanden, aus dem die Mitglieder nach besonderen Bestimmungen bis zu 10 % Beihilfe bei Abzahlung der Maschine erhalten.

Der Verein „Erholungshaus für Heimarbeiterinnen“, der auch aus den Nöten der Heimarbeiterinnen und auf eine unvergeßliche Anregung aus unserer Bewegung heraus entstanden ist, nimmt in seiner „Ernst Böhme-Stiftung“ in Bukow in der märkischen Schweiz unsere Mitglieder meist unentgeltlich zu vierwöchigem Erholungsaufenthalte auf.

An Unterstützungen sind gezahlt worden:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906 bis 1. 7.
Krankengeldzuschuß:	63,—	402,50	934,50	1638,—	1844,50	1106,—
Wöchnerinnenbeihilfe:	—	40,—	75,—	230,—	205,—	175,—
Lehrkurse:	—	42,—	120,—	165,—	240,—	84,—
Sterbegeldzuschuß:	—	—	—	—	105,—	65,—

Beamtinnen sind von der Organisation noch nicht angestellt worden; alle Vereinsarbeit ist bis jetzt ehrenamtlich geleistet worden, ab 1. September 1906 wurde jedoch eine besoldete Hilfskraft auf der Hauptgeschäftsstelle angestellt.

Der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen bildet in der Gesamtheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine Seltenheit. Hat man doch die Gruppe der Heimarbeiter infolge ihrer bedrückten Lage bis in jüngster Zeit für unfähig zur gewerkschaftlichen Organisation gehalten. Die Zentralverbände haben denn auch in ihrem Beruf die Heimarbeiter nur zum geringen Teil zu organisieren vermocht. Der Gewerkverein hat den praktischen Beweis geliefert, daß auch die Heimarbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sind, wie die Organisation selbst den eigenartigen Verhältnissen derselben angepaßt wird. Schwer ist es allerdings, und ohne die Opfer fremder Mithülfe anderer Berufsstände wäre es keinem gelungen. Vor allem die weiblichen Heimarbeiter fühlen sich zu gedrückt, zu abhängig und zu mutlos, um aus sich selbst heraus eine Organisation zu schaffen. Im Gewerkverein der Heimarbeiterinnen haben sozial denkende Frauen mitgewirkt und in den Heimarbeiterinnen wieder Mut und Hoffnung erweckt. In der Weise, wie der Gewerkverein gewachsen ist und seine Tätigkeit entfaltet hat, haben auch die Heimarbeiterinnen selbst immer mehr den Mut gefunden, an der Organisationsarbeit sich zu beteiligen. Das ist der erfreulichste Ausblick für den Gewerkverein, daß er einen festen Stamm von Mitgliedern gewonnen hat, die voll Vertrauen und Hoffnung für Ausbreitung desselben tätig sind.

Zentralverband christlicher Lederarbeiter.

Einem Aufruf unserer Zahlstelle München, damals Sektion der Schuhmacher des Vereins Arbeiterschutz genannt, folgend, vollzog sich die Gründung des Verbandes im Jahre

1900 anläßlich des II. christlichen Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a/M. Um diese Zeit bestanden außer in München auch in Köln, Düsseldorf und Frankfurt sogen. Lokalorganisationen der Schuhmacher, ein Bezirksverband christlicher Schuh- und Lederarbeiter in der bayrischen Rheinpfalz mit dem Sitz in Pirmasens, und im Siegerland ein Verein der Gerbereiarbeiter mit dem Sitz in Siegen. Mit Ausnahme des letzteren, der erst 1902 seinen Beitritt zum Zentralverband erklärte, schlossen sich alle übrigen erwähnten Organisationen gleich bei der Gründung der neuen Zentralorganisation an. Als Sitz derselben wurde München bestimmt. Mit 1. Januar 1904 wurde der Sitz nach Pirmasens verlegt, während seit 1. September 1906 der Sitz des Verbandes Frankfurt a/M. ist. Die Gründe für den mehrmaligen Wechsel des Verbandsitzes waren verschiedener Art. München lag zu sehr an der südöstlichen Ecke Deutschlands, was in der Agitation, bei Lohndifferenzen als auch in anderen Punkten als unpraktisch empfunden wurde; Pirmasens hingegen inmitten einer großen Schuhindustrie, wo in Anbetracht der Mitgliederzahl ein Stütz- und Zentralpunkt des Verbandes notwendig war und noch ist. Die Verlegung nach Frankfurt entsprach taktischen Maßnahmen. Sie konnte um so leichter geschehen, als in der Rheinpfalz mit 1. Januar 1906 die Anstellung eines Bezirksbeamten erfolgen konnte. Dazu kam noch ein Beschluß der letzten Generalversammlung zu Frankfurt, die seit 1904 in Düsseldorf sich befindliche Geschäftsstelle der Verbandszeitung ab 1. Dezember 1905 nach Frankfurt a/M. zu verlegen. Was lag unter diesen Verhältnissen näher, als die so notwendige Zusammenlegung des Verbandssitzes mit der Zeitung durchzuführen?

Ueber die Entwicklung des Verbandes in seinem gut 6jährigen Bestehen, geben uns folgende Zahlen Aufschluß. Es waren vorhanden am Schluß des Jahres:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insges.	d. weibl.	Der Beitrag betrug	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- u. Lokalkassen ℳ	Zahl der Beamten
gegr. 1. Okt.				wöch. ₰				
1900	17	626	—	10	1 261,75	1 467,—	—	—
1901	31	1 100	—	17	3 975,15	2 691,46	1 283,69	—
1902	39	1 255	—	17	8 450,44	7 088,58	2 647,15	—
1903	45	1 410	76	20	22 870,08	20 255,18	2 993,52	—
1904	69	1 487	54	20	14 812,67	13 535,20	4 604,76	2
1905	78	2 136	153	30	26 307,—	24 068,—	8 281,—	2
1906	82	3 739	360	30	36 782,—	31 522,—	11 684,—	3

Die Ausgaben betrugen u. a. an:

Jahr	Verbandsorgan	Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung	Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung	Krankengeld	Sterbegeld	Sonstige Unterstützungen	Rechtsschutz
1900	—	179,60	—	—	—	—	—
1901	807	804,—	—	—	—	—	—
1902	2 124	1 467,—	—	—	—	111	—
1903	2 818	10 480,—	—	—	—	683	—
1904	1 726	2 135,—	—	—	130	367	—
1905	3 336	4 062,—	1 136	—	190	100	—
1906	4 921	3 314,—	983	498	288	650	—

An Lohnbewegungen und Streiks war der Verband verhältnismäßig stark beteiligt. Insgesamt seit seinem Bestehen waren es deren 101 mit etwa 2800 beteiligten Verbandsmitgliedern. Als größere Kämpfe hiervon sind zu nennen: der in 1902 stattgefundene Ausstand in Cleve und 1904 in Eupen, ferner die Aussperrung der Schuhmacher in Pirmasens, an der der Verband mit gut 300 Personen beteiligt war. Die überaus große Mehrzahl der Bewegungen nahmen einen für die Beteiligten erfolgreichen Verlauf.

Die wöchentlichen Verbandsbeiträge wurden mehrmaligen Veränderungen unterworfen. Sie stiegen von 10 auf 15, und von 17 auf 20 Pfg und betragen zurzeit 30 Pfg. pro Woche. Etwa 4/5 der Mitglieder zahlen außerdem noch Lokalzuschläge, die von 5—15 Pfg. wöchentlich schwanken. An Unterstützungseinrichtuugen bestehen: für die Reise oder Wanderschaft; bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, und zwar je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 22,50 bis 37,50 Mk. Bei Streiks und Maßregelungen werden bis zu 15 Mk. wöchentlich gewährt. Die Sterbeunterstützung ist nach einjähriger Mitgliedschaft auf 10 Mk. steigend bis zu 50 Mk. nach fünfjähriger Mitgliedschaft festgesetzt. Stirbt die Frau eines Mitgliedes, so wird die Hälfte der dem Mitglied zustehenden Sterbeunterstützung ausbezahlt. Umzugsunterstützung wird bis zu 25 M. gewährt. Die wesentlichste der bisherigen Beitragsänderungen wurde vollzogen auf der im August 1907 in Pirmasens stattgefundenen Generalversammlung durch die Einführung der Staffelbeiträge von 20, 35, 45 und 55 Pfg. Den Beiträgen entsprechend sind auch die Unterstützungen geregelt worden und kann je nach der Klasse und Dauer der Mitgliedschaft eine Höchstunterstützung bis zu 70 Mk. bezogen werden. Außerdem hat der Verband für seine Mitglieder unentgeltlichen Rechtsschutz bei allen aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten, sowie unentgeltliche Vertretung in Invaliden- und Unfallsachen vor dem Reichsversicherungsamt. Verbandsorgan ist die „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung", die 14tägig erscheint.

Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufe.

Mitte der 90er Jahre ging aus den konfessionellen Arbeitervereinen Münchens eine Bewegung hervor, die verdient in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften mit an

erster Stelle genannt zu werden —, die Gründung des Vereins Arbeiterschutz, welcher als Vorläufer von fünf Zentralverbänden zu betrachten ist.

Anfänglich in dem bescheidensten Rahmen sozialpolitisch schulend und aufklärend wirkend, fand er immer mehr Anhänger, und opferfreudige Männer aus dem Arbeiterstande bahnten dem Verein allmählich die Wege zu seiner weiteren Ausbreitung. Der Verein verfolgte rein gewerkschaftliche Ziele, und um diese bei seinem Erstarken besser verfolgen zu können nahm er durch Bildung von Berufssektionen eine Gliederung seiner Mitglieder vor.

So entstand 1897 neben anderen auch eine Sektion der Schneider im Arbeiterschutz München als eine der ältesten Berufsorganisationen auf christlicher Grundlage in Deutschland. Bald brach sich der Zentralisationsgedanke Bahn und den auf dem ersten christlichen Gewerkschaftskongreß zu Mainz gegründeten Zentralverbänden der Metall- und Holzarbeiter folgte auf dem zweiten Kongreß zu Frankfurt im Jahr 1900 die Gründung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands, nachdem sich inzwischen noch an den Orten Berlin, Freiburg und Würzburg Lokalvereinigungen gebildet und diese sich für den Zusammenschluß erklärten hatten.

Mit der Leitung des Verbandes wurde die Sektion München betraut; der Beitrag, der ganz der Zentralkasse zufloß, wurde auf 10 Pfg. festgesetzt.

Mit dem 1. August 1900 trat der Verband mit 4 Zahlstellen und 95 Mitgliedern ins Leben. Im Laufe der Zeit entwickelte sich der Verband, wenn auch nicht sprunghaft, so doch stetig und zählte am Jahresschluß 1906 in 90 Zahlstellen 3285 Mitglieder, darunter 327 weibliche.

Mit dem Wachstum des Verbandes stiegen auch dessen Aufgaben und um diesen gerecht zu werden, mußten durch Erhöhung der Beiträge die Mittel hierzu geschaffen werden. Schon im ersten Jahre seines Bestehens wurden die Beiträge durch Urabstimmung auf 15 Pfg., 1902 auf 20, 1904 auf 25 und 1906 auf 35 Pfg. erhöht, hierbei wurden jeweils

die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder berücksichtigt; zurzeit gelten folgende Sätze:

a) für männliche Mitglieder 35 Pfg.
b) „ „ „ in ländlichen Konfektionsbezirken 25 Pfg. und
c) „ weibliche Mitglieder 15 Pfg.

Mit der fortschreitenden Erhöhung der Beiträge erfuhr auch das Unterstützungswesen eine stete Erweiterung und Verbesserung. Zurzeit gewährt der Verband an Reiseunterstützung bei einem Beitrag von

	15 Pfg.	25 Pfg.	35 Pfg.
nach 1 jähr. Mitgliedschaft	5 Mk.	10 Mk.	15 Mk.
„ 3 „ „	10 „	15 „	20 „
„ 5 „ „	15 „	20 „	25 „

an Krankengeld:

	bei 15 ₰	25 ₰	35 ₰ Beitrag	
nach 1 jähr. Mitgliedsch.	40 „	50 „	60 „	auf die Dauer von 4 Wochen
„ 3 „ „	50 „	60 „	70 „	„ „ „ „ 6 „
„ 5 „ „	60 „	70 „	80 „	„ „ „ „ 8 „
„ 7 „ „	70 „	80 „	90 „	„ „ „ „ 10 „
„ 10 „ „	80 „	90 „	100 „	„ „ „ „ 12 „

bei Sterbefällen von Mitgliedern an die Hinterbliebenen:

bei einer Beitragsleistung von	15 Pfg.	25 Pfg.	35 Pfg.
und nach 2jähr. Mitgliedschaft	10 Mk.	20 Mk.	30 Mk.
„ 4 „ „	20 „	30 „	40 „
„ 6 „ „	30 „	40 „	50 „
„ 8 „ „	40 „	50 „	60 „
„ 10 „ „	50 „	60 „	70 „
„ 12 „ „	60 „	70 „	80 „

und an Streik oder Gemaßregeltenunterstützung:

	für ledige	für verheiratete Mitglieder
bei 15 Pfg. Beitrag	7 Mk.	7 Mk. bis zum Höchstbetr. v. 10 Mk.
„ 25 „ „	10 „	12 „ „ „ „ „ 15 „
„ 35 „ „	12 „	15 „ „ „ „ „ 18 „

Trug der Verband Sorge, seinen Mitgliedern in den verschiedenen Notfällen des Lebens helfend beizustehen, so

verlor er deshalb seine eigentliche Zweckbestimmung, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für seine Mitglieder herbeizuführen, nicht aus den Augen, und seine Tätigkeit auf diesem Gebiet war vom besten Erfolg begleitet, was schon aus der Tatsache erhellt, daß der Verband gegenwärtig an dem Abschluß von 35 Tarifverträgen beteiligt ist.

Von den vielen Kämpfen, welche der Verband mit zu bestehen hatte, sind besonders drei hervorzuheben; nämlich die vom Arbeitgeberverbande für das Schneidergewerbe in den Jahren 1905 und 1907 verfügten Aussperrungen, letztere deshalb, weil sich die Gehülfen weigerten, die von den Arbeitgebern vorgelegten Tarife bedingungslos anzuerkennen, und der Streik der Konfektionsarbeiter in Südwestdeutschland im Jahre 1905, der nach dreiwöchentlicher Dauer den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Konfektionären dieses Gebietes zur Folge hatte.

Im Rahmen dieser kurzen Abhandlung würde es zu weit führen, die Erfolge, die der Verband auf friedlichem Wege erzielte, aufzuführen. Erwähnung verdient jedoch die Bewegung der Konfektionsarbeiter — Zuschneider und Bügler — in M.Gladbach, die vom Verbande christlicher Schneider allein geführt wurde und ebenfalls den Abschluß eines Tarifes zeitigte.

Die Entwickelung des Verbandes illustriert folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insges.	Mitgliederzahl am Jahresschluß d. weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- u. Lokalkassen ℳ	Zahl d. Beamt.
1900	11	600	2	10	613	425	188	—
1901	24	700	7	15	2599	3996	105	—
1902	33	800	15	20—10	5820	4503	2258	—
1903	33	858	8	20—10	7150	4093	3060	—
1904	49	1780	35	25	10795	8149	6038	—
1905	70	2029	105	25	18084	20497	4635	2
1906	95	3285	327	35, 25, 15	36782	31522	11684	4

Die Ausgaben betrugen u. a.:

Jahr	Verbands-Organ ℳ	Streik- u. Gemaßregelten-Unterstützung ℳ	Reise- u. Arbeitslosen-Unterstützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Sonstige Unterstützungen ℳ	Rechtsschutz ℳ
1900	—	355	—	—	—	—	—
1901	—	603	21	—	—	—	—
1902	1301	717	72	—	—	18	—
1903	1610	161	368	—	55	—	—
1904	1516	707	225	210	80	—	—
1905	1819	7198	355	555	85	—	—
1906	2502	6703	703	640	135	65	—

Mit den christlichen Bruderverbänden Oesterreichs und der Schweiz bestehen Gegenseitigkeitsverträge; da dieselben aber unseren heutigen Einrichtungen nicht mehr entsprechen, sind wir daran, eine Aenderung herbeizuführen.

Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe.

Die ersten Versuche zur Gründung eines christlichen Malerverbandes datieren aus dem Jahre 1901. Nach Fühlungnahme mit Kollegen einzelner Städte fand am 9. Juni 1901 in Köln eine Konferenz statt, welche von Aachen, Düsseldorf, München und Köln beschickt war. Die Verhandlungen zeitigten als Resultat die Gründung des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands. Der Uebertritt verschiedener Lokalvereine, wie Cleve, Düsseldorf, Freiburg und München, die Gründung einiger Zahlstellen: Eupen, Osnabrück und Essen (Ruhr), boten die Grundlage für den weiteren Ausbau. Der Anstoß zur Verbandsgründung ist also von Arbeitern ausgegangen. Sie empfanden lebhaft das Organisationsbedürfnis, da die Organisation ganz besonders den Malern, mit ihrer periodisch stets wiederkehrenden Arbeitslosigkeit, als ein Rettungsanker erscheinen mußte.

Eine Organisation, die „freie", war da. Sie gebärdete sich radikal wie kaum eine der Gesinnungsschwestern und fand darum in Gebieten mit christlicher Denkungsart wenig Eingang. Man wollte sich ungestört beruflich betätigen können. Daher in vielen Städten die lokalen Vereine. Es waren das durchaus selbständige Gebilde, vielfach neben den Fachabteilungen konfessionellen Charakters (in Gesellen- usw. Vereinen bestehend). Die sprunghafte wirtschaftliche Entwicklung hatte es ihnen ermöglicht, in besonders bewegten Zeiten kleine Erfolge zu erreichen in bezug auf wirtschaftliche Besserstellung. Man merkte aber bald, daß zu einer kräftigen Aktion der Rückhalt fehlte. Die christliche, interkonfessionelle und unpolitische Organisation bot sich nun an. Die Einverleibung vollzog sich glatt, da eine „Mauserung" in Rücksicht auf grundsätzliche Stellungnahme, soweit nicht die Zentralisation an sich und die schärfere Ausprägung des Charakters als Interessenvertretung in Betracht kam, nicht erforderlich erschien.

Bei der ersten Generalversammlung am 31. März 1902 waren 12 Zahlstellen mit 250 Mitgliedern vorhanden; die zweite Generalversammlung am 10. Juli 1904 berichtet über 33 Zahlstellen mit rund 1300 Mitgliedern. Das stetige Vorwärtsschreiten veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insges.	Mitgliederzahl am Jahresschluß d. weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahreseinnahme ℳ	Jahresausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen	Zahl d. Beamten
1902	12	250	—	[1]) 20+10	[2])3547,90	[2])3548,55	—	—
1903	18	680	—	25+15	4242,81	3969,16	273,—	—
1904	30	1250	—	35+15	8764,52	8075,21	1805,09	1
1905	48	1685	—	40+20	16 647,97	15 241,94	3695,82	2
1906	78	2753	—	50+25	27 300,19	26 546,06	4961,40	3

[1]) In den acht Sommermonaten den höheren, in den vier Wintermonaten den niedrigeren Wochenbeitrag. — [2]) Einnahmen und Ausgaben seit Gründung.

Die Ausgaben betrugen u. a. an:

Jahr	Verbandsorgan	Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung	Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung	Krankengeld	Sterbegeld	Sonstige Unterstützungen	Rechtsschutz
1902	—	20	—	—	—	—	—
1903	450	1560	31	—	20	20	—
1904	918	2666	63	—	20	144	—
1905	2249	2833	60	—	90	90	36
1906	3451	7179	188	465	40	50	—

Die starke Fluktuation, bis zu 50 Prozent, im Mitgliederbestande, wird hauptsächlich durch die große Arbeitslosigkeit im Berufe während der Wintermonate hervorgerufen. Besonders auffallend ist das häufiger zu beobachtende Verschwinden ganzer Zahlstellen. Mitunter ist es der Wegzug einer einzigen leitenden Person, mitunter eine persönliche Meinungsverschiedenheit auf durchaus fernliegenden Gebieten, die den Grund abgeben muß. Das kann man sogar beobachten nach erfolgreich und mit großer Energie durchgeführten Streiks. Die Organisation steht in voller Blüte, steht „wie für die Ewigkeit gebaut", da weht ein geringes Lüftchen — es war ein Kartenhaus!

Auch die ursprünglich niedrigen Beiträge von 20 Pfg. während der Sommer- und 10 Pfg. während der Wintermonate dürften zum Mitgliederschwund beigetragen haben. Die erstmalige Erhöhung der Beiträge erfolgte, durch Beschluß einer Urabstimmung, ab 1. März 1903, es wurde der Beitrag auf 25 und 15 Pfg. pro Woche festgesetzt. In den Jahren 1904, 1905 und 1906 erfolgten weitere Beitragserhöhungen, so daß zurzeit 50 und 25 Pfg. Wochenbeitrag geleistet werden.

Durch die Beitragserhöhung konnte das Unterstützungswesen besser ausgebaut werden. Der Verband gewährt Maßregelungs-, Umzugs- und Reiseunterstützung; außerdem Kranken- und Sterbegeld. An Streikunterstützung zahlt der Verband 11 M. für ledige und 15 bezw. 18 M. für verheiratete Mitglieder pro Woche. Lohnbewegungen und Streiks hatte der Verband bis Schluß 1906 insgesamt 49. An 26 Tarifverträgen ist der Verband beteiligt; allein wurden 10 Tarife abgeschlossen. In den bewegten, an den Landesgrenzen sich vollziehenden Kämpfen war der Grund zur Fühlungnahme mit ausländischen Organisationen gegeben. Eine festgefügte Verbindung kam nicht zustande, was auch schon im Hinblick auf den völlig verschiedenen Charakter der ausländischen Organisationen teilweise unmöglich war. Das bloße Gefühl der Solidarität, der Interessengemeinschaft hüben und drüben genügte bisher den jeweiligen Bedürfnissen.

Erwähnung möge das Vorgehen des Arbeitersekretariats Nymegen (Holland) finden, welches gelegentlich des Streiks in Cleve durch ganz Holland Flugblätter verbreiten ließ, um vor Zuzug nach Cleve zu warnen.

Der Erfolg war ein äußerst günstiger. Die Frage internationaler Verbindungen wurde nie aus dem Auge gelassen und dürfte wohl zuerst ein Kartellvertrag mit der Bruderorganisation der Schweiz zum Abschluß kommen.

Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte und zur Förderung der Agitation besitzt der Verband 3 Beamte.

Eine stetig fortschreitende Entwicklung dürfte bei vereintem Zusammenwirken der eifrigen, opferwilligen Kollegen der einzelnen Zahlstellen trotz der Gleichgültigkeit so vieler Berufsgenossen, trotz der zehnfachen Ueberlegenheit des freien Verbandes in den nächsten Jahren zu erwarten sein. Im Vertrauen auf unsere gesunden Ideen richten wir an alle Kollegen die Mahnung „An die Arbeit!“ für den Verband.



Gutenberg-Bund.

Es herrschte eine unfreundliche, mißmutige Stimmung unter den Buchdruckern im Jahre 1892, trotzdem die geschäftliche Konjunktur eine schlechte nicht zu nennen war. Die Nachwehen des großen Ausstandes der deutschen Buchdrucker im Jahre 1891, der mit so weitgehenden Forderungen in die Wege geleitet, mit so hochgespannten Hoffnungen begleitet wurde und den Gehilfen eine so schmähliche Niederlage brachte, ließen keine ruhige, zuversichtliche Stimmung aufkommen. Die Arbeitgeber waren trotz ihres Sieges nicht zufriedengestellt, denn der der Gehilfenschaft oktroyierte Tarif gefiel weiten Kreisen der Prinzipalität nicht; er war ihnen noch zu — hoch. Eine große Unzufriedenheit zeigte sich in weiten Buchdruckerkreisen ob der bei dem Streik verfolgten Taktik; der Gedanke zur Gründung einer Sonderorganisation wurde erwogen.

Der erste Schritt zur praktischen Lösung dieser Frage war die am 10. Oktober 1892 erfolgte Gründung des „Berliner Buchdrucker-Vereins". Auch in anderen großen Druckstädten Deutschlands fanden sich Kollegen, die in Wort und Schrift für einen Zusammenschluß aller Nichtverbändler wirkten, und durch schriftlichen Verkehr untereinander sowie durch die im Jahre 1892 in Stuttgart vom Kollegen Stamm gegründete Fach-Zeitschrift „Der Typograph" wurden den weiteren Schritten zur Erreichung des gesteckten Zieles: „Zusammenschluß aller Nichtverbändler," die Wege geebnet. Den unausgesetzten Bemühungen der Kollegen R. Herrmann, K. Albreghs, Kühn und anderer gelang es endlich, eine Zusammenkunft von Delegierten aus verschiedenen Druckstädten herbeizuführen, und fand der erste Delegiertentag deutscher Buchdrucker (Nichtverbändler) am 3. und 4. September 1893 in Erfurt statt.

Mit nicht gerade allzu großen Hoffnungen waren die 23 Delegierten aus 12 deutschen Druckstädten nach Erfurt gekommen, infolge der vorher im „Typ." veröffentlichten Artikel, die die

Parole enthielten: „Nichtverbändler Deutschlands, organisiert euch!" War der Gedanke auch gewiß sehr gut und lobenswert, so erschien die praktische Ausführung desselben doch als überaus schwer. Aber wo ein Wille ist — ist auch ein Weg! Und diesen Weg fanden die Delegierten in den zwei Verhandlungstagen nach eingehender Beratung, indem sie folgendem Entwurfe ihre Zustimmung gaben:

Die Nichtverbandsvereine Deutschlands treten unter dem Namen

„Gutenberg-Bund"

auf Grund eines zu entwerfenden Statuts zusammen zum Zweck der Gründung von Unterstützungskassen und der Durchführung voller Gegenseitigkeit und Freizügigkeit zwischen denselben. Der Abschluß der Gegenseitigkeit mit außerdeutschen Vereinen gleicher Richtung wird angestrebt.

Die Einteilung des „Gutenberg-Bund" geschieht in neun Kreise (entsprechend der „Berufsgenossenschaft" und dem „Deutschen Buchdrucker-[Prinzipal-]Verein").

Jeder Verein bestimmt die Höhe des wöchentlichen Beitrages seiner Mitglieder nach Bedarf.

Die Leistungen der neu zu gründenden Reise- und Konditionslosenkasse sind folgende:

Jede Kasse zahlt ein nach der Mitgliederzahl und der durchschnittlichen Frequenz von Reisenden zu bemessendes Viatikum. Die Höhe desselben wird durch die Mitgliedschaft (bei Ortsvereinen im Einverständnis mit dem Vorortsverwalter) alljährlich im voraus bestimmt. In Streitfällen entscheidet der Gesamtvorstand. Als Minimum des Viatikums ist 1 M. zu zahlen. Bezugsberechtigung tritt nach 26 Wochenbeiträgen ein.

Als Arbeitslosen-Unterstützung am Orte wird nach 50 Wochenbeiträgen mindestens 4 M., nach 100 5 M., nach 150 6 M. wöchentlich geleistet.

Auch eine Resolution Grube fand Annahme des Inhalts:

Der erste Delegiertentag Deutscher Buchdrucker (Nichtverbändler) beschließt, die Hauptleitung des „Gutenberg-

Bund" zu beauftragen, sich mit dem Initiativ-Komitee der „Freien Vereinigung" in Hamburg sowohl als auch mit dem „Deutschen Buchdruckerverein" in Leipzig in Verbindung zu setzen und Unterhandlungen einzuleiten nach der Richtung hin, unter Anpassung der gegenseitigen Verhältnisse eine Vereinigung beider Richtungen im deutschen Nichtverbändlerlager herbeizuführen, welche es ermöglichen, unter Vermeidung der gegenseitigen Konkurrenz, eine gedeihlich wirkende Konditionslosen- und Reiseunterstützungskasse auf gemeinsamer Basis ins Leben zu rufen. Dem nächsten Delegiertentage solle es dann auf Grund der bezüglichen Unterhandlungen vorbehalten bleiben, geeignete Beschlüsse zu fassen.

So war die Gründung des „Gutenberg-Bund" zur Tatsache geworden.

Und wie gestaltete sich das Werk in der darauffolgenden Zeit? Statt eine Anlehnung an die „Freie Vereinigung", statt eine Verschmelzung mit der sog. „Prinzipalskasse" herbeizuführen, kam der nach Berlin verlegte „Geschäftsführende Ausschuß" nach reiflicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung, daß keines von beiden im Willen der Mehrzahl der Erfurter Delegierten gelegen habe, sondern daß nur eine auf eigenen Füßen stehende, auf zentraler Grundlage aufgebaute Organisation das Ziel gewesen sei, was den Kollegen auf dem Erfurter Nichtverbändlertage vorgeschwebt. Dies zog dem Ausschusse nun zwar die Feindschaft der „Freien Vereinigung" für eine kurze Zeitdauer zu und grollend stellten sich deren führende Personen beiseite, was freilich wohl anfangs eine schnellere Ausbreitung des Bundes behinderte — wenn diese auch dadurch nicht aufgehalten wurde —, doch schuf dieser nun einen Statutenentwurf, auf Grund dessen sich bis zum Frühjahr 1894 gegen 1000 Mitglieder dem Bunde anschlossen.

Langsam zwar nahm der Bund an Stärke zu, und doch arbeitete er an seinem inneren Ausbau mit allen Kräften. Schon mit dem 1. Januar 1896 wurde der Konditionslosenkasse eine Krankengeldzuschußkasse angegliedert, der mit dem 1. Januar 1898 eine solche für invalide Mitglieder und die Einführung der Umzugskostenentschädigung folgte; auch die

doppelte Unterstützung an Mitglieder, die für den Tarif eintraten und infolgedessen arbeitslos wurden, fand Einführung. Und außerdem wurden die Karenzzeiten gekürzt und die Unterstützungen erhöht. Das Bundesorgan „Der Typograph", welcher im Jahre 1893 vom Berliner Buchdruckerverein käuflich erworben wurde und 1895 in das Eigentum des „Gutenberg-Bund" überging, wurde obligatorisch eingeführt und in seinem Formate vergrößert.

Die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des „Gutenberg-Bund" umfaßt die Jahre 1894 (vom 1. April ab) bis 31. Dezember 1906, also einen Zeitraum von 12³/₄ Jahren, und zeigt folgendes Ergebnis: (S. Tabelle S. 156.)

Das Vermögen des Invalidenunterstützungsfonds, der durch Beschluß der Weißenfelser Generalversammlung 1897 geschaffen wurde und zu dem die Beiträge vom 1. Januar 1898 ab gezahlt wurden, ist in den folgenden Ziffern mitenthalten, wird indessen rechnerisch getrennt gebucht und verwaltet.

Die nachstehenden Zahlen bezeugen, daß der „Gutenberg-Bund" in der kurzen Periode seiner Wirksamkeit seine Aufgabe zu erfüllen redlich bestrebt gewesen ist.

* * *

Bei der Gründung des „Gutenberg-Bund" in Erfurt wendete man nicht nur der Frage der besseren Unterstützung der arbeitslosen und in weiterer Folge der kranken und siechen Mitglieder sein Augenmerk zu, die, wie aus den anderseitig angeführten Zahlen sich ergibt, vollauf gelöst worden ist und die Erwartungen erfüllt hat, die man an sie geknüpft hatte. Nein, man ging auch noch einen Schritt weiter und betrachtete die Wiederherbeiführung einer Tarifgemeinschaft, welche bekanntlich infolge des Streiks 1891/92 in die Brüche gegangen war — natürlich einer solchen, welche den Zeitverhältnissen Rechnung trug — als eine hervorragende Aufgabe der neugegründeten Organisation. Stand doch auf der Tagesordnung des Delegiertentages in Erfurt als dritter Punkt: „Herbeiführung einer Tarifgemeinschaft." Man war allgemein

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insgeſ.	Mitgliederzahl am Jahresschluß d. weibl	Der Beitrag betrug ₰	Jahres-Einnahme ℳ	Jahres-Ausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- u. Lokalkassen ℳ	Zahl der Beamten	Bemerkungen
1894	27	950	—	25	9 222,35	1 751 84	7 409,61	—	
1895	34	1226	—	25	15 176,90	4 685,15	17 901,36	—	
1896	39	1530	—	55	39 921,02	27 496,94	29 919,98	—	
1897	58	1925	—	55	50 863,98	39 874,75	40 909,21	—	
1898	72	2720	—	65	70 603,31	42 067,97	69 444,55	1	
1899	80	2988	—	65	81 030,21	60 202,85	90 271,91	1	
1900	77	3152	—	65	90 813,54	58 512,05	122 573,40	1	
1901	78	2870	—	65	88 993,23	68 788,16	142 777,97	1	
1902	74	2740	—	65 u. 75	89 813,44	79 916,03	152 675,38	1	
1903	72	2693	—	75	96 663,96	73 399,54	175 189,80	1	
1904	76	2646	—	75	99 720,92	70 022,37	206 888,35	1	
1905	76	2693	—	80	103 230,36	64 560,74	245 557,97	1	
1906	74	2762	—	80	106 497,85	66 197,95	285 857,87	2	

Die Ausgaben betrugen u. a.:

Jahr	Verbandsorgan ℳ	Streik- u. Gemaßregelten-Unterſtützung ℳ	Reiſe- und Arbeitsloſen-Unterſtützung ℳ	Krankengeld ℳ	Sterbegeld ℳ	Sonſtige Unterſtützungen ℳ	Rechtſchutz ℳ	Invaliden-Unterſtützg. ℳ
1894	—	--	—	—	—	—	—	—
1895	—	—	2 315,25	—	—	—	—	—
1896	5340,89	700,—	6 130,25	7 685,—	—	150,—	75,—	—
1897	5287,45	1100,—	9 928,—	13 630,—	550	—	10,70	—
1898	6438,28	520,—	8 980,25	18 015,13	570	81,—	—	—
1899	6657,25	418,	8 529,25	26 463,—	700	25,—	170,35	—
1900	6701,97	—	10 208.25	27 909,—	900	50,—	294,03	—
1901	7495,04	—	21 322,85	27 092,—	1100	79,50	116,20	—
1902	7325,07	—	28 321.25	24 898,—	850	123,—	261,60	—
1903	6785,19	—	26 197,50	23 281,—	950	115,—	113,79	727,12
1904	7401,57	—	16 535,—	21 292,—	710	120,—	668,53	2452,38
1905	7182,38	2004,70	11 611,75	23 565,—	1570	171,—	490,78	3800,71
1906	7847,64	572,50	12 797,—	23 017,—	1520	360,—	186,95	4422,84

der Ansicht, daß ein Hand-in-Handarbeiten der Gehilfen mit den Prinzipalen nur zum Segen unseres Gewerbes dienen könne, und daß es im Interesse beider Teile liege, einem auf friedlicher Vereinbarung geschaffenen Tarife die weiteste Anerkennung zu verschaffen.

Bei der 1896 wieder zustande gekommenen Tarifgemeinschaft ging das Bestreben des Verbandes darauf hinaus, den Gutenberg-Bund auszuschalten. Dennoch haben die Leitung des letzteren sowie die Bundesmitglieder es sich als oberstes Prinzip gesteckt, die geschaffene Tarifgemeinschaft mit allen Kräften zu unterstützen, denn sie fühlen sich nicht nur in ihrem eigensten Interesse, sondern auch moralisch dazu verpflichtet. Und wenn auch von gegnerischer Seite das Gegenteil behauptet wird, so liegen doch der Beweise genug dafür vor, daß der Bund sich niemals geweigert hat, die aus der Tarifgemeinschaft sich für ihn ergebenden Konsequenzen zu ziehen. So hat er es als ganz selbstverständlich betrachtet, nicht nur einen Teil der Kosten zu der Tarif-Ein- und Durchführung zu tragen und diesen auch alljährlich an die Tarifkasse abgeführt, sondern auch zu den Kosten der paritätischen Arbeitsnachweise beizusteuern. Ferner haben Bundesleitung sowie die Bundesmitglieder Hand in Hand sowohl mit den Tarifbehörden wie auch mit anderen Kollegen für die weitere Durchführung des Tarifes gearbeitet, allerdings ohne dafür die Anerkennung zu finden, welche die redlichen Bemühungen verdienten. Der Bund kann also, was die Einhaltung dieses seines Programmpunktes anbelangt, sich das Zeugnis ausstellen, daß er genau so und in demselben Maße wie der Verband, der sich als der alleinige Tarifkontrahent auf Gehülfenseite ausgibt, für die Tarifgemeinschaft gewirkt hat. Und er wird auch in Zukunft dieses Prinzip auf das strengste befolgen und sich durch keinerlei Quertreibereien von gegnerischer Seite in seinem Tun irre machen lassen.

1903 beteiligte sich der Gutenberg-Bund an dem deutschen Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M. und seit dieser Zeit wurde die Frage des Anschlusses an eine größere Gewerkschaftsgruppe diskutiert, bis sie endlich anläßlich der Tarif-

erneuerung Ende 1906 zu ihrem Abschluß reif war. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beschlossen und die Generalversammlung in Halle (März 1907) hieß nachträglich diese Maßnahme einmütig gut. Die nächste Aufgabe des G.-B. ist nunmehr, in die Tarifgemeinschaft einbezogen und als vollwertiger Tarifkontrahent anerkannt zu werden.

Zentralverband der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und in der Papierbranche.

Seit dem 1. Juli 1904 besteht auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen und verwandten Berufe eine Organisation auf christlich-nationaler Grundlage mit dem Sitze in Cöln.

Zuvor schon bildeten sich an einzelnen Orten, wie München, Aachen, Kevelaer, Köln, Nürnberg usw. Sektionen von Buchbindern und graphischen Arbeitern, Lithographen, Steindruckern usw. Dieselben schlossen sich zunächst anderen Verbänden an.

Die Gründung war indes nicht sehr leicht.

Die ohnehin verhältnismäßig nicht besonders stark bevölkerten Berufe in den graphischen Gewerben, die bereits bestehende Anzahl der Organisationen innerhalb derselben, wie z. B. der Deutsche Buchdruckerverband, der Gutenbergbund, der Verband der Lithographen und Steindrucker (Senefelderbund), der Lithographenbund, der Buchbinderverband und die Sektion der graphischen Arbeiter Hirsch-Dunckerscher Richtung, ließen Bedenken von befreundeter Seite wohl als berechtigt erscheinen.

Zudem waren die bestehenden gegnerischen Verbände gut entwickelt mit ziemlich guten Kassenverhältnissen und Unterstützungseinrichtungen. Doch trotz alledem brach sich der

Gedanke der Selbständigmachung Bahn. Am 14. Mai 1904 berief Generalsekretär Stegerwald die bereits bestehenden sieben Lokalorganisationen zu einer Konferenz nach Köln, wo alsdann die Gründung vollzogen wurde.

Bei Inkrafttretung des neuen Verbandes am 1. Juli 1904 wurde die Zahl von 176 Mitgliedern festgestellt. Der „Buchdrucker-Korrespondent" sowie die verschiedenen anderen sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter schrieben damals: „Dies christliche Organisatiönchen ist schon im vornherein zur wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilt und wird ein bescheidenes Veilchendasein fristen."

Doch trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse nach außen und innen ist die Entwicklung stetig, wenn auch nur mäßig, vorangeschritten.

Als Verbandsorgan diente zunächst das bestehende „Gewerkschaftsblatt". Nach Eingehen desselben stellte man den Mitgliedern das Zentralblatt nebst Beilage für die speziellen Berufsangelegenheiten zu, bis nun endlich am 1. April 1905 ein eigenes Organ, „Graphische Stimmen", herausgegeben werden konnte.

Die weitere Entwicklung und Leistungen des Verbandes sind aus nachstehender Tabelle klar ersichtlich:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insges.	Mitgliederzahl am Jahresschluß d. weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahreseinnahme ℳ	Jahresausgabe ℳ	Kassenbestand bei Haupt- und Lokalkassen ℳ	Zahl d. Beamten
1904	11	350	—	35+20	2805	1202,70	1602,80	—
1905	25	740	30	35+20	10 445	8857,—	3846,—	—
1906	43	1406	55	25, 35, 45, 60, 90	18 610,64	12 432,39	6118,24	1

Der Vorsitzende und Redakteur hatte bisher seinen Posten im Nebenamt versehen. Am 1. Oktober 1905 wurde nun ein Kollege als Sekretär freigestellt. Das bisherige

System hat sich nicht als günstig für den Verband erwiesen, weshalb auf der 1. Generalversammlung am 16. September der bisher freigestellte Sekretär zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde.

Die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen erwiesen sich nicht mehr als zeitgemäß gegenüber den anderen Verbänden und wurden deshalb wie folgt geregelt:

Die **Aufnahmegebühr** beträgt für männliche Mitglieder 50 Pfg., für weibliche 30 Pfg.

Die Beiträge sind:

1. Klasse 60 Pfg. bei einem Wochenverdienst von 30 M. und darüber,
2. „ 45 „ „ „ „ „ 24—30 M.,
3. „ 35 „ „ „ „ „ unter 24 M.,
4. „ 25 Pfg. für Arbeiterinnen.

In Klasse 4 können auch gering bezahlte **Arbeiter** aufgenommen werden.

Unterstützungen:

1. **Erwerbslosenunterstützung** je nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Verbande.
   a) von 26 Wochenbeiträgen an in Klasse IV 0,40 M. pro Tag, steigend bis 1,25 M., 20—100 Tage lang.
   b) von 26 Wochenbeiträgen an in Klasse III 0,50 M. pro Tag, steigend bis 1,50 M, 30—60 Tage lang.
   c) von 26 Wochenbeiträgen an in Klasse II 0,50 M. pro Tag, steigend bis 1,75 M., 30—60 Tage lang.
   d) von 26 Wochenbeiträgen an in Klasse I 1.— **M.** pro Tag, steigend bis 2 **M.**, **30—100** Tage lang.
2. **Reiseunterstützung** je nach Klasse und Mitgliedschaft wie oben.
3. Vorübergehende Erwerbslosigkeit (Krankheit) von 25—60 Pfg. pro Tag auf die Dauer von 30 Tagen, steigend je nach Klasse von **60—1,50** pro Tag auf die Dauer von **80** Tagen.
4. **Wöchnerinnenunterstützung** nach 2jähriger Mitgliedschaft für 6 Wochen.
5. **Maßregelungsunterstützung** je nach Beitragsklasse für 10 Wochen.
6. **Streikunterstützung** je nach Klasse unter 1 Jahr von 3—12 M., über 1 Jahr von 9—18 M.
7. **Unterstützung bei Sterbefällen** nach 2jähriger Mitgliedschaft 15 bis 45 M. je nach Klasse, steigend bis zu 30 bezw. **100** M. je nach Klasse.
8. **Umzugsunterstützung** je nach Klasse und mindestens 2jähriger Zugehörigkeit zum Verbande mit 104 Beitragsleistungen.
9. **Rechtsschutz** wird auch denjenigen Mitgliedern gewährt, die nicht in der Lage sind, ihr Recht anderweitig zu finden, resp. an derem Orte kein Gewerbegericht sich befindet.

Die Mitglieder setzten sich bisher zusammen aus Arbeitern in den Buchdruckereien, Lithographischen Kunstanstalten, Steindruckereien, Buchbindereien, Papier- und Tapetenfabriken. Nachdem nun aber die Buchdrucker infolge des Anschlusses des Gutenbergbundes eine eigene Organisation besitzen, so wurde hier die Vereinbarung getroffen, die Buchdrucker dieser ihrer Berufsorganisation zuzuweisen, und so schieden dieselben mit dem 1. Juli 1907 aus dem Verbande.

Die Kämpfe und Schwierigkeiten dieser jungen Organisation gegenüber den mächtigen Gegnern sind groß. Daher auch an dieser Stelle die Bitte an alle Freunde um fernere Unterstützung in der Agitation.

Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen.

Der Verband verdankt seine Entstehung hauptsächlich dem Wirken des „Evangelischen Jugendbundes für soziale Arbeit" zu Berlin. — Von den Mitgliedern der Kommission, die im Juli 1903 im Auftrage dieses Jugendbundes die Organisierung des Krankenpflegepersonals versuchen sollte, müssen der frühere Berliner Sekretär unseres Gesamtverbandes, Walter Langer und der jetzige erste Vorsitzende des Verbandes als Begründer des Krankenpflegerverbandes bezeichnet werden. Obgleich die Gründer Berufsgenossen waren, hielt es zunächst sehr schwer, unter der Kollegenschaft Eingang zu finden. Dazu kam, daß zwei ziemlich starke Gegenverbände vorhanden waren. Erst ein Aufruf in einigen vielgelesenen Tageszeitungen des Reiches brachte uns in Fühlung mit einigen Kollegen. Inzwischen erfolgten in Berlin die ersten heftigen Zusammenstöße mit dem sozialdemokratischen Gegenverband, der hier seine Hauptkraft konzentriert hatte, aber nachher sich mit wenigen hundert Mann in den Verband der Gemeindearbeiter hinüberretten mußte und heute zur vollen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Es blieb neben vielen Hausbesuchen zunächst nichts anderes übrig, als Sonntag für Sonntag Besprechungen mit den Berliner Kollegen zu halten; es erschienen zwei, drei, fünf, manchmal auch niemand. Bald meldeten sich aus dem Reiche zirka 120 Kollegen, die näheren Aufschluß erbaten. War es nun schon schwer, bei der ganzen Eigenart des Berufes, nämlich der vollständigen Unkenntnis inbezug auf gewerkschaftliche Bestrebungen, ferner der fast durchgängigen Auffassung des Pflegeberufes als Durchgangsberuf und endlich der durch das Anstaltsleben bedingten Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen, zirka 70 Berufsangehörige zum Eintritt in den Verband zu bewegen, so schien die ganze Arbeit umsonst getan, als wegen Fehlens jeglicher Mittel zunächst der Anschluß an den christlich-sozialen Verband der Hilfs- und Transportarbeiter in München proklamiert wurde. Jeder machte seinen Beitritt von der Gründung eines eigenen Verbandes abhängig.

Unter diesen Umständen erschien die Gründung eines selbständigen Verbandes angebracht.

So konnte denn am 18. Oktober 1903 in Berlin die Gründung mit rund 50 Mitgliedern vollzogen werden. Die Mitglieder- und Kassenverhältnisse gestalteten sich seitdem wie folgt:

Jahr	Zahl der Ortsgruppen	Mitgliederzahl am Jahresschluß Insges.	Mitgliederzahl am Jahresschluß d. weibl.	Der Beitrag betrug ₰	Jahreseinnahme ℳ	Jahresausgabe ℳ	Kassenbestand bei der Hauptkasse. ℳ	Zahl d. Beamten
1903	4	190	10	[1]) 60+30	377,35	277,51	99,84	—
1904	8	318	45	60+30	1434,59	1149,40	385,03	—
1905	14	368	62	60+30	1962,—	1759,—	511,—	—
1906	18	879	206	80+50	3111,—	2612,—	1010,—	1

[1]) Monatlicher Beitrag.

Bei Abfassung dieses Berichtes (Mitte September 1907) beträgt die Mitgliederzahl 1225. Diese 1225 Mitglieder verteilen sich auf 130 Orte des In- und Auslandes. An Unterstützungen sehen die Satzungen vor: a) bei Maßregelung, b) Umzugsgeldzuschuß für verheiratete Mitglieder (1 km 2½ Pfg.), c) Sterbegeld (25—150 Mk.), d) Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung, e) Rechtsschutz und -Auskunft, f) Stellenvermittlung.

Eine sehr begehrte, wenn auch noch in den Anfängen stehende Einrichtung des Verbandes ist die Stellenvermittlung. Bis zum 1. Januar 1907 konnten auf 1014 Anfragen 756 Stellen besetzt werden. Ebenso wurde in über 100 Fällen Rechtsschutz und -auskunft gewährt. Die Verbandszeitung ist „Der Krankenpfleger". Sie erscheint monatlich zweimal in einer Auflage von je 1500. Leider ist es auch in unserem Berufe einige Male soweit gekommen, daß einzelne Direktoren Mitglieder unseres Verbandes lediglich ihrer Verbandszugehörigkeit wegen entlassen haben. Eine empfindliche Schwächung unseres Verbandes haben aber die Direktionen bisher nie erreichen können, weil nach erfolgter Maßregelung um so mehr neue Mitglieder aus derselben Anstalt beitraten. So entließ z. B. der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe (Altmark), Herr Prof. Dr. Alt, 5 Mitglieder unseres Verbandes aus obengenanntem Grunde, mit dem Erfolge, daß zirka 20 neue Mitglieder beitraten. Den Entlassenen wurden sofort neue Stellen zugewiesen.

Vergleicht man den seit ca. 4 Jahren schon erzielten Erfolg mit der Schwierigkeit des Agitationsfeldes (das Anstaltspflegepersonal untersteht oft nicht der Gewerbeordnung und hat unter überlanger Arbeitszeit, schlechter Behandlung und geringen Gehältern, mangelhafter Kost und Schlafgelegenheit, sowie oft harter Beschränkung der persönlichen Freiheit zu leiden), so muß man diesen Erfolg als Beweis der Organisationsmöglichkeit des christlichen Pflegepersonals anerkennen. Sind erst die nächsten großen Ziele: einheitliche Organisation des Personals, obligatorische Fachausbildung und allgemeine Einbeziehung desselben unter die Kranken- und Un-

fallversicherung, erreicht, dann werden dem Berufe der Kranken- und Irrenpflege, der so große Anforderungen an die Pflichttreue und Selbstverleugnung stellt, sich immer mehr nur solche Personen zuwenden, die ihre Arbeit an den Kranken als einen Lebensberuf, nicht Durchgangsberuf, auffassen und dabei der Verantwortung für die eigene Seele und die des Kranken sich bewußt sind.

Verband der bayr. Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter.

Der Verband der Arbeiter und Bediensteten in den bayr. Staats-, Berg-, Hütten- und Salinenwerken hat seinen Ursprung in den seit 1893 gebildeten Petitionskommissionen einzelner Werke. Die veränderten Lebensverhältnisse, die mit den herrschenden Lohnverhältnissen nicht mehr in Einklang gebracht werden konnten, sowie die bei den meisten Werken gering bemessenen Pensionen aus den Knappschaftskassen veranlaßten auch diese Arbeiter, sich hilfesuchend an die Werksverwaltungen zu wenden. Lohnerhöhung und Regelung der Pensionsverhältnisse wurde aber wiederholt abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß ein Werk allein nicht vorgehen könne. Es bildeten sich nun Petitionskomitees, welche die Wünsche der Arbeiter formulierten und sich dann an den Landtag oder auch an einzelne Abgeordnete um Vertretung derselben wendeten. Dieses Vorgehen hatte zunächst keinen Erfolg, da jedes oder doch einzelne Werke für sich petitionierten, und die verschiedensten Ansichten, insbesondere hinsichtlich der Knappschaftsreform, zutage traten. Als zum Landtag 1899/00 die Salinenarbeiter in Rosenheim wieder eine Petition einreichen wollten, zogen sie den inzwischen zum Abgeordneten gewählten Arbeitersekretär Schirmer zu Rate. Auf Einladung hin erschien dieser in einer Versammlung am 2. November 1899 in Rosenheim. Er gab den Arbeitern den Rat, sich zu einigen, mit

den Kollegen der übrigen Werke in Verbindung zu treten und eine gemeinsame Vorstellung an das Finanzministerium und an den Landtag zu machen. Dieser Rat konnte in demselben Jahre nicht mehr ausgeführt werden; auch die Bemühungeu einzelner Abgeordneten, in der Kammer für die Leute etwas herauszuschlagen, waren so gut wie erfolglos. Mit einigem Recht konnte regierungsseits darauf hingewiesen werden, daß die Wünsche der Arbeiter verschieden seien und sich zum Teil sogar widersprächen.

Die Erfolglosigkeit des bisherigen Vorgehens einsehend, machten sich nun fortgeschrittenere Kollegen einzelner Werke an die Arbeit, um eine bessere Fühlung unter den Arbeitern herzustellen. Erst im Herbste 1902 gelang es, einen Zentralverein für Bayern mit dem Sitze in Rosenheim zu bilden. Mit Ausnahme der im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter sind nunmehr die Mehrzahl der in diesen Staatswerken beschäftigten Arbeiter im Verbande organisiert; nach dem Rechenschaftsbericht vom 31. März 1906 im ganzen 805 Mann, die sich auf acht Obmannschaften verteilen. Der Beitrag ist niedrig, monatlich nur 30 Pfg. Dennoch betrug der Gesamtvermögensstand am 31. März 1906 2700 Mark. An Verbandseinrichtungen sind vorhanden: eine Bibliothek, Rechtsschutz- und Sterbekasse. Als Verbandsorgan gelten die Sozialpolitischen Blätter.

Die Erfolge des Verbandes sind nicht gering. In der Behandlung durch die unteren Verwaltungsorgane und die technischen Leiter der Werke ist eine Wendung zum Bessern eingetreten. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß der oberste Chef der Betriebe, der Herr Generaladministrator die Wünsche der Arbeiterschaft wiederholt direkt von den beiden Verbandsvorsitzenden und auch von den Aeltesten und Obmännern des Verbandes entgegengenommen hat. Die Autokratie ist gebrochen! Ein Hauptwunsch, die Reform der Knappschaftskassen, geht in Erfüllung, da der Staat laut Beschluß der Verwaltung und des Landtags 250000 M. zuschießt und die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Die Betriebseinrichtungen wurden verbessert, auch in ge-

sundheitlichen Beziehungen. Für Wohnungsbauten wurden $1/2$ Million Mark genehmigt, Lohnaufbesserungen von 5—10 Prozent durchgeführt. Durch die Einrichtungen des Verbandes sind schon viele Arbeiter vor Schaden bewahrt worden; schon viele sind durch den Verband zu ihrem Rechte gekommen, oder konnten auch in Unglücksfällen unterstützt werden. Im Hinblick auf die sehr geringen Beiträge leistet der Verband, dank der Uneigennützigkeit seiner Führer, sehr viel. Mögen die Mitglieder nicht vergessen, daß sie am Verbande Stütze und Halt, aber auch eine Vertretung ihrer eigenen ideellen und materiellen Interessen haben!

Der deutsche Gärtnerverband.

Der Deutsche Gärtnerverband beschloß in seiner Ausschußsitzung am 6. Januar 1906 in Bonn den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Da er als einer der jüngsten Verbände sich erst so spät den christlichen Gewerkschaften anschloß, und zu den kleinen Verbänden gehört, ist er bisher in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wenig hervorgetreten. Und doch beweist die Geschichte der Gärtnerbewegung überhaupt, daß ihre Tendenz grundsätzlich fast immer nach derselben Richtung ging, wie heute die gesamte nationale Arbeiterbewegung, nur daß heute hier wie dort eine größere Klarheit über die Organisationsbestrebungen herrscht. Wenn der Gärtnerberuf als gewerblicher fast zu den jüngsten gezählt werden muß, so reichen die Organisationsbestrebungen der Gärtner doch schon bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. So entstand schon im Jahre 1873, zusammengefügt aus bedeutenden Lokalvereinen (Fachvereinen), die erste Zentralorganisation der Gärtner, der „Deutsche Gärtnerverband“. Der damaligen Zeitrichtung entsprechend, befaßten sich die Lokalvereine in erster Linie mit Fachbildung und Pflege der Geselligkeit; nur durch das Zentralorgan „Deutsche Gärtner-

verbands-Zeitung“ wurde die geistige Verbindung zwischen den Vereinen aufrecht erhalten. Wirtschaftliche Interessen wurden nicht vertreten. Nur dadurch war es möglich, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer lange Jahre gemeinsam in den Vereinen zusammenfanden. Die Organisation selbst war nur zentralisiert durch das gemeinschaftliche Organ, das in den Vereinen als obligatorisch eingeführt war. Im übrigen hatte jeder Lokalverein seine eigenen Satzungen. Mithin war der Zusammenhang ein recht lockerer. Deshalb konnte auch später der Verband, als die wirtschaftlichen Verhältnisse andere Ideen und Wünsche in die Reihen der arbeitnehmenden Gärtner trugen, diesen Neuerungen nicht standhalten und mußte stürzen. Jedenfalls waren die Angehörigen anderer Berufe schon viele Jahre vorher darauf bedacht, durch Zusammenschluß in Organisationen ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Erst Mitte der 80er Jahre wurden auch in den Gärtnerkreisen Stimmen laut, die für eine wirtschaftliche Tätigkeit des Verbandes sprachen. Die Folge davon war, daß unmerklich zuerst eine Kluft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich bildete, die im Jahre 1885 zur Gründung des „Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands“ (Unternehmer) führte. Jedoch nicht nur die Arbeitgeber, sondern selbst viele der bisher führenden Arbeitnehmer im Verband konnten sich mit der neuen Richtung innerhalb der Bewegung nicht befreunden, und zu diesen gehörte auch der damalige Redakteur der „Deutschen Gärtnerverbands-Zeitung“, der heutige Herausgeber von „Möllers Deutsche Gärtnerzeitung“, Erfurt, der sich in diesem inneren Streit um die wirtschaftliche Betätigung des Verbandes mehr auf Seite der Arbeitgeber stellte. Auf einer ebenfalls im Jahre 1885 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung, in welcher besagter Redakteur abgesetzt werden sollte, mißbrauchte dieser das ihm bisher von den Mitgliedern entgegengebrachte Vertrauen, indem er den Spieß umdrehte und gewissermaßen die Verbandsmitglieder absetzte. Möller war nämlich als Inhaber des Geschäfts „Deutsche Gärtnerzeitung“ eingetragen, und als solcher hatte er nach

formalem Recht keine Ursache, dies Geschäft aufzugeben. Er störte sich daher auch nicht an den Absetzungsbeschluß, sondern gab die in den vorhergehenden Jahren sehr gut eingeführte Verbandszeitung unter dem Namen „Möllers Deutsche Gärtnerzeitung" weiter heraus, nannte alles Vorhandene sein Eigentum, und die Gärtner mußten mit langer Nase abziehen. Der sogenannte Gräbnerfonds, der gesammelt war, um dem verstorbenen Paul Gräbner, dem größten Vorkämpfer der Gärtnerbewegung, seitens des Verbandes einen Gedenkstein zu setzen, ging bei dieser Gelegenheit auch in die Hände des Herrn Möller über. So gründete der Mann, der heute noch in der Gärtnerwelt eine Rolle spielt, seine Existenz auf die, gelinde gesagt, übergroße Vertrauensseligkeit der damaligen Verbandsmitglieder. Jedenfalls war das ein schwerer Schlag für den Verband, welcher nun wieder neu anfangen mußte. Jedoch der neue Bau gelang nicht, weil eben nicht von Grund auf neu gebaut wurde. Die alten Einrichtungen blieben bestehen, und deshalb war der Verband für neuzeitliche Forderungen und Wünsche der arbeitnehmenden Gärtner nicht zureichend. Daher kam es auch, daß diejenige Richtung innerhalb der Bewegung, die am meisten zur wirtschaftlichen Betätigung drängte, nach und nach ausschied, woraus sich im Jahre 1887 in Altona der „Verein zur Hebung des Gärtnerstandes" bildete, seines langen Namens wegen kurz „Hebungsverein" genannt. Diese Gründung bedeutete prinzipiell einen Forschritt in der Gärtnerbewegung, betonte sie doch besonders auch die Solidarität der Gärtner mit der übrigen Arbeiterschaft. Leider waren es nicht die besonnensten Elemente, die diese neue Bewegung leiteten. Die bisher fast noch weniger als neutral organisierten Gärtner steuerten nun mit Volldampf in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hinein. Eine neue Zeitung wurde seitens dieser Richtung herausgegeben, der sich inzwischen den Namen „Zentralverein der Gärtner", Sitz Hamburg, beigelegt hatte und sich unter Ausschaltung aller fachwissenschaftlichen Fragen nur noch mit Wirtschaftsfragen befaßte. Eine außerordentlich intensive Agitation brachte dem

„Zentralverein“ viele Anhänger. Die großen Fachvereinigungen in den größten Städten des Reiches schlossen sich demselben an, jedoch oft unter Beibehaltung ihrer eigenen Satzungen. So war plötzlich die ausgesprochen radikale Bewegung zur Bedeutung gelangt. Jedoch dieser plötzliche Ueberradikalismus konnte ebensowenig auf die Dauer den dafür nicht genügend erzogenen Massen genügen, als die vorherige Untätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Als nun im Jahre 1890 in Berlin und Hamburg die ersten großen Streiks, die in der Gärtnerbewegung überhaupt geführt wurden (in Hamburg legten damals 1200 Mann die Arbeit nieder, eine Zahl, die bis heute bei weiteren Arbeitsniederlegungen nie wieder erreicht ist), ohne nennenswerte Erfolge zusammenbrachen, da war auch diese Bewegung zertrümmert. Es blieb die „Deutsche Gärtnervereinigung“, mit dem Sitz in Hamburg, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen, die nach mehrmaligen Versuchen, wieder zur Geltung zu gelangen, bis zum Jahre 1903 auf 325 Mitglieder zurückging.

Wenn nun auch die verlorenen Streiks 1890 keine oder nur geringe Erfolge brachten, so bewirkten sie doch das eine Gute, daß nunmehr die Lohnfrage, überhaupt die Frage der Einwirkung der Arbeitnehmer auf das Arbeitsverhältnis durch ihre Organisation nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Als daher im selben Jahre der alte Deutsche Gärtnerverband seine Generalversammlung nach Bonn berief, da beschlossen die Delegierten die Auflösung desselben und Gründung eines neuen, auf modernen Grundsätzen aufgebauten Verbandes. Mit dem 1. Januar 1901 trat daher der „Allgemeine Deutsche Gärtnerverein“ ins Leben.

Im Gegensatz zu der bisherigen Gärtnerbewegung wurde die fachwirtschaftliche Tätigkeit innerhalb der Organisation der fachwissenschaftlichen mindestens gleich-, wenn nicht gar übergeordnet. Ferner sollte in politischer und religiöser Hinsicht absolute Neutralität walten. Das Beitragswesen wurde zentralisiert, Reiseunterstützungen für die Mitglieder festgelegt,

der Arbeitsnachweis gepflegt &c. Damit waren die Gärtner endlich soweit gekommen, daß sie nunmehr programmmäßig für das eintraten, was man in der übrigen Arbeiterbewegung längst erstrebt hatte, und von vornherein als selbstverständlich betrachtete. Die nächsten Jahre brachten nach den voraufgegangenen Stürmen eine gewisse Vereinsmüdigkeit, namentlich in den Reihen der alten Kämpen, die sich in das Neuzeitliche noch nicht recht hineinfinden konnten. Es mußte langsam erst wieder eine neue Generation heranwachsen, die mit frischem Mut sich den gestellten Aufgaben widmete und die derzeitigen Leiter unterstützte.

Im Jahre 1894 ging dann von einigen Lokalvereinen, Hannover, Göttingen und Magdeburg, eine Bewegung aus, die Vereine des A. D. G.-V., des Zentralvereins und die vielen Lokalvereine miteinander zu vereinigen. Diese Bewegung führte zu dem noch im selben Jahre stattfindenden „Deutschen Gärtnertag" in Erfurt. Dieser Tag brachte noch keine völlige Einigung, wohl aber wurden die hier unerledigt gebliebenen Fragen der nächsten Generalversammlung des A. D. G.-V. zur Beschlußfassung überwiesen. Dieser ging ein nochmaliger Gärtnertag vorauf und führte zur völligen Einigung der Vertreter, indem der im letzten Jahre von 16 auf 31 Zweigvereine herangewachsene A. D. G.-V. als maßgebende Organisation anerkannt wurde. Als Unikum sei hierbei erwähnt, daß auf dem Gärtnertage in Erfurt auch die anwesenden Vertreter des (der Generalkommission angeschlossenen) Zentralvereins sich nach vielem Sträuben auf das gemeinsame Statut und Namen einigten, obwohl sie im ersteren die Anerkennung des Klassenkampf-Standpunktes forderten. Das hätte nun eigentlich zur Folge haben müssen, daß die sozialdemokratische Organisation aufhörte zu existieren. Es wird den Vertretern aber jedenfalls sehr der Kopf gewaschen worden sein seitens der Generalkommission, als sie wieder nach Hamburg kamen; denn der Zentralverein blieb bestehen.

Nach diesen Vorgängen kehrte die lang vermißte Organisationsfreudigkeit wieder in die Reihen der Gärtner. Wesentlich ist, daß sich nunmehr die Organisation der Gärtner

den modernen Zeitströmungen durchaus anpaßte. Sowohl das **neutral**-gewerkschaftliche, als auch das soziale Problem, das damals allgemein auf der Tagesordnung stand, wurde in der Tätigkeit der Organisation zum Ausdruck gebracht. Bedeutende organisatorische Erfolge, wie sie in den Jahren verhältnismäßig keine andere Organisation kannte, wurden erzielt. Man begann, die für die Gärtner heute noch unklare Rechtsfrage aufzurollen. Ebenfalls wurde der Gedanke an Tarifgemeinschaften aufgenommen. Kurzum, jeder, der mit wirklichem Interesse für das Wohl der arbeitnehmenden Gärtner in der Bewegung stand, fühlte es, daß der A. D. G.-V. großen, ereignisreichen Zeiten entgegenging. Die Bewegung berechtigte zu den schönsten Hoffnungen. Bis zum Jahre 1901 waren 4500 Gärtner organisiert. Der Verein hatte durch seine stetige Zunahme an Mitgliedern, durch seine entschiedene Stellungnahme in allen Berufsfragen sich nach innen und außen hin Geltung verschafft und konnte jetzt in das Stadium eintreten, das für die arbeitnehmenden Gärtner, die bisher treulich aufgebaut hatten, positive materielle Vorteile bringen sollte. In Berlin, wo sich noch bis Ende der 90er Jahre ein Fachverein, bestehend aus Landschaftsgärtnern, hielt, hatten diese sich ebenfalls dem A. D. G.-V. angeschlossen, welche nachher mit den bisherigen organisierten Mitgliedern eine Sektion der Landschaftsgärtner für Berlin bildeten.

Im Frühjahr 1901 wurde in Berlin eine Lohnbewegung der Landschaftsgärtner eingeleitet, welche erstmals zum Abschluß eines Tarifs im Gärtnergewerbe führte. Waren die errungenen Erfolge auch nicht groß, so erkannte man aber wohl den Wert derselben. Es wurde nun unablässig daran gearbeitet, die Mitglieder für die nächste größere Lohnbewegung zu erziehen. Inzwischen war aber schon eine neue Wolke an dem während der letzten Jahre so ungetrübten Organisationshimmel heraufgezogen. Der vorher erwähnte Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität hatte sich in der übrigen Arbeiterbewegung praktisch nicht bewährt, d. h. die sozialdemokratisch gesinnten Mitglieder derselben hatten

es nicht vermocht, ihre politischen Wünsche den gewerkschaftlichen unterzuordnen; aus den freien oder modernen Gewerkschaften entwickelten sich immer offenkundiger sozialdemokratische Gewerkschaften. In anderen Berufen hatte dieser Umstand schon zur Gründung von christlichen Gewerkschaften geführt, teilweise auch schon mit guten Erfolgen. In den A. D. G.-V. waren auch s. Z. ehemalige führende Zentralvereinler eingetreten, und namentlich der Umstand, daß in den größeren Städten die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung am stärksten sich ausprägte, brachte auch manchen Gärtner dieser Richtung nahe. Im stillen arbeiteten auch die ehemaligen Genossen auf die Verwirklichung ihrer früheren Ideen hin. So kam es denn, daß auch der A. D. G.-V. sich notwendigerweise mit diesen Grundfragen beschäftigen mußte. Länger als ein Jahr stand die Frage des Anschlusses an die freien Gewerkschaften auf der Tagesordnung in Versammlungen, im Verbandsorgan, öffentlichen Versammlungen, bis in der Generalversammlung in Hannover im Jahre 1902 diese Frage als noch nicht spruchreif von der Tagesordnung vorläufig gestrichen wurde. Es fehlte nicht an Stimmen, die vor einem Anschluß an die Generalkommission warnten, bestand doch in Hamburg eine „Gärtnervereinigung“ dieser „freien“ Richtung, die nicht leben und nicht sterben konnte. Schon allein die länger als ein Jahr währende Diskussion über den Gewerkschaftsanschluß hatte bewirkt, daß viele Kollegen der Organisation den Rücken kehrten. Die in den letzten Jahren so schön begonnene fruchtbringende Tätigkeit war durch den inneren Zwiespalt gelähmt. Erfreulich wirkte daher der Beschluß der Generalversammlung in Hannover. Nachher merkte man wieder, es ging vorwärts. So kam das Jahr 1903 heran, welches im Frühjahr den großen Landschafterstreik in Berlin brachte. Derselbe wurde von dem damaligen Vorsitzenden der Sektion der Landschafter, Kollegen Büchner, und dem Geschäftsführer des A. D. G.-V. Franz Behrens geleitet. Noch nie vorher und nachher ist eine Lohnbewegung der Gärtner von einem solch durchschlagenden Erfolg gewesen, wie diese. Der Streik endete

nach zehntägiger Dauer; ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen, der eine Erhöhung der Löhne von 35—40 Pfg. auf 50 Pfg. pro Stunde brachte neben anderen Bestimmungen, die eine Verbesserung von bestehenden Zuständen herbeiführten. Das bedeutete eine Lohnerhöhung pro Woche von 6—9 Mk. Daß eine so glänzend durchgeführte Bewegung hinterher die Gewerkschaftsanschlußfrage zur Entscheidung brachte, mutet fast komisch an, und doch ist es so. Zum besseren Verständnis dieser Tatsache muß hier etwas näher auf die eigentümlichen Verhältnisse im Gärtnergewerbe hingewiesen werden. Weil . bisher in Berlin die Löhne der Gärtnergehilfen niedrig, beziehungsweise mit denen der Gartenarbeiter gleich standen, so wurden sehr viele Gärtnergehilfen in der Landschaftsbranche auch mit Arbeiten beschäftigt, die eigentlich den Gartenarbeitern zukamen, wozu also keine gelernten Gärtner nötig waren. Mit dem Augenblick, wo durch Tarif die Löhne der Gehilfen höhere wurden als die der Gartenarbeiter, beschäftigten die Arbeitgeber nur noch Gehilfen mit Gehilfenarbeiten, während für die übrigen Arbeiten nur noch Gartenarbeiter angestellt wurden. Das hatte zur Folge, daß nach dem Streik derjenige Teil der Gehilfen, der bisher mit Arbeiterarbeiten beschäftigt war, nicht wieder eingestellt wurde. Daß es nicht gerade die Elite der Gehilfenschaft war, die nun feiern mußte, ist einleuchtend. Da der Streik ohnehin schon erhebliche Opfer verursacht hatte, wurde beschlossen, daß die wieder eingestellten Gehilfen von ihrem jetzigen Mehrverdienst (6– 9 Mk. pro Woche) an die noch außer Arbeit stehenden Kollegen pro Tag 50 Pfg. Unterstützung zahlen sollten, also 3 Mk. pro Woche. Es wäre damit doch für über 500 Gehilfen ein leichtes gewesen, 40 bis 50 Kollegen eine Zeitlang über Wasser zu halten. Hatten die Kollegen vorher einmütig zusammengehalten, so war das in dieser Frage nicht der Fall. Nur wenige hundert Mark sind zusammengekommen. Das gab Anlaß zur Unzufriedenheit, die noch besonders von denjenigeu, die immer noch die Anschlußfrage nährten, als willkommene Gelegenheit zum Schüren benutzt wurde, indem man diesen Leuten sagte,

wenn wir jetzt an die freien Gewerkschaften angeschlossen wären, dann könnten wir euch die Unterstützungen zahlen. Während dieser kritischen Zeit, einige Wochen nach dem Streik, war Kollege Franz Behrens von Berlin abwesend. Infolge des unkollegialen Verhaltens der nach dem Streik wieder in Arbeit getretenen Kollegen fingen die nicht wieder eingestellten an, auf eigene Regie Arbeiten bei den Herrschaften zu übernehmen und zwar zu Gehilfenlöhnen. Hierfür bestimmte der Tarif ausdrücklich, daß ein solcher Gehilfe außer dem Gehilfenlohn noch einen sogenannten Meisterzuschuß von 15 Pfg. pro Stunde fordern sollte, also 50 + 15 = 65 per Stunde. Als dies nicht geschah, erklärten die Arbeitgeber, sich an den Tarif nicht halten zu können, und hoben somit den vereinbarten Tarif nach 4 Wochen wieder auf. Dies war nun eine willkommene Handhabe für die Befürworter des Anschlusses. Das Verhalten der Arbeitgeber wurde in allen Tonarten kritisiert, nur nicht so wie es sich in Wirklichkeit zugetragen hatte. Ein neuer Streik war unmöglich, weil inzwischen Pfingsten herangekommen, und somit die meisten Arbeiten der Saison erledigt waren. Hinter dem Rücken des Hauptvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gärtnerverbandes (zu den Anschlußbefürwortern gehörten auch mehrere Mitglieder des Hauptvorstandes, u. a. der jetzige und auch damalige Redakteur der Allgemeinen deutschen Gärtnerzeitung, Otto Albrecht) wurden die Verbindungen mit den gleichgesinnten Führern in Frankfurt a. M., Mannheim, Bremen, Hamburg, ebenfalls auch mit den Glaubensgenossen im Zentralverein gepflegt, und mit einemmale war die Frage des Anschlusses an die sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder akut. Denen, die es hören wollten, wurde bedeutet, daß, wenn man an die Generalkommission angeschlossen sei, der Streik wieder aufgenommen werden könnte. Am 15. Oktober 1903 erfolgte die Urabstimmung, welche mit 2/3 Majorität den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ergab. Eine Minderheit von 1/3 war gegen den Anschluß. Von diesen gründete der

christlich-national gesinnte Teil den „Deutschen Gärtnerverband".

Mit dieser Episode war wieder ein Abschnitt in der Deutschen Gärtnerbewegung zu Ende, wodurch diese um die Früchte ihrer jahrelangen aufbauenden Arbeit gebracht war; mindestens wurde der Erfolg dieser Arbeit auf Jahre hinausgeschoben, und hat auch bis heute noch nicht eingeheimst werden können. Mit Bedauern sahen jene, die die alten Kämpfe und den neuen Aufbau miterlebt hatten, das Gebäude in Trümmer zerfallen, und doch müssen wir heute bekennen, daß es so gut war. Die Gärtner fingen an, wieder in den alten Fehler zu verfallen, nämlich nicht dem neuen Zeitgeist Rechnung zu tragen. Schon hatte sich in allen übrigen handwerklichen Berufen die Scheidung, hie freigewerkschaftlich! hie christlich organisiert! vollzogen. Ganz naturgemäß mußte die Scheidung auch bei den Gärtnern eintreten. Gerade jene Idealisten in unseren Reihen, die den neuen „Deutschen Gärtnerverband" gründeten, waren von den Ereignissen überrascht, sie hatten den Vorgängen im übrigen gewerkschaftlichen Leben nicht genügend Beachtung geschenkt; und so wurde auch diese Neugründung auf die inzwischen veraltete neutralgewerkschaftliche Basis gestellt. Wäre nebst den freigewerkschaftlichen Ideen gleichzeitig auch die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ventiliert worden, dann wäre ohne Zweifel, dafür bürgte der gesunde Sinn der Gärtner, der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften schon im Jahre 1903 erfolgt. Diese Versäumnis rächte sich denn auch bitter. Der Umstand, daß erstens die besten Agitatoren mit in das freigewerkschaftliche Lager hinübergetreten, daß ferner von den mehr als 100 ehemaligen Zweigvereinen des Allgemeinen Deutschen Gärtnerverbandes dem neuen Verband nur ca. 20 geblieben waren, lähmte die Agitationskraft der zusammengeschmolzenen Schar gewaltig, daran änderte auch der größte Optimismus, der die neuen Führer beseelte, nichts. Unsere nunmehrigen Gegner, welche sich mit der in Hamburg hübsch abwartenden „Zentralvereinigung" verschmolzen, arbeiteten

mit Hilfe der Ortskartelle der freien Gewerkschaften auf einer breiteren Basis, wodurch der Verband noch mehr ins Hintertreffen kam. Dazu noch niedrige Beiträge unsererseits, wodurch finanzielle Schwierigkeiten entstanden, — so mußten wir allmählich erkennen, daß unsere neutralgewerkschaftliche Organisation auf einem toten Punkt angelangt war. Wir waren nicht mehr zeitgemäß. Mit dem Anschluß an die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906 ist allmählich wieder neues Leben in die Organisation der Gärtner eingezogen, obwohl auch heute noch mancher die Neutralitätsepoche nicht vergessen kann. Wochenbeiträge wurden eingeführt, welche den Verband finanziell leistungsfähig machten. Die Agitationskraft steigt zusehends. Die Tätigkeit des Verbandes nach der Trennung kann trotz seiner geringen Verbreitung als eine fruchtbare bezeichnet werden. Die neuzeitliche Frage der Tarifverträge ist mit Erfolg in das Agitationsprogramm aufgenommen worden. In Berlin besteht seit 1905 ein Tarifvertrag mit dem Verband der Handelsgärtner, der seit April dieses Jahres mit 10% Lohnerhöhung auf weitere zwei Jahre abgeschlossen wurde. Im Westen ist ebenfalls nach dreijähriger Propaganda der erste Tarifvertrag für Essen und Umgegend abgeschlossen. Am 1. Januar 1907 wurde für Rheinland und Westfalen ein Beamter freigestellt, gleichzeitig ist ein Zentral-Arbeitsnachweis eingerichtet, der bis jetzt nur von seiten der Arbeitnehmer unterhalten wird, der aber für die Zukunft als ein paritätischer gedacht ist. Am 1. Juli 1907 verlegte der Verband seine Zentrale von Berlin nach Essen-Ruhr. Bis Ende August dieses Jahres war die Gründung von 12 neuen Zahlstellen bezw. Zweigvereinen zu verzeichnen. Unsere Gegner sind inzwischen in die Gewohnheiten des alten radikalen „Hebungsvereins" zurückgefallen. Die diesjährigen Streiks in Berlin, München, Frankfurt, Bremen, Hamburg u. a., welche der Organisation ca. 18000 M. kosteten, sind zum größten Teil zusammengebrochen. Nebenbei vergnügt man sich damit, den Verband, die „Brüder in Christo", fortwährend zu verdächtigen und zu verleumden,

anstatt sich der neuen, modernen Bewegung, Schaffung von Tarifverträgen im Gärtnergewerbe, anzuschließen. Auch hier wird mit der Ausbreitung der christlich-national organisierten Gärtnerschaft in Zukunft der Beweis erbracht werden, daß auf die Dauer der gesunde Sinn der Gärtner für eine radikal-sozialistische Bewegung nicht zu haben ist. Es werden am Horizont dieselben Merkmale sichtbar, die einst dieser Richtung das Ende ankündigten, dazu gehören in erster Linie zusammengebrochene Streiks. Was vor allen Dingen der christlich-nationalen Gärtnerbewegung die besten Aussichten eröffnet, ist der Umstand, daß von allen organisationsfähigen Gärtnern im Deutschen Reich erst ca. 5% organisiert sind, somit der Organisation noch ein weites Arbeitsfeld vorbehalten ist.

Verband christlicher Bäcker und Konditoren.

Im Herbst des Jahres 1899 wurde von der Düsseldorfer Bäckerinnung auf Grund des Handwerkergesetzes zum ersten Male die Wahl eines Gesellenausschusses anberaumt. Die aus der Wahl hervorgegangenen Ausschußmitglieder faßten ihre Aufgabe im richtigen Sinne auf und zwar dahin, mit den Meistern gemeinsam im Interesse des Handwerks und der Gesellen praktische Arbeit zu leisten. Es hatte denn auch fürs erste den Anschein, als ob auf diesem Wege Ersprießliches zu vollbringen sei. Kurz nacheinander wurden eine Backstuben-, Schlafzimmer- und Lehrlingsprüfungsordnung ausgearbeitet und gutgeheißen. Nun richtete der Ausschuß sein Bestreben dahin, auch in anderen das Handwerk und ganz besonders auch die Gesellen interessierenden Fragen reformierend einzusetzen. So trat er denn zunächst an die Meister heran, um bezüglich der Sonntagsarbeit mit ihren großen Schäden und Auswüchsen Verbesserungen und Aenderungen herbeizuführen. Hatte der Ausschuß hier auf ein Entgegenkommen der Meister gerechnet, so wurde er schwer

enttäuscht. Es erfolgte eine kühle Abweisung, und für die Folge ließ man den Ausschuß, welcher es gewagt hatte, spezielle Wünsche der Gesellen vorzutragen, vollständig links liegen. Zu gemeinsamen Sitzungen wurde er nicht mehr herangezogen. Trotz alledem hofften die Gesellenvertreter speziell in der Frage der Sonntagsruhe für ihre Kollegen doch noch etwas herausschlagen zu können. Sie beriefen zur Beratung dieser Frage öffentliche Versammlungen ein, die stark besucht waren. Darin wurde zunächst die Ruhe an den höchsten Feiertagen gefordert, und zwar infolge des ablehnenden Verhaltens der Innung durch eine Eingabe an die Regierung. Diese stellte sich aber auf Einwirkung der Innung hin ebenfalls auf einen ablehnenden Standpunkt. Jetzt war der Gesellenausschuß am Ende seiner Mittel angelangt. Die Innung, von welcher er Mitwirkung erhofft hatte, stellte sich ihm feindlich gegenüber. Auf einen starken Rückhalt an den Gesellen konnte er — trotz deren Begeisterung für die Sache selbst — nicht bauen. Es wurde allerdings in ihren Versammlungen zum Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert, doch da dies von seiten des „Deutschen Bäckerverbandes" mit seinen ausgesprochen sozialdemokratischen Tendenzen geschah, konnten sich die Mitglieder des Gesellenausschusses sowie die große Masse der Gesellen nicht entschließen, diesem Verbande beizutreten. In einer ebenfalls in der Frage der Sonntagsruhe im Herbste 1900 abgehaltenen öffentlichen Bäckerversammlung wurde nun in der Diskussion von einem Redner plötzlich der Gedanke der christlichen Gewerkschaftsbewegung in die Versammlung hineingeworfen. Eine Viertelstunde später wurde von der Versammlung mit überwältigender Majorität die Gründung eines christlichen Bäckerverbandes beschlossen. 14 Tage später sollte die Gründungsversammlung stattfinden. Eine solche Bäckerversammlung hat Düsseldorf früher und auch für die Folge nicht mehr gesehen. Dicht gedrängt an den Tischen, in den Gängen und vor den Türen saßen und standen in dem geräumigen Saale Meister und Gesellen. Aber die Versammlung verfiel der

polizeilichen Auflösung. Bäckermeister und Sozialdemokraten hatten es in rührender Einmütigkeit fertiggebracht, durch ohrenbetäubenden Lärm und Radau die Versammlung unmöglich zu machen und die Gründung eines christlichen Bäckerverbandes zu hintertreiben. Doch damit war den Leitern der Versammlung der Mut nicht entfallen. In den Tumult hinein gab der Vorsitzende bekannt, daß acht Tage später eine neue Versammlung stattfinden würde. In dieser neuen Versammlung kam denn auch die Gründung eines Lokalverbandes zustande, dem sofort 105 Mitglieder beitraten. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 10 Pfg. festgesetzt.

Der Weg war somit gewiesen, den die Düsseldorfer Bäckergesellen zu gehen hatten. Doch bald zeigten sich ungeheure Schwierigkeiten, welche dem jungen Verbande entgegentraten. Ein großer Teil der Gesellen, welche in der ersten Begeisterung beigetreten waren und sich wohl mit unerfüllbaren Hoffnungen getragen hatten, zogen sich, als es hieß praktische Arbeit zu leisten, zurück; dazu kam dann noch der starke Wechsel im Düsseldorfer Bäckergewerbe und die große Schwierigkeit, für die abgewanderten Mitglieder neue zu gewinnen. Die Innung ging mit systematischen Maßregelungen vor, und der Kampf der sozialdemokratischen Organisation ließ an Gehässigkeit nichts zu wünschen übrig. Bald mußte eingesehen werden, daß mit einem Lokalverbande auf die Dauer nichts zu erreichen und ein solcher überhaupt kaum zu halten sei. So kamen denn die ausharrenden Kollegen zu dem Entschlusse, einen Zentralverband zu gründen. Am 1. September 1901 wurde die Gründung vollzogen. Der Beitrag wurde auf monatlich 50 Pfg. festgesetzt. Außer der Düsseldorfer Ortsgruppe trat dem neu gegründeten Verband eine kleine Gruppe Krefelder Kollegen bei, welche bisheran dem christlichen Textilarbeiterverbande angeschlossen waren. Der weiteren Ausbreitung des jungen Verbandes traten für die Folge fast unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen. Wurde an einem Orte nach vielen Mühen eine Ortsgruppe zusammengebracht, so waren die Meister direkt bei der Hand, um durch Maßregelungen und sonstige

Schikanen das kaum Geschaffene zu zerstören, was ihnen auch in vielen Fällen gelang. Was den Meistern nicht möglich wurde, suchte die gegnerische, sozialdemokratische Organisation durch die niedrigste Kampfesweise gegen den christlichen Verband zu ersetzen. Als Hemmnis kamen aber auch noch andere Momente in Betracht. Da sind zu nennen vor allen Dingen die eigenartigen Verhältnisse des Bäckerberufes, wodurch es den Angehörigen anderer Berufe fast unmöglich wird, an die Bäcker heranzukommen. Ferner der noch ausgesprochen handwerksmäßige Charakter des Bäckergewerbes und die mit Bezug hierauf von den Meistern geflissentlich genährten Anschauungen der Gesellen, daß sie noch alle die Selbständigkeit erlangen würden und die gewerkschaftlichen Bestrebungen das Handwerk als solches schädigten. Nicht zu vergessen ist dann auch noch der große Standesdünkel, wonach es sich in der Anschauung so manches Gesellen nicht mit seiner Handwerkerwürde verträgt, Bestrebungen zu verfolgen, die auch ungelernte Arbeiter haben. Wenn die genannten Gründe nicht genügten, um die Gesellen von der Organisation fernzuhalten, so wirkten dahin die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, wie übermäßig lange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, geringe Entlohnung, besonders aber auch die gerade bei den Bäckergesellen stark grassierende Vergnügungssucht. Trotz all dieser Hemmnisse wurde von den wenigen Kollegen, die die Notwendigkeit der christlichen Berufsorganisation erfaßten, mit unerschütterlicher Ausdauer und Opferfreudigkeit weiter gerungen. Wenn auch sehr langsam, so ging es doch Schritt für Schritt vorwärts. Auf dem ersten Verbandstage wurde der Beitrag von monatlich 50 Pfg. auf wöchentlich 25 Pfg. erhöht, also mehr wie verdoppelt, und auf dem dritten Verbandstage (Pfingsten 1906) wurde noch ein tüchtiger Schritt weiter gegangen und der Beitrag auf wöchentlich 40 Pfg. festgesetzt. Entsprechend diesen Beiträgen wurden denn auch die Unterstützungssätze erhöht. Bezeichnend für die Opferfreudigkeit der Verbandsmitglieder ist, daß zum dritten Verbandstage aus den Reihen der Mitglieder der Antrag vorlag, den Beitrag

auf 50 Pfg. zu erhöhen. Dieser Antrag wäre unweigerlich angenommen worden, wenn nicht der Zentralvorstand aus praktischen Gründen dagegen aufgetreten wäre. Trotz aller Hemmnisse und trotz der im Verhältnisse zur Zahl der Berufsangehörigen geringen Mitgliederzahl hat der christliche Bäckerverband — der Titel lautet seit dem III. Verbandstage: „Verband christlicher Bäcker und Konditoren und verwandter Berufe Deutschlands" — einen gewichtigen Einfluß auf die verschiedenen wirtschaftlichen Fragen des Berufes ausgeübt. Es ist sein ureigenstes Verdienst, die Frage der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe in Fluß gebracht zu haben. Im Jahre 1903 gelang es dem Verbande, in Düsseldorf die Einführung der Ruhe an den drei höchsten Feiertagen zu erringen; in der Folgezeit sind zahlreiche Städte und Bezirke dem Beispiele Düsseldorfs gefolgt. In einer großen Zahl von Städten wurden eine Menge Versammlungen zugunsten der völligen Sonntagsruhe abgehalten. Das hat zur Folge, daß man dieser Frage allenthalben größtes Interesse entgegenbringt, und es ist vorauszusehen, daß es über kurz oder lang allenthalben zur völligen Sonntagsruhe im Bäckergewerbe kommen wird. Eine große Menge von Mißständen sind an zahlreichen Orten durch das Eingreifen des Verbandes beseitigt worden.

Beim Eingehen des „Christlichen Gewerkschaftsblattes" trat an den Verband die Frage heran, wie für die Folge die Verbindung der Mitglieder untereinander aufrecht zu erhalten sei. Es blieb schließlich kein anderer Weg, als ein eigenes Organ herauszugeben. Dasselbe erscheint denn auch seit dem 1. Januar 1905 unter dem Titel „Korrespondenzblatt für Bäcker und Konditoren".



Anhang.

Die deutschen Bundesstaaten nach Fläche und Bevölkerung.

	Staaten und Landesteile	Fläche qkm	Bevölkerung 1. Dez. 1905	Auf ein qkm kommen Einwohner
1	Königreich Preußen	348 657,9	37 278 820	106,9
2	Königreich Bayern	75 869,9	6 512 824	85,8
3	Königreich Sachsen	14 992,9	4 502 350	300,3
4	Königreich Württemberg	19 513,6	2 300 330	117,9
5	Großherzogtum Baden	15 081,0	2 009 320	133,2
6	Großherzogtum Hessen	7 680,8	1 210 104	157,5
7	Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	13 126,9	624 881	47,6
8	Großherzogtum Sachsen-Weimar	3 617,1	387 892	107,2
9	Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	2 929,5	103 251	35,2
10	Großherzogtum Oldenburg	6 427,4	438 195	68,2
11	Herzogtum Braunschweig	3 672,2	485 655	132,3
12	Herzogtum Sachsen-Meiningen	2 468,3	268 859	108,9
13	Herzogtum Sachsen-Altenburg	1 323,5	206 500	156,0
14	Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha	1 977,4	242 292	122,5
15	Herzogtum Anhalt	2 299,4	328 007	142,6
16	Fürstentum Schwarzburg-Sondersh.	862,1	85 177	98,8
17	Fürstentum Schwarzburg-Rudolst.	940,4	96 830	103,0
18	Fürstentum Waldeck	1 121,0	59 135	52,8
19	Fürstentum Reuß ä. L.	316,7	70 590	222,9
20	Fürstentum Reuß j. L.	826,7	144 570	174,9
21	Fürstentum Schaumburg-Lippe	340,2	44 992	132,3
22	Fürstentum Lippe	1 215,2	145 610	119,8
23	Freie und Hansastadt Lübeck	297,7	105 857	355,6
24	Freie Hansastadt Bremen	256,4	263 426	1027,4
25	Freie und Hansastadt Hamburg	415,3	875 090	2107,1
26	Reichsland Elsaß-Lothringen	14 518,1	1 814 626	125,0
	Deutsches Reich	540 742,6	60 605 183	112,1

Deutschlands Städte mit über 50000 Einwohner.

(Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905.)

1	Berlin	2 040 148	40	Plauen	105 381
2	Hamburg	802 793	41	Wiesbaden	100 953
3	München	538 983	42	Erfurt	98 847
4	Dresden	516 996	43	Mülhausen i. E.	94 514
5	Leipzig	503 672	44	Augsburg	93 882
6	Breslau	470 904	45	Mülheim a. Ruhr	93 598
7	Cöln	428 722	46	Lübeck	91 541
8	Frankfurt a. M.	334 978	47	Mainz	91 124
9	Nürnberg	294 426	48	Görlitz	83 768
10	Düsseldorf	253 274	49	Darmstadt	83 385
11	Hannover	250 024	50	Bonn	81 997
12	Stuttgart	249 286	51	Münster	81 439
13	Chemnitz	244 927	52	Würzburg	80 220
14	Magdeburg	240 633	53	Hagen	77 498
15	Charlottenburg	239 559	54	Freiburg i. B.	74 102
16	Essen	231 360	55	Ludwigshafen	72 168
17	Stettin	224 119	56	Bielefeld	71 797
18	Königsberg i. Pr.	223 770	57	Spandau	70 301
19	Bremen	214 861	58	Zwickau	68 225
20	Duisburg	192 346	59	Hamborn*	67 494
21	Dortmund	175 577	60	Königshütte O.-S.	65 976
22	Halle a. S.	169 916	61	Remscheid	64 341
23	Altona	168 320	62	Frankfurt a. Oder	64 301
24	Straßburg i. E.	167 678	63	Deutsch-Wilmersdorf*	63 568
25	Kiel	163 772	64	Gleiwitz	61 324
26	Elberfeld	162 853	65	Potsdam	60 924
27	Mannheim	163 693	66	Rostock	60 790
28	Danzig	159 648	67	M.Gladbach	60 714
29	Barmen	156 080	68	Fürth	60 525
30	Rixdorf	153 513	69	Metz	60 396
31	Gelsenkirchen	147 005	70	Beuthen i. O.-S.	60 078
32	Aachen	144 095	71	Offenbach	59 806
33	Schöneberg	141 010	72	Liegnitz	59 710
34	Posen	136 808	73	Osnabrück	59 580
35	Braunschweig	136 397	74	Borbeck*	59 545
36	Kassel	120 467	75	Pforzheim	59 307
37	Bochum	118 464	76	Linden	57 944
38	Karlsruhe	111 249	77	Harburg	55 676
39	Crefeld	110 344	78	Zabrze*	55 629

*

79	Elbing	55 627	85	Kaiserslautern	52 264
80	Lichtenberg*	55 365	86	Oberhausen	52 096
81	Dessau	55 134	87	Ulm	51 680
82	Bromberg	54 229	88	Brandenburg a. H.	51 241
83	Coblenz	53 902	89	Mülheim a. Rhein	50 807
84	Flensburg	53 777			

*) Die mit einem Sternchen versehenen Namen sind Landgemeinden.

Die Bevölkerung der Welt.

Ueber die Einwohnerzahl der einzelnen Länder und deren Zunahme im letzten Jahrzehnte wurde 1906 ein englisches Blaubuch veröffentlicht, dem wir einige Daten über die Zunahme der Bevölkerung der Hauptländer der Welt während der letzten zehn Jahre entnehmen. Die einzelnen Länder zeigen folgende Statistik:

	1895	1905
Rußland	125 000 000	141 200 000
Vereinigte Staaten	68 934 000	83 143 000
Deutschland	52 279 000	60 605 000
Japan	42 271 000	47 975 000
England	39 221 000	43 221 000
Frankreich	38 459 000	39 300 000
Italien	31 296 000	33 60 4000
Oesterreich	24 971 000	27 241 000
Ungarn	18 257 000	20 114 000
Spanien	18 157 000	18 900 000
Kleinere Nationen	47 732 000	54 166 000

Rußland hat mit 49 das Tausend die höchste Geburts-, aber mit 31 das Tausend auch die höchste Todesziffer. Frankreich weist mit 21 das Tausend die geringste Geburtsziffer bei einer Todesziffer von 19,6 das Tausend auf. Spanien, Italien, Oesterreich, Ungarn und Japan haben alle eine Geburtsziffer von mehr als 32 das Tausend, aber auch entsprechend hohe Todesziffern. Die niedrigste Todesziffer von diesen Mächten hat Japan mit 20, und die höchste Spanien mit 25,8 das Tausend. Die niedrigste Todesziffer weist Dänemark mit 13,9 bei 28,5 das Tausend Geburten auf. England zeigt die günstigste Todesziffer von 16,5 das Tausend, aber einen steten Rückgang der Geburtsziffer auf 27,6 das Tausend. Die Bevölkerung der größten Städte wird wie folgt angegeben: London 4872710, New-York 3437000, Paris 2714000, Berlin 2040000, Tokio 1819000, Chicago 1699000, Wien 1675000, Philadelphia 1294000, St. Petersburg 1265000, Moskau 1039000, Buenos Aires 1026000. (Die chinesischen Städte sind außer Betracht gelassen.)

Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches im Jahre 1906.

Einnahmen:	ℳ
Zölle und Verbrauchssteuern	908 682 200
Reichsstempelabgaben	103 311 000
Einnahmen auf Grund der neuen Steuergesetz-Entw.	61 660 000
Post- und Telegraphenverwaltung	551 815 500
Reichsdruckerei	8 933 000
Eisenbahnverwaltung	107 382 700
Bankwesen	15 691 000
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	40 733 700
Aus dem Reichsinvalidenfonds	46 715 200
Einnahmen aus den Prüfungen der Rechnungen	329 400
Ausgleichungsbeträge	20 356 200
Matrikularbeiträge	287 744 800
Einnahmen des außerordentlichen Etats	242 475 300
Sa. der Einnahmen	2 395 830 000

Ausgaben:	ℳ
Reichstag	764 500
Reichskanzler und Reichskanzlei	284 500
Auswärtiges Amt	17 456 800
Reichsamt des Innern	75 562 200
Verwaltung des Reichsheeres	616 177 300
Reichsmilitärgericht	570 800
Verwaltung der kaiserlichen Marine	112 774 200
Reichs-Justizverwaltung	2 351 700
Reichsschatzamt	254 005 200
Reichs-Eisenbahnamt	424 700
Reichsschuld	127 555 500
Rechnungshof	1 026 700
Allgemeiner Pensionsfonds	98 420 300
Reichs-Invalidenfonds	36 661 800
Post- und Telegraphen-Verwaltung	466 669 100
Reichsdruckerei	5 983 600
Reichs-Eisenbahn-Verwaltung	80 509 900
Zu verschiedenen neuen Maßnahmen	10 899 000
Ausgaben des außerordentlichen Etats	235 203 500
Sa. der Ausgaben	2 387 270 700

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1905.

Warengattung	Einfuhr Wert in ℳ	Ausfuhr Wert in ℳ
Vieh und andere lebende Tiere	283 526 000	18 368 000
Sämereien und Gewächse	75 818 000	44 036 000
Abfälle, Düngungsmittel	270 304 000	48 774 000
Brennstoffe	209 420 000	306 760 000
Nahrungs- und Genußmittel	2 229 850 000	675 028 000
Industrie der Fette, fetten Oele und Mineral-Oele	385 893 000	64 801 000
Rohstoffe und Fabrikate der chem. Industrie	434 119 000	545 197 000
Rohstoffe und Fabrikate der Asbest-, Stein-, Ton- und Glasindustrie	93 020 000	232 858 000
Rohstoffe und Fabrikate der Metallindustrie mit Ausnahme von Maschinen, Instrumenten und Apparaten	831 051 000	1 030 987 000
Rohstoffe und Fabrikate der Holz-, Schnitz- und Flechtindustrie	384 532 000	171 880 000
Rohstoffe und Fabrikate der Papierindustrie	47 972 000	155 481 000
Rohstoffe und Fabrikate der Leder-, Wachstuch- und Rauchwarenindustrie	488 983 000	444 884 000
Rohstoffe und Fabrikate der Textil- und Filzindustrie, Kleider	1 642 914 000	1 450 150 000
Kautschukindustrie	158 653 000	103 840 000
Eisenbahnfahrzeuge, Schiffe, gepolsterte Wagen und Möbel	12 386 000	22 892 000
Maschinen, Instrumente und Apparate	122 375 000	450 742 000
Kurzwaren und Schmuck	41 731 000	248 802 000
Gegenstände der Literatur und bild. Kunst	62 678 000	188 709 000
Verschiedene Waren	1 898 000	16 637 000
Summa	7 777 123 000	6 220 326 000

Die Hauptlieferanten und -Abnehmer Deutschlands waren:

	Ausländische Einfuhr nach Deutschland: Wert in M	Deutsche Ausfuhr nach: Wert in M
Rußland	1 090 800 000	368 400 000
Oesterreich-Ungarn	773 100 000	594 900 000
Belgien	277 500 000	312 500 000
Italien	215 900 000	175 400 000
Schweiz	190 300 000	369 800 000
Vereinigte Staaten von Nordamerika	1 004 300 000	543 000 000
Großbritannien	784 300 000	1 057 800 000
Frankreich	409 100 000	293 500 000
Argentinien	369 200 000	131 500 000
Britisch-Indien	277 800 000	86 000 000
Niederlande	256 800 000	448 800 000
Chile	168 500 000	53 500 000
Australischer Bund	156 400 000	46 100 000
Dänemark	124 100 000	185 900 000
Schweden	119 300 000	159 100 000
Niederländisch-Indien	118 900 000	30 200 000
Spanien	116 800 000	53 100 000
Brasilien	172 400 000	71 700 000

Adressen-Verzeichnis der christlichen Gewerkschaften.

Sekretariate des Gesamtverbandes.

Generalsekretariat: A. Stegerwald, Cöln, Palmstr. 14.
Bayerisches Sekretariat: Linus Funke, München, Westermühlstr. 18/1.
Schlesisches Sekretariat: Franz Gloger, Breslau, Gottschallstr. 11.
Norddeutsches Sekretariat: Georg Hartmann, Hamburg, Ramborgersweg 4.
Thüringisch-sächsisches Sekretariat: Friedrich Baltrusch, Erfurt, Albrechtstraße 31.
Italienisches Sekretariat: Cöln, Palmstr. 14.
Bureau für Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamt: Peter Boeker, Berlin NW. 5, Perlebergerstr. 11.

Vorstände der Zentralverbände.

Bergarbeiter: Herm. Köster, Essen (Ruhr), Vereinsstr. 21.
Textilarbeiter: Carl Math. Schiffer, Düsseldorf, Korneliusstr. 66.
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter: Joseph Wiedeberg, Berlin O. 17, Rüdersdorferstr. 60.
Metallarbeiter: Frz. Wieber, Duisburg, Seitenstr. 19.
Bayerische Eisenbahner: Max Lehner, München, Eisenbahner-Kolonie Laim.
Hilfs- und Transportarbeiter: Heinrich Oswald, München, Olgastr. 9.
Holzarbeiter: Heinrich Kurtscheid, Cöln, Palmstr. 14.
Heimarbeiterinnen: Frl. Marg. Behm, Berlin W. 35, Derfflingerstr. 19a.
Keramarbeiter: Alois Lechner, Cöln-Ehrenfeld, Wahlenstr. 24.
Tabakarbeiter: Gerhard Cammann, Rees a. Rhein, Poststraße 23.
Schneider: Adam Schwarzmann, Cöln-Ehrenfeld, Piusstr. 64.
Schuhmacher: Joh. Meier, Frankfurt a. M., Trierschegasse 31.
Maler: Joseph Melcher, Düsseldorf, Luisenstr. 33.
Graphische Berufe: Rich. Schwarz, Cöln, Palmstr. 14.
Krankenpfleger: Georg Streiter, Berlin N. 37, Prenzlauer Allee 1.
Bäcker: Christian Schmitz, Düsseldorf, Hüttenstr. 24.
Gutenbergbund: C. Illig, Berlin S. 42, Jakobikirchstr. 5.
Telegraphenarbeiter: Gustav Keller, Essen (Ruhr)., Wittringstr. 25.
Gärtner: J. H. Bannier, Essen (Ruhr), Emilienstr. 52.
Bayerische Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter: Karl Schirmer, Pasing b. München.

Organe der christlichen Gewerkschaften.

1. **„Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands"**, Organ für die Vertrauensmänner der dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände. Geschäftsstelle: Cöln, Palmstr. 14. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 0,50 M.

2. **„Przyaciel Robotników"**, gemeinsames Organ verschiedener Verbände in polnischem Text. Geschäftsstelle: Cöln, Palmstr. 14. Erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich 0,90 M.

3. **„L'Italiano in Germania"**, gemeinsames Organ verschiedener Verbände in italienischem Text. Geschäftsstelle: Cöln, Palmstr. 14. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 0,75 M.

4. **„Der Bergknappe"**, Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Geschäftsstelle: Essen (Ruhr), Vereinsstr. 21. Erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 3 M.

„Gornik", Text des Bergknappen in polnischer Schrift.

5. **„Textilarbeiterzeitung"**, Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Geschäftsstelle: Düsseldorf, Korneliusstr. 66. Erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 0,75 M.

6. **„Die Baugewerkschaft"**, Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. Erscheint jeden Freitag und kostet vierteljährlich 0,80 M.

7. **„Der deutsche Metallarbeiter"**, Organ des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands. Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstr. 19. Erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 1 M.

8. **„Der Eisenbahner"**, Organ des Bayerischen Eisenbahnerverbandes. Geschäftsstelle: München, Bayerstr. 73. Erscheint jeden Mittwoch und kostet vierteljährlich 0,35 M.

9. **„Die Gewerkschaftsstimme"**, Organ des christlich-sozialen Verbandes der Hilfs- und Transportarbeiter und verschiedener Berufe Deutschlands. Geschäftsstelle: München, Olgastr. 9. Erscheint achttägig und kostet unter Kreuzband vierteljährlich 1 M.

11. **„Der deutsche Holzarbeiter"**, Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes Deutschlands. Geschäftsstelle: Cöln, Palmstr. 14. Erscheint jeden Freitag und kostet vierteljährlich 1,50 M.

11. **„Die Heimarbeiterin"**, Organ des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Derfflingerstr. 19a. Erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 0,50 M.

12. **„Deutsche Tabakarbeiterzeitung"**, Organ des christlich-sozialen Tabak- und Zigarrenarbeiterverbandes. Redaktion: Rees a. Rh., Poststr. 23. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 0,75 M.

13. **„Der Keramarbeiter"**, Organ des Verbandes christlicher Keramarbeiter und verwandter Berufe. Geschäftsstelle: Cöln-Ehrenfeld, Wahlenstraße 24. Erscheint vierzehntägig und kostet vierteljährlich 0,50 M.

14. „**Der Typograph,**" Organ des Gutenbergbundes. Geschäftsstelle: Berlin S. 52, Jakobikirchstr. 5. Erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich 1 M.

15. „**Deutsche Lederarbeiterzeitung**", Organ des Verbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands. Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., Trierschestraße 3. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 0,75 M.

16. „**Schneiderzeitung**", Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands. Geschäftsstelle: Cöln-Ehrenfeld, Piusstraße 64. Erscheint vierzehntägig und kostet vierteljährlich 0,65 M.

17. „**Der deutsche Maler**", Organ des Zentralverbandes christlicher Maler, Anstreicher, Vergolder, Lackierer, Tüncher, Weißbinder und Tapezierer Deutschlands. Geschäftsstelle: Düsseldorf, Luisenstr. 33. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 1 M.

18. „**Der Telegraph**", Organ des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und -Handwerker. Geschäftsstelle: Bochum, Maarbrückerstraße 36. Erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich 60 Pfg.

19. „**Der Krankenpfleger**", Organ des Gewerkvereins der Krankenpfleger-, Pflegerinnen und verwandter Berufe Deutschlands. Geschäftsstelle: Berlin N. 37, Prenzlauer Allee 1. Kostet halbjährlich 1 M.

20. „**Graphische Stimmen**", Organ des Verbandes für das graphische Gewerbe. Geschäftsstelle: Cöln, Palmstr. 14. Erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich 1 M.

21. „**Korrespondenzblatt für Bäcker und Konditoren**", Organ des christlichen Bäckerverbandes. Geschäftsstelle: Düsseldorf, Hüttenstr. 24. Erscheint vierzehntägig und kostet vierteljährlich 1 M.

22. „**Deutsche Gärtner-Zeitung**", Organ des deutsch-nationalen Gärtnerverbandes. Redaktion: Essen (Ruhr), Emilienstr. 52. Erscheint am 1. und 15. eines jeden Monats.



J. P. Bachem, Cöln. 18377

